

1999

ÖVP

Der bessere Weg.

Das Programm für den Start
ins 21. Jahrhundert

Der bessere Weg.

Programm der ÖVP am Beginn des 21. Jahrhunderts

Vorlage am Bundesparteivorstand, 2. September 1999

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Der bessere Wirtschaftskurs | 5 |
| ÖVP: Besser für Familien | 29 |
| Die ÖVP bringt mehr Sicherheit ins tägliche Leben | 39 |
| Das ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert | 59 |
| Die aktive Bürgergesellschaft: Miteinander - nicht nebeneinander oder gegeneinander | 69 |

Der bessere Wirtschaftskurs

Den Aufschwung nützen

Österreich ist heute ein Spitzenstandort in der Europäischen Union. Wir brauchen den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Wir sind das drittreichste Land der EU. Mit 3,2 Millionen Beschäftigten haben wir einen Beschäftigungsrekord erreicht. Noch nie hatten so viele Österreicher/innen eine Arbeit. Seit unserem Beitritt zur Europäischen Union und der Öffnung unserer ost- und mitteleuropäischen Nachbarländer haben wir enorme Zuwächse bei den Exporten. Unsere Einkommen steigen wieder. Die Inflation hat einen historischen Tiefstand erreicht. Der Konsum privater Haushalte nimmt deutlich zu. Die Wirtschaftsforscher haben die Wachstumsprognosen wieder nach oben revidiert.

Unser Ziel am Beginn des 21. Jahrhunderts: Wir wollen ein lebenswertes und erfolgreiches Österreich, ganz vorne mit dabei unter den führenden Wirtschaftsnationen. Das ist ein großer und umfassender Auftrag an die Politik, weil sich die Grundlagen für den Wohlstand in unserer Gesellschaft ändern, die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt, die Bildungsziele laufend erneuern. Das, was Gemeinschaft, Solidarität - Gemeinsinn in einer Bürgergesellschaft - ausmacht, wird neu definiert. Unsere Lebensqualität stellt uns vor neue Herausforderungen im Umgang mit der Umwelt. Und die Art und Weise, wie unser Sozialstaat funktioniert, der Staat in unser Leben eingreift, wird sich ändern. Es kommt auf das neue Verhältnis von Solidarität, Gemeinschaft, sozialer Marktwirtschaft und demokratischer Regierung an.

Unser Credo für Österreichs Zukunft ist das bewährte Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Ergänzt um das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung wird sie zur ökosozialen Marktwirtschaft. Das ist unser Leitbild einer Sozial- und Wirtschaftsordnung im 21. Jahrhundert. Nicht nur die ökonomische Vernunft gebietet einen verantwortlichen Umgang mit der Zukunft. Wir tragen auch Verantwortung für sozialen Lebensgrundlagen der kommenden Generationen.

Den Aufschwung nützen. Wir sind überzeugt, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze in erster Linie eine Aufgabe der Wirtschaft und nicht des Staates ist. Neue produktive Arbeitsplätze entstehen nicht durch Sozialtransfers, sondern erfordern investitionsfreundliche Rahmenbedingungen. Unser konsequentes Festhalten an einer Politik, die auf Mut zum Risiko, Bereitschaft zur Veränderung und Flexibilität setzt, hat entscheidend zum Aufschwung in Österreich beigetragen. Der internationale Wettbewerb um Standorte, Kapital und Arbeitsplätze wird immer härter. Österreich als Wirtschaftsstandort hat sich von einer Randlage zu einem zentralen europäischen Standort entwickelt. Unsere Unternehmen sind am EU-Binnenmarkt höchst erfolgreich. Österreichische Direktinvestitionen im Ausland haben sich verdreifacht. Gleichzeitig schaffen unsere Unternehmen ständig neue Arbeitsplätze.

Veränderung ist unser Auftrag: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor der Aufgabe, Österreich bei den weiteren Veränderungen mit viel Geschick und Klugheit in Position zu bringen. Die Globalisierung darf und muß uns keine Angst machen. Sie verbindet Länder und Kontinente wirtschaftlich und politisch immer enger. Die Vertiefung der europäischen Einigung in der Europäischen Union, die anstehende EU-Erweiterung, das Zusammenwachsen von Märkten und das Aufkommen neuer Technologien auf dem Weg zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft eröffnen Österreich und seinen exzellent ausgebildeten und fleißigen Menschen hervorragende Zukunftschancen. Das ist unsere positive Antwort auf die Globalisierung.

Das Umfeld für mehr und neue Arbeit schaffen. Das heißt für uns Chancen aktiv und selbstbewußt annehmen, ohne die Menschen zu überfordern. Die Politik muß dafür sorgen, daß unsere Unternehmen die vielfältigen Chancen bestmöglich nutzen können und daß sie ihnen nicht mit ständig neuen Vorschriften und Belastungen im Weg steht. Die Volkspartei wird

Der bessere Wirtschaftskurs

Den Aufschwung nützen

ihre Politik zur Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfeldes fortsetzen: Die Steuer- und Abgabenbelastung muß sinken. Wir brauchen flexible Institutionen, flexible Arbeitsmarktregelungen, Deregulierung und Abbau bürokratischer Hemmnisse, gezielte horizontale Unterstützung in Schlüsselbereichen wie Forschung und Technologie, neue Impulse für eine hohe Qualifikation der heimischen Arbeitskräfte und die Sicherung einer adäquaten und modernen Infrastruktur.

Es geht um die Arbeitnehmer/innen. Wenn wir Veränderungen in unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung anstreben damit unser Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig bleibt, tun wir es nicht deshalb, weil wir etwa den "Shareholder-Value" bedienen und die Aktionäre reicher machen wollen. Es geht uns vielmehr um den "Job-Holder-Value". Eine Regierung muß den Unternehmen Rahmenbedingungen bieten, Arbeitsplätze schaffen zu können. Es sind die Menschen, die Arbeit schaffen. Und nicht der Staat.

Sicherung gesunder Staatsfinanzen. Wir haben in den letzten vier Jahren große Schritte in der Budgetpolitik gesetzt. Durch unseren ÖVP-Kurs haben wir heute im Gegensatz zu 1995 einen weitgehend sanierten Staatshaushalt. Daher sind wir bei der europäischen Gemeinschaftswährung Euro dabei und haben die Inflation praktisch besiegt. Trotzdem: Ohne weitere strukturelle Gegenmaßnahmen kann das österreichische Budgetdefizit bereits ab dem Jahre 2000 zu den höchsten in der EU zählen. Die ÖVP steht für eine Reform der Staatsausgaben und nicht für eine Politik des neuerlichen Schuldenmachens. Österreich braucht eine Aufgabenreformkommission, um den Steuerzahlern die Sicherheit zu geben, daß eine dauerhafte Sanierung des Budgets durch ausgabenseitige Maßnahmen, wie Bürokratieabbau, Beseitigung von Fehlentwicklungen und einer Aufgabenreform im Staat erfolgt.

Die Staatsquote sowie die Steuer- und Abgabenquote sind in Österreich zu hoch. Durch die zu hohen Belastungen wird der Raum für private und unternehmerische Initiative zu stark eingeengt. Zukunftsorientierte Investitionen erfolgen im wesentlich geringeren Umfang. Es darf daher auf keinen Fall zu höheren Steuer- und Sozialabgaben kommen! Im Gegenteil, wir wollen in Österreich die Steuer- und Abgabenquote zumindest an den EU-Durchschnitt absenken. Wir lehnen höhere Grund- und Aktienbesteuerung sowie die Wertschöpfungsabgabe ab. Eine Ökologisierung des Steuersystems im Gleichklang mit den EU-Ländern muß sicherstellen, daß sie keine soziale Verzerrung der Steuerlast und der Wettbewerbsfähigkeit mit sich bringt.

Wir stehen für eine solide Budgetpolitik und einen fairen Finanzausgleich. Die Erstellung von "Doppelbudgets" hat sich in den letzten vier Jahren bewährt und soll im Sinne einer besseren Planung der Staatsausgaben unbedingt beibehalten werden. Weil wir mit unseren Bürgermeister*innen und Landeshauptleuten eine umfassende politische Verantwortung tragen, bekennen wir uns dazu, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen zum Finanzausgleich den Gemeinden und Ländern eine solide Finanzbasis gesichert wird. Mögliche Ausfälle an Einnahmen durch die Reform oder den Wegfall verschiedener Steuertitel dürfen nicht ohne entsprechende Ausgleichsmaßnahmen für die Finanzausgleichspartner beschlossen werden.

Führungsstärke für Österreich: Als Volkspartei fördern wir eine gesellschaftspolitische Mentalität, die mit Neugier auf die Möglichkeiten der Zukunft reagiert und den notwendigen Wandel weniger als Gefahr sondern als Chance begreift. Immer mehr Menschen erkennen, daß die richtige Reaktion auf die globalen Veränderungen über die Lebenschancen der Zukunft entscheidet. Die Aufgabe der Politik ist es, rechtzeitig Schritte mit Verantwortung zu setzen. Veränderung ist daher ein ständiger Auftrag für die Politik. Ein Auftrag an die politische Führungsstärke.

Der bessere Wirtschaftskurs

Den Aufschwung nützen

Wir haben daher den besseren Wirtschaftskurs für ...

- alle Menschen in Ausbildung
- die privaten Haushalte und Konsumenten
- die Arbeitnehmer/innen
- die Unternehmensgründer
- das stabile Rückgrat unserer Wirtschaft, den Mittelstand
- schnell wachsende Unternehmen in Zukunftsbranchen
- große Erfolgfirmen in Rot-Weiß-Rot
- den ländlichen Raum
- gesunde Staatsfinanzen.

... für alle Menschen in Ausbildung

Das 21. Jahrhundert wird das Zeitalter der Verarbeitung von Information und Wissen.

Der Schlüssel für die Bewältigung dieser Aufgabe liegt im Bildungssystem. Bildungspolitik ist daher eine unverzichtbarer Teil guter Wirtschaftspolitik. Die Stärke der Qualifikation der Arbeitskräfte ist die Stärke eines Wirtschaftsstandorts. Für die ÖVP liegt daher in einer verlässlichen, modernen und praxisorientierten Ausbildung die große Chance zur Bewältigung der neuen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft.

Bildung rechnet sich. Bildung sichert kulturelle Stärke, Beschäftigung und die Verwirklichung individueller Lebens- oder Berufsziele. Dazu braucht es neben der finanziellen Verantwortung des Staates ein besonderes Maß an Eigeninitiative und Eigenverantwortung, damit jeder die besten Angebote für den persönlichen Bildungserfolg auswählt. Die Zukunft liegt in der Vielfalt guter Schulen und in den beiden Schienen der beruflichen Erstausbildung, Lehre und berufsbildende Schulen. Daher brauchen wir moderne Lehrpläne und eine praxisbezogene Lehrerbildung. Nur so werden die Grundqualifikationen und Schlüsselkompetenzen der Menschen in Ausbildung gesichert. Über die Förderung lebensbegleitenden Lernens entsteht Höherqualifikation und Wirtschaftswachstum.

Wir brauchen gute und moderne Schulen. Wir haben jede Schule ab der Hauptschule ans Internet angeschlossen und eine Vielzahl von verschiedenen Schultypen eingerichtet. Die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft hängt davon ab, ob der Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte zuwachsen und der Bildungsstand der Bevölkerung der fortschreitenden Entwicklung angepaßt ist. Und das gelingt nicht durch die Schaffung eines vereinheitlichten Schulsystems, sondern nur durch den Ausbau und die Sicherung der Vielfalt unterschiedlicher Schultypen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf unser umfangreiches ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert.

Bildung und Forschung sind Rohstoffe der Zukunft. Die Entscheidung, ob wir kulturell und ökonomisch im globalen Wettbewerb bestehen können, fällt in den Schulen, Fachhochschulen, in der Lehrlingsausbildung, in den Universitäten. Der Staat muß daher in Ausbildung investieren. Wir wollen daher auch wieder mehr für die Universitäten tun. Größere Budgetmittel und einen Schub in der Universitätsreform hat es letztmals unter den ÖVP-Wissenschaftsministern gegeben. Seither stagniert die Universitätsreform. Die viel zu lange Studiendauer ist Verschwendung menschlicher und finanzieller Ressourcen. Wir brauchen mehr Universitätslehrer und Wissenschaftler, die sich im internationalen Wettbewerb bewähren können. Auch deswegen, weil ein substantieller Teil der Grundlagenforschung an den Universitäten betrieben wird und somit das Fundament für zukunftsorientierte Innovations- und Forschungspolitik schafft.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für alle Menschen in Ausbildung

Duales Berufsausbildung ist Erfolgsmodell "Marke Österreich". Die hohe Qualität der beruflichen Ausbildung beruht nicht nur auf der Arbeit guter Schulen und Universitäten. Ebenso bedeutend ist das System der dualen Berufsausbildung in Berufsschulen und Betrieben. Sie wird durch neue Berufsbilder und neue Lehrberufe weiter ausgebaut. Und wir werden nicht zulassen, daß die Qualität der Meisterausbildung über Bord geworfen wird: 60% der Lehrlinge werden in Meisterbetrieben ausgebildet. Wer auf den Meister verzichtet, nimmt den Jungen die Chance zur qualifizierten Berufsausbildung. Seit 1997 haben wir sogar über 50 neue Lehrberufe geschaffen.

Europareife. Wir wissen, daß die bestmögliche Ausbildung die wichtigste Trumpfkarte für die jungen Menschen in Europa ist. Bildungspolitik ist daher sowohl in der Europäischen Union als auch in Österreich ein echtes Schwerpunktthema der ÖVP. Europareife bedeutet für die österreichischen Schüler/innen und Student/inn/en die aktive Teilnahme an europäischen Studien- und Austauschprogrammen: Im Studienjahr 1998/99 nehmen insgesamt 4.405 österreichische Studierende an den Austauschprogrammen der EU im universitären Bildungssektor teil. D.h., ca. 5% der Studierenden absolvieren im Laufe ihrer Ausbildung ein Auslandssemester (EU-Durchschnitt: 3,25%). Wir unterstützen jede Initiative, was die Kenntnis von Fremdsprachen und die internationale Erfahrung fördert.

Ausbildung ist beste Frauenförderung. Gleiche Qualifikation ist Voraussetzung für gleiches Einkommen. Immer mehr Frauen sind besser ausgebildet und berufstätig und erreichen bei Bildungsabschlüssen oft bessere Ergebnisse als ihre Klassenkollegen. Trotzdem ist der Anteil an Frauen in Leitungs- und Entscheidungsebenen bei einer Frauenerwerbsquote von insgesamt 62% noch viel zu gering. Wir wollen daher Frauen durch unsere Programme - wie die "ÖVP-Frauenoffensive" oder die Aktion "Die gläserne Decke durchstoßen" - den Aufstieg in Leitungsfunktionen erleichtern.

Mehr Chancen für Frauen in technischen Berufen. Wir wollen Mädchen und junge Frauen ermutigen, Berufe in technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen zu ergreifen. Wir wollen Frauen fit für die Zukunft machen. Deshalb: Frauen auch in die Technik.

Lebensbegleitendes Lernen. Der Arbeitsmarkt wird vermehrt flexible und dynamische Bildungsbiographien verlangen, die mit dem Wachstum des Qualifikationsbedarfes in den Dienstleistungs-, Technologie- und Informationssektoren Schritt halten. Dieser Strukturwandel in der Arbeitswelt muß aktiv mitvollzogen werden. Das Prinzip des lebensbegleitenden Lernens muß schulisch vorbereitet und gesellschaftlich beworben werden. Die bisherigen Grenzen der formalen Bildungsphasen werden auf diese Weise zugunsten der permanenten Weiterbildung gesprengt.

Der bessere Wirtschaftskurs für Menschen in Ausbildung

- > Sicherung der Qualität unserer Schulen durch Zielvorgaben, Evaluierung und die Entwicklung nationaler Bildungsstandards.
 - > Bedarfsgerechter Ausbau der Bildungsangebote an den Fachhochschulen, besonders in den boomenden Zukunftsbranchen (Telekommunikation, Telematik, Umwelttechnologie).
 - > Vollständige Autonomie (Lehre, Finanzen, Personal) und professionelles Management unserer Universitäten.
 - > Kürzere Studiendauer
 - > Aufbau eines Online-Bildungsangebotes durch Universitäten und Fachhochschulen: Die Austrian Online University.
- 8 > Förderung moderner Fernlehrsysteme und -programme.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für alle Menschen in Ausbildung

- > Entbürokratisierung der Lehrlingsausbildung, Schaffung neuer Lehrberufe zum Aufbau beschäftigungssicherer Startarbeitsplätze und Lösungsmodelle für Fälle von Nichteignung oder mangelnder Neigung der Jugendlichen für bestimmte Berufe.
- > Weiterentwicklung der Berufsschulen zu Berufsbildungszentren.
- > Qualitätssicherung der Lehrlingsausbildung durch die Sicherstellung der Meisterprüfung.
- > Bildungsschecks zur Förderung der Weiterbildung.
- > Weitere steuerliche Berücksichtigung von Maßnahmen zur beruflichen Weiter- und Höherqualifizierung.
- > Ausbau der freien Erwachsenenbildung, Aufbau einer funktionierenden Weiterbildungsdatenbank und eines Beratungsnetzwerkes für Weiterbildung.
- > Förderung der Partner- und Patenschaften zwischen Schulen, Fachhochschulen, Universitäten und Unternehmen.
- > Erleichterung des Zugangs zum Angebot der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.
- > Aufstockung des Budgets für Angebote des lebensbegleitenden Lernens.
- > Anpassung der Ausbildungsangebots an die Wirtschaftserfordernisse.
- > Europareife durch Auslandsaufenthalte für mehr Schüler/Studenten: Innerhalb der nächsten 5 Jahre soll zumindest 25% der Studenten einen Teil des Studiums im Ausland absolvieren.

... für die privaten Haushalte und die Konsumenten

Moderne Gesellschaften sind auf dem Weg in Richtung einer wissensbasierten, serviceorientierten, industriellen Wirtschaft. Die privaten Haushalte und Konsumenten sind ein wichtiger Partner im Wirtschaftsgeschehen. Ihre Bedürfnisse und ihr berechtigter Anspruch auf Sicherheit und Qualität sind für uns ein unverzichtbarer Teil guter Wirtschaftspolitik.

Behörden und Ämter als moderne Dienstleister. Da die Politik die Verantwortung für die Organisation der Verwaltung trägt, wollen wir für jeden Haushalt den optimalen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sicherstellen: Ämter, Behörden, öffentliche Einrichtungen haben sich ihren Kunden gegenüber so zu verhalten, daß deren Wünschen und Anliegen effizient, freundlich und kompetent entsprochen wird.

Wir verfolgen eine Politik der Marktöffnung und Liberalisierung - denn der offene Wettbewerb unter den Anbietern bringt den besten Vorteil bei Preis und Qualität für den Konsument. Eine revolutionäre Neuerung hat seit 1995 zum Beispiel beim Telefonieren eingesetzt: Die Konsumenten ersparen sich durch den Wettbewerb am Markt 6 Mrd. S an Gebühren. Die Telekommunikationskosten sind um etwa 30% gesunken. 55% der Industriebetriebe telefonieren heute bereits über alternative Netzbetreiber. Im Jänner 1998 haben wir den Markt für Mobiltelefone geöffnet. Österreich erlebt seitdem einen Handy-Boom: 1995 hatten nur 4,9% der Österreicher ein Mobiltelefon, 1999 liegt der Anteil schon über 50%. 1995 gab es eine Lizenz für Mobiltelefonie, 1999 sind es vier.

Eine deutliche Kostenreduktion wird die von uns verlangte vollständige Liberalisierung des Strom- und Gasmarkts ab 1. Jänner 2001 bringen. Bereits der erste Schritt der Marktöffnung für Großabnehmer von Strom hat der Wirtschaft insgesamt eine Einsparung von 4 Mrd. Schilling gebracht. Von der Stromliberalisierung beginnen jetzt auch private Haushalte zu profitieren. BEWAG, SAFE, STEWEAG und KELAG haben bereits die Tarife für den Haushaltsstrom um bis zu 10% gesenkt. Die anderen Gesellschaften werden folgen. Die Konsumenten sollen auch die Wahlfreiheit bekommen, welche Stromart (Wasser, Alternativenergie,

Der bessere Wirtschaftskurs

... für die privaten Haushalte und die Konsumenten

kein Atomstrom ...) sie beziehen wollen. Im Gasbereich wird es zu einer völligen Liberalisierung und damit Lieferantwahl kommen - zum Kostenvorteil der Konsumenten.

Zugang und Nutzung neuer Technologien. Neue Technologien nehmen eine immer bedeutendere Rolle in vielen Bereichen unseres Lebens ein, in den Medien, der Industrie, Unterhaltung, Krankenversorgung, im Arbeitsbereich und in der Freizeit. Fast die Hälfte der österreichischen Haushalte verfügen über einen PC, und mehr als 2 Millionen Österreicher haben bereits Zugang zum Internet. Die ÖVP will, daß sich möglichst alle Menschen dieses neue Medium zunutzen machen können: Die Politik hat dabei die Aufgabe sicherzustellen, daß jede Form eines Amtsgeschäftes oder eines Kontaktes zu einer Sozialversicherung innerhalb der nächsten vier Jahre - wenn der Konsument das will - über Telekommunikation möglich wird.

Internet und Electronic commerce boomen. Im Jahre 2005 wird es weltweit 346 Millionen Internet-Nutzer geben, in Europa werden es 77 Millionen Nutzer sein. Damit wird der Markt durch einen boomenden Electronic commerce für die Konsumenten völlig neu definiert. Weltweit sollen 1999 bereits 700 Milliarden S im "virtuellen Business" umgesetzt werden. Bereits heute nützt jeder vierte Österreicher zumindest gelegentlich das Internet. Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechniken wird weiter zunehmen und der Zugang ausgebaut werden. In diesem weltweit weitgehend deregulierten Markt ist allerdings ein Mindestmaß an Konsumenten- und Datenschutz notwendig.

Neue Chancen für die Arbeitnehmer/innen durch neue Technologien. Viele Berufe sind heute nicht mehr an eine Werkbank oder an einen Schreibtisch gebunden. Viele berufliche Aufgaben können kostenbewußt, schnell und effizient von zuhause erledigt werden. Diese neue Chancen sollen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf genutzt werden.

Gute Infrastruktur sichert hohe Lebensqualität. Neben der Arbeitswelt ist für die privaten Haushalte der Zugang zu Wohnungs-, Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur wichtig. Erst eine gute infrastrukturelle Erschließung von Siedlungen und Stadtteilen, ihre Anbindung an den öffentlichen Verkehr, die Nahversorgung, die Kinderbetreuungseinrichtungen, familien- und behindertengerechte Bau- und Wohnungsformen gewährleisten hohe Lebensqualität.

Steigerung der Kaufkraft der privaten Haushalte. Die allgemeine Steuern- und Abgabenlast muß von derzeit ca. 44% weiter gesenkt werden. Damit wird die Konjunktur durch erhöhte Inlandsnachfrage belebt. Die heimische Kaufkraft wird bereits ab dem Jahr 2000 durch den positiven Effekt der 17 Mrd. Schilling umfassenden Tarifsenkung bei der Lohn- und Einkommensteuerreform gestärkt.

Soziale und persönliche Dienstleistungen. In den privaten Haushalten entstehen völlig neue Beschäftigungsfelder für soziale und persönliche Dienstleistungen. Wir brauchen - neben den öffentlichen - neue "privatisierte" soziale Für- und Vorsorgeeinrichtungen. Der flächendeckende Ausbau mobiler Gesundheits- und Sozialdienste muß über diese "modernen Dienstleistungsunternehmen" erfolgen, weil traditionelle Versorgungseinrichtungen die rasant ansteigende Nachfrage nach rascher, verlässlicher und besser qualifizierter Betreuung zu finanziell erschwinglichen Preisen nicht mehr bewältigen können. Kleine Einheiten können sich oft besser und schneller auf die besonderen Bedürfnisse der Konsumenten einstellen.

Neue Arbeitsplätze durch Einführung eines Dienstleistungsschecks. Die Entwicklung von Beschäftigung im sozialen und persönlichen Dienstleistungsbereich soll durch die Einführung von Dienstleistungsschecks etwa in Bereichen der Hausarbeit gefördert werden. Häusliche

Der bessere Wirtschaftskurs

... für die privaten Haushalte und die Konsumenten

Dienstleistungen zählen zu jenen Bereichen, in denen Arbeitsplätze in großer Zahl geschaffen werden können, die bisher häufig der Schattenwirtschaft anheimfallen.

Mehr Komfort für Autofahrer/innen: Die meisten Autofahrer/innen benützen ihr Auto als notwendiges Verkehrsmittel. Wir wollen daher das Leben der Autofahrer/innen erleichtern. Sie verdienen, als Kund/inn/en einer großen "Verkehrsorganisation" behandelt zu werden. Sie zahlen genug: Allein das Mineralölsteueraufkommen beträgt jährlich 35 Mrd. S. Daher ist auch die Einführung des Road-Pricing für PKW nicht vorgesehen. Die Straßeninfrastruktur muß den maximalen Anforderungen des Verkehrs entsprechen und ist daneben auch ein wesentliches Rückgrat des Wirtschaftsstandorts. Es ist eine Illusion zu glauben, mit schlechten Straßenverbindungen den Verkehr eindämmen zu können. Wir verlangen daher im Interesse der Autofahrer/innen:

- Den Lückenschluß des hochrangigen Straßennetzes und den Ausbau einer leistungsfähigen und zukunftssträchtigen Straßenverbindung nach Nord und Ost: von Wien nach Bratislava, Wien nach Brünn, Linz nach Budweis.
- Das bestehende Autobahnnetz muß zügig saniert werden. Dort, wo es das Verkehrsaufkommen notwendig macht, müssen die Fahrrichtungen dreispurig ausgebaut werden.
- Eine Optimierung der Bauarbeiten an den Baustellen sollen die Verkehrsstaus entscheidend vermindert, der Schadstoffausstoß reduziert und den enormen volkswirtschaftlichen Schaden durch die Staus verringern: Notwendig ist die bessere Ausnutzung des Tageslichts, die Einführung eines Mehrschichtsystems und die Vermeidung von einspurigen Verkehrsabschnitten.
- Bei den Grenzstationen sollen eigene Fahrspuren für Fahrzeuginhaber aus dem Schengen-Raum eingerichtet werden, damit sie bevorzugt abgefertigt werden können. Eine Schengen-Spur verkürzt die Wartezeiten, ohne Sicherheitsanforderungen zu gefährden.
- Solange der durchgehende dreispurige Autobahnausbau nicht fertig ist, sollte an exponierten Stellen partiell ein LKW-Überholverbot eingeführt werden.
- Die Sicherheit an den Autobahnparkplätzen muß erhöht werden: Bessere Beleuchtung, Kameraüberwachung ...
- Die Fahrgemeinschaften sollen es leichter haben, in dem geeignete Parkplätze an den Autobahnauf- und -abfahrten eingerichtet werden.

Der bessere Wirtschaftskurs für die privaten Haushalte und Konsumenten

- Freie Wahlmöglichkeit für Konsumenten bei Strom und Gas ab 1. Jänner 2001
 - Steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltsdiensten und Kinderbetreuung
 - Ausbau der persönlichen und sozialen Dienstleistungen für die privaten Haushalte.
 - Steuerlast reduzieren, um Kaufkraft und Eigenvorsorge zu stärken.
 - Ausbau der neuen Kommunikationstechnologien für private Haushalte, damit diese Technologien den Zugang zum Markt, zu Behörden und öffentlichen Einrichtungen sichern.
 - Ausbau des Projektes zur Hilfestellung für Behördenwege "www.help.gv.at". Weitere Projekte zur Vereinfachung der Amtswege müssen folgen.
 - "Österreichisches Bürgernetz", das kostengünstigen Zugang zum Internet bietet. Hochschul- und Behördenstandorte sollen schrittweise in allen Landesteilen verbunden werden.
 - Mindestmaß an Konsumenten- und Datenschutz im Internet und e-commerce sichern.
 - Wohnraum und Arbeitsplatz näherbringen, z.B. durch Telezentren und Telehomeworking. "Daten statt Menschen pendeln lassen".
 - Optimale Verkehrsanbindung aller Siedlungsgebiete
 - Nahversorgung, den lokalen Zugang zu Kunst, Kultur und Bildung garantieren.
- Komfortsteigerung für Autofahrer: Lückenschluß; Ausbau des hochrangigen Straßennetzes innerhalb Österreichs und nach Norden und Osten und eine wesentliche Optimierung der Baustellenorganisation.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für die Arbeitnehmer/innen

Wir wollen mehr Arbeit und Erfolg mit weniger Vorschriften und Belastungen. Denn nur gute und erfolgreiche Unternehmen mit gut ausgebildeten, motivierten und qualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen schaffen neue Arbeit.

Leistung muß sich lohnen. Daher treten wir für eine weitere Senkung der Steuertarife, gerade auch für kleine und mittlere Einkommen ein. Wir werden auch nicht zulassen, daß die Höchstbemessungsgrundlage bei der Sozialversicherung abgeschafft wird. Und wir werden uns für eine Abflachung der Lebenseinkommenskurve einsetzen: besonders am Anfang der Berufslaufbahn soll mehr Geld überbleiben, genau dann, wenn viele Investitionen für Kinder, Wohnung, Einrichtung, Transportmittel, etc. anfallen.

Den Unternehmen bürokratische Fesseln nehmen. Mehr Flexibilität, Innovation, Deregulierung ist gefragt, sonst verlieren wir Jobs. Der Zweck der Deregulierung bzw. Flexibilisierung der Arbeitswelt besteht darin, überall dort unnötige Einmischung und unnötige Bürokratie zu vermeiden, wo keine unmittelbaren ökonomischen Interessensgegensätze zwischen Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern/Arbeitgeberinnen bestehen.

Beschäftigungsmotor industrienaher Dienstleistungen. Der Abbau von Barrieren unter Beibehaltung der Qualitätsstandards steht im Mittelpunkt unserer wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Die industrienahen Dienstleistungen (Datenverarbeitung, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Marketingdienstleistungen, Technische Dienstleistungen, Vermietung, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Wach- und Reinigungsdienste und sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen) entwickeln sich im letzten Jahrzehnt überaus dynamisch. 1997 gab es 151.906 unselbständige Beschäftigungsverhältnisse in den IDL. Das ist ein Anteil von 5,1% an der Gesamtbeschäftigung.

Flexible Arbeitszeiten leisten mehr für Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Wunsch nach einer Balance zwischen Berufs- und Privatleben macht flexible und individuelle Regelungen notwendig, die sowohl unternehmens- als auch familienorientiert sind. Arbeitszeitflexibilisierung gewährleistet einen effektiveren Einsatz der Personalressourcen, vergrößert den unternehmerischen Gestaltungsspielraum, denn es kann auf Nachfrageschwankungen besser und schneller reagiert werden, verbessert aber im Idealfall ebenso die Lebensbedingungen von Familien.

Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Flexibilisierung des Arbeitsortes. Durch die Informationstechnologie wird die Vision des "any time - any place" Wirklichkeit. Flexible Arbeitsorte - zu Hause, im Büro, auf Reisen - ersparen Unternehmen und Mitarbeitern Zeit und Kosten. Für Unternehmen eröffnen sich dadurch Flexibilitäts- und Effizienzvorteile. Gleichzeitig bietet sich die Chance, Familienbedürfnisse der Mitarbeiter/innen stärker zu berücksichtigen.

Telearbeit. Das ist eine Arbeitsform, die sowohl flexiblere Arbeitszeiten als auch einen flexiblen Arbeitsort verbinden kann. Telearbeit wird ein fixer Bestandteil der Arbeitswelt werden, da Betriebe zum Beispiel Kosten durch Arbeitsplatzsharing sparen können, Pendler/innen können in Telezentren oder zu Hause arbeiten und somit dem täglichen Stau entkommen oder mehr Zeit bei der Familie verbringen. Die Praxis zeigt, daß Telearbeit bei Beschäftigten aller Qualifikationsniveaus mit positiven Effekten verbunden ist. Bei Beschäftigten mit geringerer Qualifikation bringt Telearbeit vor allem einen Flexibilitätsgewinn mit sich. Beschäftigten mit höherer Qualifikation bietet Telearbeit Gestaltungsfreiräume. Das kann sich positiv auf die Leistungsbereitschaft und auf die Produktivität auswirken. Daher müssen auch die Kosten für die Übertragungswege gesenkt werden.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für die Arbeitnehmer/innen

Endlich beweglichere Lebensarbeitszeiten. Wir brauchen flexiblere Übergänge zwischen Arbeit einerseits und Bildung, Nichterwerbstätigkeit und Ruhestand andererseits. Hauptmaßnahmen sind Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer, die Erleichterung bei der Gleitpension, eine Änderung des Bonus-Malus-Systems, die Adaptierung des Modells der Solidaritätsprämien, die Schaffung eines Weiterbildungsgeldes und die Altersteilzeit. Die Altersteilzeit ist ein wirkungsvolles Instrument, um ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten und ihnen einen würdevollen Übergang in die Pension zu ermöglichen. Pensionsansprüche werden durch die Altersteilzeit nicht verringert.

Boomende Branchen mit flexiblen Arbeitsverhältnissen nicht einschränken. Ein Beispiel ist die boomende Branche der Call-Center, die mittlerweile in Österreich Tausende Jobs geschaffen hat. Die Form flexibler Arbeitsverhältnisse muß für die Personengruppen, die eine solche Tätigkeit suchen, z.B. Frauen oder Studenten, erhalten bleiben. Die Möglichkeit eines Zuverdienstes darf nicht eingeschränkt werden.

Keine Aufhebung der bestehenden Sonntagsruhe. Flexibilität der Arbeitszeiten ist wichtig für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer. Die ÖVP bekennt sich aber uneingeschränkt zur Sonntagsruhe. Der Sonntag ist für das religiöse Leben, die Familien, für Kunst, Kultur und Sport wichtig. Vom Verbot der Sonntagsarbeit sind in Österreich nur 14% der Beschäftigten ausgenommen, die durch ihren Dienst unsere Wochenend- und Freizeitqualität sichern: Gesundheitsberufe, Sicherheitsexekutive, Verkehrsdienstleister, Landwirte und Gärtner, Tourismus und Gastronomie und Kulturbetriebe. Für die ÖVP sind die bestehenden Regelungen daher völlig ausreichend und wir werden die Aufhebung der Sonntagsruhe sicher verhindern.

Private und betriebliche Altersvorsorge gewinnt enorm an Bedeutung. Eine Entlastung der Arbeitnehmer/innen von übermäßigen Belastungen der Einkommen durch Steuern und Sozialabgaben ist in Hinblick auf die Eigenvorsorge wichtig. Die Eigenvorsorge muß im zunehmenden Maß das öffentliche Sozialsystem ergänzen, damit es die soziale Grundsicherung auch tatsächlich sicher stellen kann. Die steuerliche Unterstützung der privaten Altersvorsorge bei der letzten Steuerreform ist für die ÖVP sicher nur ein kleiner erster Schritt in diese Richtung gewesen. Die Übernahme von familiären Aufgaben muß in den Instrumenten der Risiko- und Altersvorsorge entsprechend berücksichtigt werden. Das Modell Abfertigung neu erfüllt gleich zwei Kriterien, das der Sicherheit und der Flexibilität. Das Modell sichert einerseits die Abfertigungsansprüche und wandelt sie gleichzeitig in Leistungen einer Pensionskasse um.

Unser Abfertigungsmodell für die Zukunft. Durch die Veranlagung des Geldes in Pensionskassen springt deutlich mehr Geld für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heraus. Die Beschäftigten können (durch die Pensionskassen) das Kapital für sich arbeiten lassen. Bestehende Ansprüche bleiben bestehen und es erwächst eine attraktive Zusatzpension. Wer sich für die Zusatzpension entscheidet, bekommt im Alter zwischen 5.000.- und 8.000.- zusätzlich. Und das Modell bietet mehr Job-Sicherheit für Ältere. Durch die Befristung der Pensionskasseneinzahlungen auf 25 Erwerbsjahre werden ältere Arbeitnehmer/innen für die Betriebe günstiger. Der jetzige Trend zu breiten Kündigungswellen in dieser Kategorie, die von einer ständigen und massiven Steigerung der Arbeitslosigkeit bedroht wird, kann damit gestoppt werden. Und der Abfertigungsanspruch ist kein Hemmschuh mehr beim Job-Wechsel. Wer Teilzeit arbeitet, ist im neuen System gegenüber Vollzeitbeschäftigten arbeiten, nicht benachteiligt.

Die ÖVP ist für die faire Angleichung der Rechte der Arbeiter/innen und Angestellten. 1,3 Mio. Arbeiter/innen befinden sich derzeit in Geiselschaft der SPÖ-Gewerkschaften. Die wollen z.B. die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall des Arbeiters/der Arbeiterin nicht an die

Der bessere Wirtschaftskurs

... für die Arbeitnehmer/innen

Regelungen der Angestellten anpassen, nur weil sie die ungerechtfertigte "Überversorgung" der Urlaubsansprüche bei Kündigung nicht aufgeben wollen. Die ÖVP will die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, ohne dabei die Lohnnebenkosten zu erhöhen. Das würde sich zwangsläufig negativ auf die Arbeitsplatzsituation auswirken. Die ÖVP steht in dieser Frage auf dem Boden der Sozialpartnerschaft: Änderungen im Arbeitsrecht müssen immer von allen Sozialpartnern getragen werden. Weder dürfen die Arbeitnehmer/innen die Arbeitgeber/innen überstimmen, noch die Arbeitgeber/in über die Arbeitnehmer/in darüber fahren.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Frauen verdienen durchschnittlich um ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen. In den Führungsetagen sind Frauen nicht nur unterrepräsentiert, sondern auch unterbezahlt. Ein Grund für die ungleiche Bezahlung liegt immer noch in der minderen Bewertung von sogenannten Frauenberufen. Die ÖVP fordert deshalb eine Neubewertung von Arbeit nach geschlechtsunabhängigen Kriterien. Typische Frauenberufe sollen nicht schlechter bezahlt werden als vergleichbare typische Männerberufe.

Arbeitslose vermitteln und nicht Arbeitslosigkeit verwalten. Wir haben mit über 3,2 Millionen Beschäftigten einen Rekord an Arbeitsplätzen. Unsere Unternehmen schaffen ständig neue Arbeitsplätze. Aber der österreichische Arbeitsmarkt hat ein Probleme bei der Vermittlung der Arbeitslosen. Das heißt, die Sozialverwaltung tendiert trotz Ausgliederung des Arbeitsmarktservices dazu, die Arbeitslosigkeit zu verwalten, und weniger neue Arbeit zu vermitteln. Unsere Forderung, das AMS und alle seine Landesstellen noch stärker nach modernen privatwirtschaftlichen Prinzipien, zu organisieren, wird nur schleppend Rechnung getragen. Politisch heißt das: Die SPÖ - deren ureigenste Domäne gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeitsmarktverwaltung darstellt - hat diesen Bereich der Beschäftigungspolitik nicht im Griff. Die späte Versuche, die größte Schwachstellen, das AMS-Wien, zu reorganisieren, ist die Bestätigung dafür, daß hier nicht rechtzeitig gehandelt wurde.

Der bessere Wirtschaftskurs ist gut für die Arbeitnehmer/innen

- > Verstärkte Flexibilisierung der Arbeitszeit durch die Verlagerung von Regelungsbefugnissen auf Betriebsebene, da eine flexiblere Verteilung der Normalarbeitszeit den Wünschen der Arbeitnehmer/inn/en und den Produktivitätsanforderungen der Unternehmen entgegen kommt.
- > Neue Wege in der Einkommenspolitik gehen.
- > Weitere steuerliche Erleichterung für die private Altersvorsorge. Erste Schritte sind in der Steuerreform 2000 gesetzt worden, die jetzt ausgebaut werden müssen.
- > Umsetzung des ÖVP-Abfertigungs-Modells, das die Wahlfreiheit zwischen Abfertigung und betrieblicher Zusatzpension schafft.
- > Angleichung von Arbeiter/inne/n und Angestellte/n bei Maßnahmen zu LNK-Senkung
- > Neubewertung von Arbeit nach geschlechtsunabhängigen Kriterien um gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu sichern
- > Weitere Modernisierung des Arbeitsmarktservice: das AMS und alle seine Landesstellen müssen noch stärker nach modernen privatwirtschaftlichen Prinzipien organisiert werden. Die Kooperation mit privaten Arbeitskräftevermittlern muß verbessert werden.
- > Arbeit muß vermittelt werden statt Arbeitslosigkeit zu verwalten.

... für die Unternehmensgründer/innen

Hemmnisse auf dem Weg zur Selbständigkeit. In einer Studie nennen die Befragten, was sie hindert, selbständig zu werden: 74% sagen die steuerliche Belastung und Nebenkosten, 71% das fehlende Anfangskapital, 70% bürokratische Wege, 68% Belastung durch Sozial-

Der bessere Wirtschaftskurs

... für die Unternehmensgründer/innen

abgaben, 67% Angst vor Mißerfolg.

Wir wollen die Selbständigenquote in Österreich durch mehr Neugründungen erhöhen. Unser Ziel ist die Steigerung der in Österreich im internationalen Vergleich zu niedrigen Selbständigenquote von derzeit 8,3% auf 10% im Jahre 2004.

Neugründungen schaffen Arbeitsplätze. In nur 4 Jahren veränderte sich die Beschäftigungszahl aus Betriebsneugründungen um etwa 300 000 Arbeitsplätze, ein durchschnittlicher jährlicher Beitrag von 3% Stellenwachstum. Im bundesweiten Schnitt schafft eine einzige Neugründung zwei bis drei neue Arbeitsplätze.

Gründerwelle rollt schneller. Die Unternehmensgründungsquote liegt in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern zwar zurück, aber der Prozeß der Unternehmensgründungen hat sich erfreulich beschleunigt. Es hat eine Zunahme von etwa 60% der Unternehmensgründungen im Vergleich zu 1990 stattgefunden. 1990: 8.300 Gründungen (ohne Übernahmen) 1997: 14.200 Neugründungen, 1998: bereits 20.600 Gründungen.

Immer mehr Frauen, Jüngere und Ältere sowie Arbeitslose gründen ihr eigenes Unternehmen. Frauen sind gute Gründerinnen und ihre Zahl steigt. Jüngere Gründer/innen werden eher aus einer "Ökonomie der Selbstverwirklichung" heraus selbständig, während bei älteren Gründer/innen dies eher aus einer "Ökonomie der Not" heraus passiert. Erfreulich ist dabei, daß sich der Druck der Gründung aus der Arbeitslosigkeit vorteilhaft auf die Realisierung der Gründung auswirkt.

Die neue Selbständigkeit. Die zunehmende Aufgliederung traditioneller Unternehmen in vernetzte, selbständige Einheiten fördert unternehmerisches Denken und Handeln. Neue Selbständigkeit entsteht auch dadurch, daß Führungskräfte unternehmerische Bestätigung suchen, weil in ihren Unternehmen ganze Hierarchieebenen weggefallen sind. Diesen Übergang vom "Angestellten-Unternehmer" in die Position des "Eigentümer-Unternehmers" will die ÖVP erleichtern. Damit kann auch die Existenz von Unternehmen ohne Nachfolgeregelungen besser gesichert werden.

Die Erfolgs- und "Überlebensquote" österreichischer Neo-Unternehmen ist international gesehen Spitzenklasse. Die durchschnittliche Dauer der Gründungsvorbereitung liegt in Österreich bei 5,2 Monaten. 64,0% der Gründer nehmen in dieser Phase professionelle Beratung in Anspruch. In Österreich bestehen 83% der Unternehmen noch nach 3 Jahren, im Vergleich dazu sind es nur 70% in Deutschland, 66% in Italien und 62% in Großbritannien.

Die Meisterprüfung bietet eine Spitzen-Qualifikation und erleichtert der Betriebsgründung. Ein Großteil der Gründerinnen und Gründer will die Gründungs-idee in Gewerbe und Handwerk umsetzen. Dafür brauchen sie die bestmögliche Ausbildung. Ein wesentlicher Grund, warum in Österreich neugegründete Unternehmen am Markt länger als in den anderen EU-Ländern bestehen, liegt auch in der guten dualen Berufsausbildung, die mit einer Meisterprüfung oder einer ähnlichen Berufsqualifikation (HTLs etc.) endet. Die Meisterprüfung muß deshalb durch die Standardisierung von den Prüfungen objektiviert werden.

Höchste Aufmerksamkeit verdient ein unternehmensfreundliches Klima an Schulen, Universitäten und Fachhochschulen: Österreich braucht Lehrstühle für "Entrepreneurship". In den USA gibt es 350 Lehrstühle für Entrepreneurship, in der EU 25, in Österreich erst vereinzelte, z.B. in Klagenfurt. Vorbereitungen laufen in Linz und Wien.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für die Unternehmensgründer/innen

Gesucht: High-Tech-Gründer. Österreich braucht Existenzgründerinnen und -gründer sowie innovative junge Unternehmen, vor allem im Hochtechnologie- und Dienstleistungsbereich. Derzeit sind nur 9% aller Unternehmensgründungen dem High-Tech-Sektor zuzurechnen. Potentielle Investoren (Beteiligungsgesellschaften und business angels) müssen besonders in diesen Branchen besser mit kapitalsuchenden Unternehmen zusammengebracht werden.

In Österreich ist der Markt für Risikokapital immer noch unterentwickelt. Ein entwickelter, außerbörslicher Markt für Beteiligungsinvestitionen setzt einen liquiden, aufnahmefähigen Aktienmarkt voraus, da für Beteiligungsinvestitionen die Ausstiegsmöglichkeit (z.B. über Börsegang) wesentlich ist. Die weitere Verstärkung der eigenkapitalwirksamen Förderinstrumente (Beteiligungsgarantien, Gründungssparen, etc) und die Einführung eines Verlustrücktrags für Unternehmensgründer sollen bei der Finanzierung von Neugründungen helfen.

Balance zwischen dem exponierten und dem geschützten Sektor in Österreich neu definieren. Für unseren Standort wird es entscheidend sein, ob diese Balance gelingt. Weniger Staat kann dabei durch Outsourcing (Contracting out), durch Privatisierung von Leistungen erfolgen. Die öffentliche Hand ist nach allen Schätzungen häufig teurer als private Anbieter. Hier liegt ein enormes Potential für private Dienstleister und Jungunternehmer. In vielen Fällen sind Public-Private-Partnerships die Lösung.

Weniger Staat, mehr Auslagerungen durch eine Aufgabenreform im Staat. Es geht dabei aber nicht nur um die Frage Privatisierung per se. Es geht um Kostenbewußtsein. Dazu brauchen wir mehr Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Anbietern. Ausgliederungen sind dort sinnvoll, wo Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ohne eine Verletzung der Gesamtinteressen des Staates effizienter, besser und kostengünstiger bewältigt werden können.

Die bürokratischen Lasten von den Schultern der jungen Unternehmen nehmen. Die Steuer- und Beitragsabrechnung sollen vereinfacht und vereinheitlicht werden. Mittelfristig können durch die einmalige Einhebung aller lohnabhängigen Abgaben, (Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag, Kommunalabgabe und Sozialversicherungsbeiträge) enorme Erleichterungen geschaffen werden. Unser Ziel ist die Vereinfachung bei der Lohnverrechnung und damit eine entsprechende Kostenverringering. Es muß auch zu einer einheitlichen Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben kommen.

Regelungen dürfen Unternehmen und Neugründungen nicht sinnlos blockieren sondern sollen die Qualität sichern. Die Anmeldung zum Gewerbe muß erleichtert werden. Die Gewerbeordnung an sich blockiert die Gründung neuer Unternehmen aber nicht: Es gibt in Österreich rund 900 Gewerbe, davon sind nur 84 sogenannte "geregelt" Gewerbe. 90% aller Gewerbe - also 800 - sind "frei", jederzeit für jedermann ohne Befähigungsnachweis zugänglich. Tendenz steigend, da hier der gesamte Zukunftssektor der Dienstleistungen dabei ist, wo es kaum geregelte Gewerbe gibt. Unter den geregelten Gewerben sind z.B. Elektriker oder Augenoptiker, die im Interesse ihrer Kunden ein hohes Maß an Sicherheit für Leben und Gesundheit erfordern. Für diese Berufe ist eine qualifizierte Berufsausbildung notwendig. Wer das leugnet, richtet gegenüber dem Kunden nichts wie Unheil an!

Mehr Teilgewerbe. Die ÖVP wollte mit dem "Teilgewerbe" (Teil eines umfassenden Gewerbes, wie z.B. Änderungsschneider, Fahrradmechaniker) Probleme auf dem Weg zum eigenen Unternehmen beseitigen. Die SPÖ hat aber bei der letzten Reform 1997 eine weitergehende Liberalisierung und die von uns geforderte Anzahl der Teilgewerbe blockiert bzw. strengere Regelungen gefordert. So dürfen derzeit in einem Teilgewerbe nur maximal fünf Menschen

Der bessere Wirtschaftskurs

... für die Unternehmensgründer/innen

arbeiten. Unser Ziel ist es, dieses Beschäftigungsverbot zu beseitigen.

Neues modernes Umweltgesetz für Betriebsanlagen. Im Sinn von mehr Fairneß und Transparenz muß ein modernes Anlagerecht die Betriebsgründung oder Erweiterung erleichtern. Einerseits sollen damit das hohe österreichische Umweltniveau beibehalten und gleichzeitig signifikante Verfahrensvereinfachungen und -verkürzungen erreicht werden. Leider ist das am Widerstand der SPÖ gescheitert. Wir wollen die Verkürzung der Verfahrensdauer von Genehmigungsverfahren auf 270 Tage für UVP-pflichtige Infrastrukturprojekte, auf 180 Tage für UVP-pflichtige Industrieanlagen, auf 90 Tage für alle sonstigen Anlagen und Projekte. Bund, Länder und Gemeinden können hier gemeinsam wesentlich zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich beitragen. Das Beispiel Niederlande zeigt, daß es geht.

Der bessere Wirtschaftskurs für Unternehmensgründer:

- Die Selbständigenquote durch Neugründungen auf 10% anheben.
- Förderung der qualitativen Voraussetzungen zur Unternehmensgründung durch die duale Berufsausbildung, einer Unternehmensgesinnung an den Schulen und Lehrstühle für "Entrepreneurship"
- Betriebsgründungen leicht gemacht durch ein neues einheitliches Umweltgesetz für Betriebsanlagen mit "One-Stop-Shops" - 1 Behörde, 1 Verfahren, 1 Bescheid.
- Entbürokratisierung und Vereinfachung der Lohnverrechnung und der Berechnung lohnbezogener Abgaben.
- Verbesserung des Zugangs zu Gründungskapital
- Vereinfachung der Gewerbeanmeldung, elektronische Gewerbeanmeldung.
- Objektivierung der Meisterprüfung
- Erhöhung der Zahl der Teilgewerbe und Aufhebung des Beschäftigungsverbots, daß Teilgewerbe nur fünf Personen beschäftigen dürfen.
- Einführung neuer Dienstleistungsgewerbe
- Mehr Selbständige durch Auslagerung von öffentlichen Aufgaben

... für das stabile Rückgrat unserer Wirtschaft, den Mittelstand

Der Mittelstand ist und bleibt der Motor unserer Wirtschaft und gilt als Hoffnungsträger für den Arbeitsmarkt. Im Zeitraum von 1989 bis 1997 wuchs - bei unterschiedlicher Entwicklung der Sektoren - die Zahl der Betriebe um 9,5% (plus 18.150 Betriebe) und die Zahl der Beschäftigten um rund 8% (plus 150.000 Beschäftigte).

Wir wollen die Lohnnebenkosten um insgesamt 30 Milliarden Schilling entlasten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, Sicherung der Einkommen und der Entlastung von Unternehmen leisten. Diese Entlastung der Arbeitskosten kürzt keine der derzeit bestehenden Sozialleistungen und führt zu keiner zusätzlichen Belastung der Steuer- und Beitragszahler. Diese Entlastung der Arbeitskosten erfolgt durch Steigerung in der Effizienz der Verwendung der Sozialbeiträge, die durchgehende Abstellung von institutionellen Mißbräuchen, die korrekte und objektive Zuordnung von Leistungen und das effiziente Management der Sozialfonds. Die 30 Mrd. Schilling berechnen sich aus einem Set von Maßnahmen.

Wir haben bereits bei der Steuerreform 2000 gegen großen Widerstand eine Steuersenkung von 30 Mrd. Schilling durchgesetzt. Der Vorteil für die Familien und Steuerzahler liegt auf der Hand, weil es ab 1. Jänner 2000 zu einer spürbaren Steigerung ihrer

Der bessere Wirtschaftskurs

... für das stabile Rückgrat unserer Wirtschaft, den Mittelstand

Kaufkraft kommt. Die SPÖ wollte - bekanntlich- die Steuern lediglich um 10 Mrd. S senken. Finanzminister Edlinger meinte "keine Milliarde mehr". Wir werden uns wieder bei der Entlastung der Arbeit durchsetzen. Zum Vorteil von Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden wir auch die Senkung der Lohnnebenkosten um 30 Mrd. S durchsetzen, weil die verantwortungsvolle Senkung von Steuern und Abgaben sich sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesamtwirtschaft finanziell rechnet und eine Entlastung für alle bringt.

Viele Gesetze und Verordnungen werden von etablierten und potentiellen Unternehmern als kostspielig und ineffizient bezeichnet. Sie treffen vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die keine eigene Rechtsabteilung haben. Die administrativen Kosten pro Mitarbeiter in einem kleinen Unternehmen werden mit bis zu 40.000 S beziffert. Für uns ist die Einführung einer Abschätzung der Folgekosten, die Unternehmen aus neuen Gesetzen und Verordnungen entstehen, zwingend notwendig.

Regulierungen müssen in wirtschafts- und beschäftigungsverträglicher Form gestaltet werden. Berechenbarkeit, Transparenz, Verständlichkeit und Vollziehbarkeit der Gesetze müssen erhöht werden (Legislativdienste). Dort, wo ein berechtigter Aufgaben- bzw. Regelungsbedarf besteht, muß der öffentliche Sektor effizienter werden. Die Akzeptanz der öffentlichen Verwaltung wird dann erhöht, wenn der Staat als moderner Dienstleister auftritt. Eine Überprüfung der Regelungen in Bezug auf ihre Auswirkungen auf Unternehmensgründungen, bestehende Unternehmen und ihre Beschäftigten ist dringend notwendig.

Wir verlangen eine kundenorientierte, leistungsfähige und schlanke öffentliche Verwaltung. Aufgabenkritik und permanente Reform müssen die Administration des modernen Staates kennzeichnen. Bürgernähe und Wirtschaftsfreundlichkeit, die Straffung von Verfahren und Verwaltungsabläufen, die Modernisierung der Arbeitsmethoden nach modernen Ansätzen, etwa jenen des New Public Management, haben im Mittelpunkt der Reformen zu stehen. Das von der Bundesregierung gestartete Verwaltungsinnovationsprojekt darf daher nicht in seinen Ansätzen steckenbleiben, sondern muß, mit einem strategischen Gesamtkonzept unterlegt, verstärkt weitergeführt werden.

Eine leistungsfähige Wirtschaft braucht einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst. Die ÖVP tritt dafür ein, daß sich der öffentliche Dienst mit einem modernen Leitbild weiterentwickelt, zu dem Serviceorientierung, Bürgerfreundlichkeit und klare Entscheidungsstrukturen gehören. Damit verbunden treten wir dafür ein, dem einzelnen gut ausgebildeten Beamten Ermessensfreiheit in einem höheren Maße zu gewähren und so die Gesetzes- und Verordnungsfut einzuschränken. Das kann nur eine schlagkräftige Verwaltung garantieren, verbunden mit einem modernen Dienst- und Besoldungsrecht, in dem Beamte nicht als Arbeitnehmer zweiter Kategorie behandelt werden. Die bisher ungelöste Aufgabe der Schaffung einer sinnvollen Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Stichwort: Bundesstaatsreform) und die Beseitigung des Wildwuchses an Kompetenzen innerhalb der Bundesregierung wollen wir endlich erfüllen.

Stärkung des österreichischen Kapitalmarktes durch neue Instrumente der Wagnis- und Beteiligungsfinanzierung. Mindestkapitalanforderungen sind in Österreich höher als in den meisten anderen Ländern. Die Gleichstellung von Eigen- mit Fremdkapital ist ein Steuerungsinstrument, um kleine und mittlere Unternehmen zu stärken.

Die KMUs profitieren von der Liberalisierung der Energiemärkte. Bereits bei einem Marktöffnungsgrad von 25% hat die Liberalisierung der österreichischen E-Wirtschaft Einspa-

Der bessere Wirtschaftskurs

... für das stabile Rückgrat unserer Wirtschaft, den Mittelstand

rungen in Höhe von 4 Mrd gebracht. Die Einsparungspotentiale für die Wirtschaft sind größer als erwartet. Die Liberalisierung des Energiesektors muß daher zügig und für die kleinen Abnehmer erfolgen.

Durch die Marktliberalisierung steigen auch das Angebot und die Qualität von intelligenten Dienstleistungen. Energie-Contracting verhilft Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung zu einer effizienteren Wirtschaftsweise. Mit diesem Instrument wird die Energieeffizienz und somit das Umweltschutzniveau gesteigert und aus den eingesparten Kosten finanziert.

Vereinfachung und Kürzung der Verfahren. Österreich hat lange und komplexe Genehmigungsverfahren für Fabriken und Betriebsanlagen, was an der Vielzahl der zuständigen Behörden und deren Kompetenzüberschneidungen liegt. Wir verzeichneten bisher in Österreich deswegen viel mehr Genehmigungen pro Jahr als z.B. Deutschland (6.000 zu 13.000), weil selbst kleine Anlagen genehmigungspflichtig sind. In einem ersten Schritt konnte die Verfahrensdauer durch die Reform der Gewerbeordnung bereits bedeutend verringert werden: Rund 90% aller Genehmigungen können bereits innerhalb von maximal 90 Tagen abgewickelt werden. Jetzt brauchen wir zusätzlich ein modernes Umweltrecht für Betriebsanlagen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes.

Die freiwillige Einführung von Umweltmanagementsystemen (EMAS, ISO 14001) bringt Unternehmen viele Vorteile. Insgesamt verfügt Österreich bereits über 190 registrierte EMAS-Standorte und liegt im EU-Vergleich absolut gesehen an zweiter und in Pro-Kopf-Werten an erster Stelle. Derzeit sind rund 70% der eingetragenen Unternehmen Klein- und Mittelbetriebe. Die Einführung amortisiert sich im Durchschnitt nach 14 Monaten und bringt Wettbewerbsvorteile wie klare Rechtssicherheit, Optimierung von Organisationsabläufen im Unternehmen, Mitarbeitermotivation, Kostenersparnis durch Vermeidung von Produktionsabfällen.

Eine ökologische Steuerreform in Österreich muß im Zusammenhang mit den Bestrebungen auf europäischer Ebene gesehen werden. Die Diskussion reduzierte sich bei den Sozialdemokraten und Grünen naturgemäß einzig und allein auf die Frage der Erhöhung der Treibstoff- und Energiepreise. In einer langfristigeren Betrachtung scheint aber die Verlagerung der Steuerlast weg von der Arbeit - hin zu den Ressourcen als der richtige Ansatz. In diesem Zusammenhang muß viel stärker auf die Einbeziehung der externen Kosten in die Preisgestaltung geachtet werden, dann werden umweltfreundliche erneuerbare Energieträger automatisch steuerlich bevorzugt.

Die Arbeitszeitflexibilität bedarf der Umsetzung in den Unternehmen. Viele Arbeitsrechtsbestimmungen werden als Hindernis für unternehmerische Tätigkeit gesehen. Arbeitszeitflexibilisierung, wie etwa eine flexiblere Verteilung der Normalarbeitszeit, können den Wünschen der Arbeitnehmer als auch den Produktivitätsanforderungen der Unternehmen entgegen kommen. Flexible Arbeitszeitregelungen wirken sich für das Unternehmen dann besonders vorteilhaft aus, wenn die eingesetzten Maßnahmen mit den Beteiligten abgestimmt wurden. Führungskräfte werden sich bei der Bewertung der Arbeitsleistung in Hinkunft stärker an Arbeitsergebnissen als an absolvierten Zeiteinheiten orientieren. Der Gesetzgeber hat für Spielraum gesorgt, nur müssen die Sozialpartner die in den Betrieben vorhandene Möglichkeiten umsetzen.

Neben den großen sind vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen der Motor einer zukunftsorientierten Forschungspolitik. Dazu ist ein innovations- und unternehmensfreundliches Klima nötig, das die optimalen Rahmenbedingungen für Forschungsaktivitäten - auch auf KMU Ebene - schafft. Die weitere Förderung von industriellen Kompetenzzentren

Der bessere Wirtschaftskurs

... für das stabile Rückgrat unserer Wirtschaft, den Mittelstand

und Forschungsinstituten, von Technologietransfer und die Vermarktung von Know-how und Patenten österreichischer Forscher und Erfinder ist wichtig. Mit dem Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) steht darüber hinaus ein Instrument zur Forschungs- und Technologieförderung zur Verfügung, von dem wesentliche Impulse für F&E-Tätigkeiten in den Unternehmen ausgehen.

Die Tourismusindustrie ist ein zentraler Wirtschaftszweig Österreichs. Die Bedeutung des Tourismus als Einkommens- und Beschäftigungsgenerator bleibt ungebrochen. In Österreich sind rund 160.000 Menschen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen beschäftigt. Im Jahr 1997 betragen die Pro-Kopf Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr in Österreich S 18.628,-. Das ist mehr als dreimal so viel wie im europäischen Durchschnitt, der bei S 4.570,- lag. Auf Grund dieser großen Bedeutung des Tourismus für Österreich muß die Effizienz der Österreich-Werbung erhöht werden. Das Internet als Medium für den Tourismus muß verstärkt eingesetzt und historische Gebäude und der Denkmalschutz optimal genutzt werden.

Der bessere Wirtschaftskurs für den Mittelstand:

- > Senkung der Lohnnebenkosten um 30 Milliarden Schilling.
- > Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen sowie Vereinfachungen in der Steueradministration: mehr Pauschalierungen.
- > Zwingende Abschätzung der Folgekosten von neuen Gesetzen und Verordnungen.
- > Entbürokratisierung: Entlastung und Vereinfachungen bei der Aufzeichnung von Statistik oder der Lohnverrechnung
- > New Public Management - der Staat als moderner Dienstleister.
- > Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Verwaltung: Leistungsfähige Verwaltung braucht einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst. Daher leistungsförderndes Besoldungssystem.
- > Steuerliche Entdiskriminierung der Eigenkapitalbildung
- > Neue Instrumente am Kapitalmarkt zur Wagnis- und Beteiligungsfinanzierung
- > Beschleunigung von Genehmigungsverfahren durch Vereinfachung und Konzentration.
- > Senkung der Energiekosten für KMUs durch die Liberalisierung des Energiesektors ab 1. Jänner 2001.
- > Forcierung von intelligenten Dienstleistungen - wie Energie-Contracting.
- > Förderung von freiwilligen Umweltmanagementsystemen
- > Neue Impulse zur Forschungs- und Technologieförderung für KMUs.
- > Effiziente und moderne Instrumente der Tourismuswerbung

... für schnell wachsende Unternehmen in Zukunftsbranchen

Die schnell wachsenden Unternehmen sind der große Jobmotor. Diese sogenannten "Gazellen" repräsentieren in der EU zwar nur rund 4% aller Unternehmen, sie schaffen aber einen großen Teil der neuen Arbeitsplätze. Von den 500 Unternehmen mit den höchsten Wachstumsraten in Europa haben laut OECD 17 ihren Sitz in Österreich. Zwischen 1992 und 1997 expandierten diese Unternehmen um rd. 15% jährlich und ihr Beschäftigungsstand nahm in demselben Fünfjahreszeitraum um 8,6% jährlich zu. Sie sind über alle Branchen verteilt, aber nur mehr selten in den alten Industriezweigen. Innovation, Forschung und Entwicklung, hochqualifizierte Mitarbeiter, ein hohes Maß an Flexibilität sind Voraussetzungen in diesem Wachstumsmarkt expandierenden Unternehmen.

Innovationsschub für den High-Tech-Standort Österreich. Um die Wettbewerbsfähigkeit sowohl der etablierten Unternehmen als auch der neuen Unternehmen zu sichern, brauchen

Der bessere Wirtschaftskurs

... für schnell wachsende Unternehmen in Zukunftsbranchen

wir in Österreich weiterhin einen kräftigen Innovationsschub. Der High-Tech-Standort Österreich muß attraktiv für Unternehmen bleiben.

Erhöhung der Forschungsquote auf 2,5% des BIP. Forschungspolitik ist ein wesentlicher Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor. Jeder Schilling, der in die Forschungsförderung investiert wird, mobilisiert laut OECD in einem Zeitraum von 3 Jahren 20 Schilling, 75% davon aus Exporterlösen. Österreich investiert 1999 3.852 Milliarden Schilling an Forschungsmitteln. Wir wollen die österreichische F&E Quote auf den Wert vergleichbarer Industrieländer anheben.

Wir brauchen einen Österreich-Fonds für Forschung und Technologie. Dieser von der Intervention der Politik unabhängige Fonds muß ausreichend mit Mitteln dotiert werden, die zunächst aus frei werdenden Reserven der Währungspolitik der Nationalbank kommen können.

Strategische Optionen für Österreichs Unternehmen. Die Hoffungsgebiete liegen dort, wo bereits Stärken für unsere Unternehmen bestehen, und bei der Anwendung von Hochtechnologie sowie bei der Entwicklung bzw. Fertigung von Spezialprodukten und Kleinserien.

Besonders zukunftssträchtige Wachstumsbranchen. Unter anderem belegen Untersuchungen folgenden Branchen ein hohes Wachstumspotential:

- > pharmazeutische Industrie, z.B. im Bereich Immunologie
- > Elektroindustrie mit Spezialanwendungen und Produktionsanlagen für die Halbleiterfertigung
- > Kraftwagen-, Motoren- und Autozulieferindustrie
- > der Bereich Schienenfahrzeugbau und -technik
- > die Medizintechnik kann mit Blutanalyse und Computertomographien besonders punkten
- > Holzverarbeitende Industrie mit z.B. konstruktivem Holzbau
- > Nahrungsmittel- und Rohstoffindustrie mit z.B. biologischem Anbau
- > Metall- und Werkzeugindustrie punktet mit High-Tech-Stählen und Verbundwerkstoffen, um zwei Beispiele zu nennen
- > Film und Unterhaltungsindustrie.

Erfolg mit branchenübergreifenden Querschnittstechnologien. Neben diesen Marktsegmentinnovationen werden Österreichs Unternehmen in Zukunft auch in diesen Branchen erfolgreich sein:

- > Informations- und Kommunikationstechnologie. Hier ist es besonders die Integration von Datenübertragung und Computer, wo die größte Wachstumsdynamik erwartet wird. Das Verschmelzen von PC, Fax, Handy, TV und Stereoanlage zu einem multimedialen Endgerät ermöglicht zunehmend einen elektronischen Marktplatz
- > Mikrosystemtechnik
- > Biotechnologie
- > Umwelttechnik mit umweltverträglichen Produktionsverfahren und Recycling-Verfahren.
- > Erneuerbare Energieträger, wie Solar- und Windenergie sowie Biomasse.

Wir vertreten eine Forschungs- und Technologiepolitik, mit der Österreichs Unternehmen mit an der Spitze dieser Entwicklung den Weg in die Zukunft gehen können. Dafür muß der Wettbewerb zwischen den Forschungseinrichtungen gestärkt werden. Wir wollen den Zugang zu Forschungsergebnissen vor allem für unsere mittelständische Wirtschaft erleichtern.

Ein Modell zukunftsorientierter Technologiepolitik sind die Kompetenz-Cluster. Um das wirtschaftliche Potential dieser Hoffungsfelder realisieren zu können, bedarf es der För-

Der bessere Wirtschaftskurs

... für schnell wachsende Unternehmen in Zukunftsbranchen

derung von technologischen und innovativen Projekten, in denen Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit erfolgreichen Unternehmen verbunden sind. Allein die 30 österreichischen Technologie-, Innovations- und Gründerzentren vereinen 800 innovative technologieorientierte Unternehmen unter ihrem Dach. 40 Forschungseinrichtungen schufen 6.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze (Forschungszentrum Telekommunikation Wien, Carinthian Tech Research, Automotive Cluster Steiermark, Materials Center Leoben, Software Competence Center Hagenberg etc.). Diese Kompetenzzentren sind ein zentrales Element unserer modernen Innovationspolitik.

Von Firmenseite besteht ein hohes Interesse an diesen exportorientierten Kooperationsmodellen. Zur großen Erfolgsstory wurden die vom Wirtschaftsminister eingerichteten derzeit 19 CD-Labors, in denen ausgewiesene Wissenschaftler unmittelbar aus der industriellen Tätigkeit erwachsende Fragestellungen erforschen.

Internationale Unternehmen investieren, wo gute Marktchancen, hervorragende Infrastruktur, gut ausgebildete Arbeitnehmer und exzellente Wissensfabriken regional in Clustern zusammentreffen. Diese Kompetenzzentren sind ein zentrales Element unserer modernen Innovationspolitik. Die bis dato 13 bestehenden Cluster in Österreich umfassen: Wasserwirtschaft, Bioenergie, Umwelt/Abfallwirtschaft, Schifffahrt, Medizintechnik, Kommunale Infrastruktur, Lebensmittel, Landwirtschaft, Hotel- und Objekteinrichtung, Anlagenbau und Elektronik.

Mehr Aufgeschlossenheit gegenüber Innovation und technologischem Fortschritt. Für Bio- und Gentechnologie, für neue Materialien, für Informationstechnologie, für Umweltschutztechnologien, für neue Energiesysteme und für Verkehrstechnologie muß das Verständnis forciert werden. Arbeitsplätze in industrienahen Dienstleistungen sind Arbeitsplätze im hochqualifizierten Bereich, die nicht in Billiglohnländer verlagert werden können. Die im Hochtechnologiebereich geschaffene Beschäftigung kommt teilweise aus jenen Bereichen, die durch die Anwendung der neuen Technologien ihre Produktivität gesteigert haben.

Ausbau der Bildungs- und Dateninfrastruktur: Der schnelle Zugriff auf betriebsrelevante Daten am globalen Informationsmarkt schafft den Unternehmen den entscheidenden Informations- und Wettbewerbsvorsprung. Dazu brauchen wir Innovationsdatenbanken und Innovationsberatungsstellen. Wissenschaftliche Einrichtungen, Technologietransferstellen und Unternehmen müssen über regionale Netzwerke enger zusammengebracht werden und möglichst kostenlos angeboten werden.

Zugang zum Kapitalmarkt für innovative Unternehmen. EASDAQ als europäisches Pendant zur NASDAQ stellt eine einzigartige Kooperation von Venture-Kapitalgebern, Investmentbankern, Versicherungshändlern und Investitionsinstitutionen als Motor für Forschung und Entwicklung und Innovation in Europa dar. EASDAQ ist in der EU etabliert worden, um die Kapitalanforderungen von Unternehmen in den Wachstumsbranchen in einem stark regulierten Finanzmarkt zu erfüllen. Die österreichischen Unternehmen brauchen sowohl den Zugang zu diesen Venture-Kapital-Märkten als auch einen funktionierenden und attraktiven Börsestandort Wien.

Die Kreativwirtschaft als Zukunftschance der österreichischen Wirtschaft. Jahrzehnte hindurch wurde in Österreich Kulturpolitik ausschließlich auf Kunstpolitik verkürzt. Die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit konkurrierenden Anbietern in einer global abrufbaren Produktion wird zunehmend auf einer kulturellen Ebene geführt. Wenn die industrielle Produktion in gleicher Qualität auch anderswo, wenngleich billiger stattfindet, dann ist der Unterschied nur mehr im kreativen Mehrwert - an der Geschichte und Individualität eines Produktes - darstell-

Der bessere Wirtschaftskurs

... für schnell wachsende Unternehmen in Zukunftsbranchen

bar. Der Erfolg der Swatchuhren ist dafür ein Paradebeispiel. Wir treten daher für einen "Pakt der Kreativen mit der Wirtschaft" ein und fordern eine Synthese von kreativer Intelligenz und wirtschaftlicher Innovation.

Der bessere Wirtschaftskurs für die schnell wachsende Unternehmen in den Zukunftsbranchen

- > Anhebung der Forschungsquote auf 2,5% des BIP.
- > Einrichtung eines Österreich-Fonds für Forschung- und Technologie aus Mitteln der OeNB.
- > Erweiterung der Eigenkapitalbasis bzw. -kapitalzufuhr durch die EASDAQ und einen funktionierenden Börsenstandort Wien.
- > Verbesserung der Breitenwirkung der Forschungsanstrengungen durch Vernetzung und Kooperation (z.B. Kompetenzzentren, verstärkte Clusterförderung) unter Einbindung der KMUs.
- > Das hohe technologische Know-how und die Möglichkeit der hohen inländischen Wertschöpfung im Bereich der Biomasse müssen intensiv vorangetrieben werden. Österreich soll in Europa Technologieführer im Bereich Biomasse werden.
- > Wir wollen die Herausforderungen von globalen Umweltthemen wie z.B. den Klimaschutz offensiv angehen. Innovationen in allen Bereichen erschließen neue Technologien und Märkte und schaffen somit Arbeitsplätze.
- > Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung enger verzahnen, Förderung der Verwertung von Patenten, Forschungsergebnisse schneller vermarkten.
- > Pakt der Kreativen mit der Wirtschaft - Gezielte Investition in die Kreativwirtschaft, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken.

... für große Erfolgfirmen in Rot-Weiß-Rot

In Österreich gibt es heute keine "verstaatlichten" Unternehmen mehr. Wichtig ist, daß beinahe alle ehemaligen verstaatlichten Unternehmen erfolgreiche börsennotierende Unternehmen geworden sind, die teilweise Spitzenpositionen am Weltmarkt einnehmen und durchschnittlich 6 Mrd S Gewinn machen. Der Erfolg der bisherigen Privatisierungen für den Kapitalmarkt läßt sich auch daran messen, daß 1998 49% des Umsatzes der Wiener Börse aus dem Handel mit Aktien von Ex-Verstaatlichten-Firmen stammten.

Der Verkauf von Anteilen der Republik an Unternehmen ist seit 1995 erfolgreich vorangetrieben worden. Gehörten z.B. 1995 der Republik an der Böhler-Uddeholm AG noch 72,7%, wurden 1996 bereits 46% verkauft. Die Salinen AG wurde zu 100% abgegeben. Andere Anteile wurden der ÖIAG zur Privatisierung übertragen. Der Verkauf von Anteilen an der Telekom AG hat einen Rekordertrag erbracht.

Die ÖIAG darf nicht zur neuen Verstaatlichtenholding werden. Wir lehnen eine Stärkung der Beteiligungsholding ÖIAG als "Kernaktionärin" ab, die bei Kapitalerhöhungen mitzieht um den Staatseinfluß zu wahren, die selber akquiriert und in die Fehler von früher zurückfällt. Jeder der das will hat den Sinn einer Privatisierung nicht verstanden.

Die ÖVP wird weiterhin den Weg der Liberalisierung und Privatisierung beschreiten. Die der ÖIAG gewährten Darlehen und Zinsen müssen zurückgezahlt werden. 6 oder 7 Mrd. S nicht ins Budget zurückfließen zu lassen wäre nicht vertretbar. Die ÖIAG muß daher "Privatisierungsagentur" bleiben. Das ÖIAG-Gesetz verpflichtet die Gesellschaft dazu, ihre Beteiligungen in angemessener Frist mehrheitlich abzugeben. Der Privatisierungsauftrag steht im Gesetz. Ebenso ausgeschlossen ist darin die Bildung eines Konzernverhältnisses.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für große Erfolgfirmen in Rot-Weiß-Rot

Börseplatz Österreich. Der österreichische Kapitalmarkt muß gestärkt werden. Der Anteil der Aktionäre an der Bevölkerung ist viel niedriger als in anderen europäischen Ländern, die Börsenkaptalisierung der Wiener Börse ist gemessen an der Wirtschaftskraft Österreichs niedrig, und auf Grund der Marktmenge werden Emissionen an ausländischen Börsenplätzen plziert. Die Einführung einer Aktiensteuer würde dem ohnehin schwachen österreichischen Aktienmarkt einen schweren Schaden zufügen.

Verkehrsinfrastruktur als Lebensader für den Industrie- und Wirtschaftsstandort. Die Verkehrsinfrastruktur und damit die Gewährleistung der Erreichbarkeit ist zur Absicherung des österreichischen Wirtschaftsstandortes auszubauen. Der konsequente Infrastrukturausbau muß leistungsfähige Straßen- und Schienenverbindungen und Wasserwege von den österreichischen Wirtschaftszentren zu den zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten und die Einbindung in das gesamteuropäische Verkehrsnetz gewährleisten. Auf leistungsfähige Terminals als Verknüpfungspunkte der Verkehrsinfrastruktur der einzelnen Verkehrsträger ist besonders Wert zu legen. Die Schaffung von mehr Wettbewerb auf der Schiene sollte durch eine echte Liberalisierung erfolgen, zum Vorteil der Kunden: Durch die Trennung des Bahn-Absatzes von der Infrastruktur. Ein leistungsfähiger Ex-ante Regulator ist einzusetzen. Eine rasche Umsetzung des Infrastrukturausbaus kann durch eine Erweiterung des Finanzierungsspielraums durch den Einsatz von Privatisierungserlösen oder durch die Public-Private-Partnerschaften erfolgen.

Das Beste für Österreich und die großen Unternehmen ist ein starkes Europa. Nach fast 5 Jahren Beitritt Österreichs zur EU, den die ÖVP mit vollem Einsatz betrieben und schließlich auch durchgesetzt hat, steht außer Zweifel, daß die EU-Mitgliedschaft einen politischen und wirtschaftlichen Gewinn für unser Land darstellt. Der EU-Beitritt erhöht den Außenhandel, schafft Wachstum und Arbeitsplätze, steigert das BIP und die Steuereinnahmen. Davon profitieren Konsumenten und Unternehmen gleichermaßen.

EU-Erweiterung: Österreich war bis jetzt größter Gewinner der Öffnung zu den östereuropäischen Nachbarländern. Österreich ist das europäische Land, das vom Fall des Eisernen Vorhangs am meisten profitiert hat. Das Standortpotential Österreichs hat sich erheblich verbessert. In unserer Nachbarschaft befinden sich Märkte, die in den nächsten Jahren Wachstumsraten aufweisen werden, die 2,5 bis 3,5% über dem Durchschnitt der EU-Staaten liegen werden. Eine Stärkung der EU-Marktposition in Mittel- und Osteuropa nützt daher Österreich überproportional. Österreich, das im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsländern besondere Interessen auf den Märkten Mittel- und Osteuropas verfolgt, muß ein entsprechend größeres Interesse an einer Stärkung der EU-Position in diesem Raum haben.

Österreichische Unternehmen konnten die Handelsliberalisierung mit den Beitrittskandidaten bereits voll nützen. Allein in den ersten acht Monaten 1998 stiegen die österreichischen Exporte dorthin um 13,6%, die Importe lediglich um 5,6%. Seit dem Umbruch im Jahre 1989 bis 1998 betrug die österreichische Handelsbilanz mit den ost- und mitteleuropäischen Ländern 17,3 Mrd. Schilling. Österreich kann seine traditionellen Exportmärkte nach Mittel- und Osteuropa zurückgewinnen. Vor der Errichtung des Eisernen Vorhangs betrug der Anteil dieser Länder an den Ausfuhren Österreichs ca. 20%. Bis 1989 stagnierten die Exporte auf einer Quote von rund 4,4%. Bis zum Jahr 2005 könnte der Anteil bereits bei ca. 22% liegen und in den Jahren bis 2010 weiter ansteigen.

Die Einbeziehung der Kandidatenländer in den Binnenmarkt nützt gerade den Hoffnungsbereichen der österreichischen Wirtschaft. Die Zukunftsstärken der österreichischen Industrie decken sich weitgehend mit dem Nachfrageprofil der Beitrittskandidaten. Auch

Der bessere Wirtschaftskurs

... für große Erfolgfirmen in Rot-Weiß-Rot

traditionelle österreichische Industriesektoren werden somit durch ein Zusammenwachsen der Märkte profitieren.

Neben einer traditionell starken Handelsbeziehung Österreichs mit Osteuropa, zählt Österreich zu den wichtigsten Investoren in den osteuropäischen Nachbarländern.

Österreich konnte seinen Informationsvorsprung bei den Direktinvestitionen in diese Regionen nutzen. Der Bestand an österreichischen Direktinvestitionen in den Oststaaten verzehnfachte sich von 5 Mrd. Schilling 1990 auf 48,4 Mrd. Schilling 1997 bzw. auf fast 60 Mrd. Schilling im Jahre 1998. Österreich profitiert aber auch von den Unternehmen, die ihre Osteuropazentralen in Österreich angesiedelt haben. So koordinieren Unternehmen wie Agfa, Canon, Chrysler, Fuji, McDonald's, Renault und Volvo ihre Ostaktivitäten von den Headquarters in Österreich.

Die EU-Erweiterung sichert österreichischen Unternehmen einen fairen Wettbewerb.

Die Integration unserer ost- und mitteleuropäischen Nachbarländer in die EU hat zur Voraussetzung, daß sich in diesen Ländern die sozial- und umweltrechtlichen Normen sowie die allgemeine Rechtssicherheit an den EU-Standard anpassen.

Österreich ist mit der EU ein Global Player. In der WTO - 1995 als Nachfolgeorganisation des GATT gegründet und Hüterin des multilateralen Welthandelsystems werden unsere Handels- und Wirtschaftsinteressen durch das gemeinsame Auftreten der EU-Länder gut vertreten. Das eröffnet österreichischen Unternehmen im globalen Welthandel bessere Chancen, die in der nächsten noch heuer beginnenden Verhandlungsrunde zu verbessern sind.

Der bessere Wirtschaftskurs für große Unternehmen

- Der Weg der Liberalisierung und Privatisierung muß beibehalten werden.
- Die ÖIAG muß "Privatisierungsagentur" bleiben.
- Stärkung des österreichischen Risikokapitalmarktes
- Neue Schwerpunktsetzung in der staatlichen Industrie- und Gewerbeförderung in Richtung Innovationsförderung
- Ausbau der Infrastruktur und Anbindung an die Transeuropäischen Netze. Ausbau der Straßeninfrastruktur zu den benachbarten Reformländern und Lückenschluß im hochrangigen Straßennetz.
- Liberalisierung und Wettbewerb im Schienenverkehr
- EU-Erweiterung und Vertiefung des EU-Binnenmarktes.
- WTO - Österreich ist durch die EU ein Global Player.

... für den ländlichen Raum

Die Arbeit der Bauern ist von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Stärke Österreichs. Allein in Österreich arbeiten rund 660.000 Menschen oder 20% aller Beschäftigten im sogenannten "Agrarkomplex", in der Land- und Forstwirtschaft, und den vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereichen.

Das Land muß leben. Eine aktive und erfolgreiche Landwirtschaft ist entscheidend für die Entwicklung eines vitalen ländlichen Raumes. Die Landwirtschaft braucht wirtschaftlich erfolgreiche Partner, um für die ländlichen Regionen eine sichere Zukunft zu gewährleisten. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit arbeiten Landwirte, Unternehmen und Gewerbetreibende gemeinsam für die Sicherung und den Ausbau von Lebensqualität, wirtschaftlichen Erfolg und Sicherheit.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für den ländlichen Raum

Im Interesse einer nachhaltigen wirtschaftlichen Sicherung des ländlichen Raumes ist auch ein gerechterer Finanzausgleich von vorrangiger Bedeutung. Im Zuge der bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen sind daher die berechtigten Anliegen des ländlichen Raumes in Form einer gerechteren Mittelaufteilung umzusetzen.

Der ländliche Raum braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Bauern, Greißler und Kleingewerbe leiden unter der Abwanderung aus dem ländlichen Raum. Durch eine gezielte Struktur- und Regionalpolitik muß die Grundversorgung ländlicher Gemeinden sichergestellt werden. Nahversorgung ist Lebensqualität und darf insbesondere nicht auf Kosten der älteren Bevölkerungsgruppen verloren gehen.

Zur Erhaltung der Lebensqualität und Wirtschaftskraft im ländlichen Raum ist auch die Aufrechterhaltung moderner Bildungs-, Gesundheits-, Sicherheits- und Postdienstleistungen erforderlich.

Funktionierende Verkehrsverbindungen sind ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor. Daher müssen auch in Zukunft die erforderlichen Mittel für die Erhaltung und den Ausbau des ländlichen Wegenetzes bereitgestellt werden.

Telekommunikation als Erfolgsfaktor für den ländlichen Raum. Moderne Telekommunikation ist eine Schlüsseltechnologie. Gerade im ländlichen Raum kann sie einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung räumlicher Nachteile leisten. Die flächendeckende Vernetzung Österreichs mit modernster Kommunikationstechnologie ist daher von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des ländlichen Raums.

Vom Grenzland zum Kernland. Österreich hat bei den EU-Agenda-2000-Verhandlungen für seine Grenzregionen 5 Milliarden Schilling an Förderungen für die nächsten Jahre ausverhandelt. Diese Mittel sollen dafür genutzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen deutlich zu verbessern und langfristige Arbeitsplätze zu schaffen.

Kostenentlastungen bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln. Österreichs Landwirtschaft braucht die gleichen Wettbewerbsvoraussetzungen wie die anderen EU-Staaten. Ein zentraler Kostenfaktor für die Landwirtschaft sind die Betriebsmittel. Seit dem EU-Beitritt konnten in einigen wichtigen Bereichen Kostensenkungen durchgesetzt werden. Trotzdem sind weitere Fortschritte unabdingbar. Insbesondere bei Diesel, einem wesentlichen Kostenfaktor, ist eine deutliche Absenkung der im internationalen Vergleich sehr hohen Mineralölsteuer erforderlich. Generell wird ein Absenken der Betriebsmittelpreise auf ein europäisches Durchschnittsniveau angestrebt.

Keine Steuererhöhungen auf Grund und Boden. Wir müssen auch in Zukunft mit Entschiedenheit allen Bemühungen entgegentreten, die Steuern auf Grund und Boden anzuheben. Gerade in der Landwirtschaft besteht kein sachlicher Grund für Veränderungen. Die Erträge aus der Produktion sind in den letzten Jahren nicht gestiegen. Daher sind keine Steuererhöhungen in diesem Bereich denkbar. Das System der ertragsabhängigen Einheitswerte und der Pauschalierung bei der Einkommens- und Umsatzsteuer ist auch im Interesse der verwaltungstechnischen Vereinfachung für die Bauern und Finanzämter beizubehalten. Die Anhebung von Grundsteuern und Einheitswerten sowie die Überlegungen in Richtung einer Wertschöpfungsabgabe sind wirtschafts- und leistungsfeindlich und würden dem Wirtschaftsstandort gerade in den ländlichen Regionen schaden.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für den ländlichen Raum

Österreichs Bauern setzen auf Qualität. Das zeigt sich sowohl in der Exportentwicklung (1994: 9,43 Mrd. S Exportumsatz; 1998: 25,5 Mrd. S Exportumsatz) als auch im Vertrauen der österreichischen Konsumenten auf heimische Qualität. Gesunde und umweltgerechte Nahrungsmittel sind in Zukunft der wichtigste Erfolgsfaktor für die heimische Landwirtschaft. Hohe Qualitätsstandards, eine transparente Kennzeichnung hinsichtlich Ursprung und Qualität, strenge Kontrollen der Produkte und eine umfassende Information der Konsumenten sind der beste Garant für die Fortsetzung der eingeschlagenen Erfolgsstrategie. Wir geben dem Konsumenten die Sicherheit, die er fordert.

Nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie als strategische Zukunftstechnologien. Österreich deckt mehr als ein Viertel seines Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen. Ein entscheidender Punkt ist die Umsetzung des Regierungsbeschlusses von Bad Aussee, der eine verpflichtende steuerbegünstigte Beimischung von Biodiesel zu herkömmlichem Dieseldieselkraftstoff vorsieht. Österreich muß die Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen weiter forcieren, etwa im Rahmen des Bioenergie-Clusters, um den erreichten Wettbewerbsvorsprung zu halten.

Eine multifunktionale, flächendeckende und wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft als Motor für den ländlichen Raum. Österreich hat bei den Agenda-Verhandlungen stabile Rahmenbedingungen für Österreichs Bauern erreicht. Die österreichische Antwort darauf liegt in einem weiteren Ausbau der Umweltorientierung der Landwirtschaft. Durch den Ausbau des Umweltprogramms kann der Vorsprung Österreichs als das Ökoland Europas dauerhaft abgesichert werden.

Ausgleich geographischer und klimatischer Nachteile unabdingbar. Für die Berggebiete und sonstigen benachteiligten Regionen muß Österreich den im Agenda-Paket ausverhandelten Spielraum nutzen und die Ausgleichzulage seinen Bedürfnissen anpassen. Dabei geht es insbesondere um die Einführung eines Sockelbetrags in der Förderung. Damit wird ein unverzichtbarer Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft geleistet, was insbesondere auch für die Tourismuswirtschaft von großer Bedeutung ist.

Gesunde Umwelt sichert Tourismus. Durch eine intakte Umwelt und Landschaft hat Österreich die Grundlage für den Erfolg der Tourismusbranche nachhaltig gesichert. Trinkwasserqualität in Badeseen, gute Luftqualität und sauberes Trinkwasser sind das Ergebnis einer modernen Umweltpolitik und bieten den Österreichern eine ausgezeichnete Lebensqualität.

Nationalparks. Die Schaffung von Nationalparks stärkt das Image Österreichs als Tourismusland mit ausgezeichneter Umweltqualität und schafft zusätzliche Einkommensmöglichkeiten auch in strukturschwachen Regionen. Schon jetzt werden 10% der jährlichen Übernachtungen in Österreich in Nationalparkgebieten gezählt.

Der bessere Wirtschaftskurs für den ländlichen Raum

- > Die ÖVP-Initiative "Das Land muß leben" - Hilfe zur Selbsthilfe
- > Kooperationsprojekte zwischen Gewerbe und Landwirtschaft
- > Sicherung und Erhaltung der Basisinfrastruktur (Nahversorgung, Lebensmittelhändler, Gasthäuser, Post, Behörden)
- > Weiterbestand von sozialen Einrichtungen (Bildungsangebot, Kindergärten, Arztpraxen)
- > Kostengünstige Kommunikationstechniken für dezentralen Einsatz in ländlichen Regionen. Es ist notwendig, diese Technologien möglichst breit im ländlichen Raum einzuführen (Telearbeit, -häuser, Internetzugang). Förderung moderner Fernlehrsysteme und -programme.

Der bessere Wirtschaftskurs

... für den ländlichen Raum

- Die Ausgleichszahlungen für die Bauern müssen dauerhaft gesichert sein.
- Das Umweltprogramm (ÖPUL 2000) muß um 1. Mrd. Schilling aufgestockt werden.
- Weiterführung der Anreizfinanzierung in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft durch den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
- Die Ausgleichszulage ist sozial und leistungsbezogen durch Einführung eines Sockelbetrages um 1 Mrd. Schilling zu erhöhen.
- Die Betriebsmittelpreise müssen an das EU-Niveau angepaßt werden. Der Diesel für die land- und forstwirtschaftliche Urproduktion ist steuerlich zu entlasten.
- Die Einheitswerte müssen Ertragswerte bleiben.
- Der EU-Kofinanzierungsanteil beträgt 50%. Wir wollen, daß die gesamten EU-Kofinanzierungsmittel ungekürzt für umweltgerechte bäuerliche Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.
- Forcierung der nachwachsenden Rohstoffe als Einkommenschance und Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum, z.B. Biodiesel, Biomasse.
- High-Tech-Offensive mit Etablierung eines "Forschungs- und Kompetenzzentrum Biotechnologie für nachwachsende Rohstoffe".
- Förderungen von neuen umweltfreundlichen Technologien, um erfolgreichen Markteintritt zu ermöglichen, keine Basissubventionen, sondern Kopplung der Projekte an Effizienzkriterien.
- Unterstützung und Förderung der wirtschaftlichen Grundlagen der bäuerlichen Betriebe in den Grenzregionen.
- Stärkung der Grenzregionen im Rahmen der EU-Strukturpolitik und durch INTERREG und LEADER-Initiativen.

... für gesunde Staatsfinanzen

Wir verfolgen im Sinne der Fortführung des von uns im Jahr 1995 herbeigeführten wirtschaftspolitischen Richtungswechsel einen klaren Kurs der konsolidierten Staatsfinanzen, die alle Stabilitätskriterien einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik erfüllen.

Der bessere Wirtschaftskurs für gesunde Staatsfinanzen

- Absenkung der Steuer- und Abgabenquote auf den EU-Durchschnitt, was zwingend heißt, daß wir Steuern und Abgaben senken und nicht erhöhen wollen.
- Die Erstellung von "Doppelbudgets" zur Optimierung der mittelfristigen Finanzplanung der öffentlichen Haushalte.
- Zweckgebundene Mittel, wie zum Beispiel für die Familien, dürfen nur widmungsgemäß verwendet werden.
- Eine Kürzung der Staatsausgaben verlangt eine Aufgabenreform bis hin zur Einführung der Kostenrechnung bei allen öffentlichen Dienststellen (derzeit nur im Außen- und im Wirtschaftsministerium üblich) die Anwendung moderner Verwaltungsabläufe ("Papierfreie Amtsstube mit elektronischen Akt").
- Ausgabenreduktion durch Nutzung günstigerer Infrastruktur- und Energiekosten in den öffentlichen Einrichtungen.
- Reform der abgabenrechtlichen Verfahren zum besseren Rechtsschutz in Steuersachen.
- Bei den Finanzausgleichsverhandlungen darf die Finanzbasis der Länder und Gemeinden nicht gefährdet werden. Reform des abgestuften Bevölkerungsschlüssel, der derzeit die kleinen Gemeinden benachteiligt.
- Die Mittel zur Wohnbauförderung für die Länder dürfen nicht gekürzt werden.
- Wenn der Europäische Gerichtshof Abgaben für rechtswidrig erklärt, deren Erträge den Ländern und Gemeinden zufließen, hat der zuständige Bundesgesetzgeber die Ausfälle von Einnahmen auszugleichen.

Besser für Familien

Willkommen, Kinder!

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Kinder und Familien willkommen sind. Funktionierende Familien sind uns nicht nur ein Anliegen, sondern auch ein gesellschaftspolitisches Ziel. Die Leistungen der Familien sind für die gesamte Gesellschaft unverzichtbar. Für uns sind Kinder keine Last. Wir wollen für den Wert der Familie werben. Wir wollen Familien stärken.

Wir wollen Österreich zum familienfreundlichsten Land Europas machen. Kinder brauchen die besten Startbedingungen. Es liegt in der Verantwortung beider Elternteile, ihren Kindern die besten Lebenschancen zu eröffnen.

Unser Leitbild für die Familie des 21. Jahrhunderts ist die Familie mit zwei Elternteilen und Kind(ern): Denn Familie ist dort, wo Kinder sind. 75% aller Kinder in Familienbeziehungen wachsen mit zwei Elternteilen auf, die den Kindern anerkanntermaßen die besten Startchancen für ihr eigenes Leben sichern, weil sie grundsätzlich Kontinuität und Verlässlichkeit in der Erziehung der Kinder und eine zeitlich ausreichende Betreuung ermöglichen. Natürlich begegnet uns Familie in vielfältigeren Formen - von der "Nachfolgefamilie" bis hin zu den Alleinerzieherfamilien. Gerade letztere verdienen Respekt und Unterstützung, weil sie oft aus widrigen privaten, sozialen oder ökonomischen Gründen in diese Lebenssituation hineingezwungen werden. Die Politik ist nicht für den Erfolg oder das Zerbrechen von Familien und Ehen verantwortlich. Sie kann aber dabei helfen, daß familiäre Beziehungen die Chance haben, menschlich und materiell stabil zu bleiben.

Familienfreundliche Lebenskultur in Österreich: Der ÖVP geht es neben den materiellen Rahmenbedingungen um ein neues Klima für Kinder und familiäre Beziehungen. Wir setzen uns ein für eine neue Familienkultur in Österreich. Wir wollen damit das familiäre Zusammenleben fördern und eine Kultur für Kinder und Eltern schaffen. Eine Kultur,

- in der Kinder und Familien willkommen sind;
- in der Kindergeschrei nicht als Belästigung sondern als Zukunftsmusik gilt,
- in der Kinder keine Hindernis in der Karriereplanung sind
- in der stabile Zwei-Eltern-Kind-Beziehungen als Leitbild anerkannt sind.
- Wir wollen, daß der Kinderwunsch der Eltern umgesetzt werden kann. Wir sind darüber besorgt, daß die Geburtenzahlen in Österreich in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen sind. Der Wunsch nach Kindern darf durch mangelhafte Voraussetzungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft nicht unerfüllbar bleiben.
- Wir wollen, daß mehr Kinder in funktionierende Partnerschaften geboren werden, weil dadurch die Lebenschancen der Kinder gestärkt werden.
- Wir wollen, daß Ehepartner - auch die Väter - ihre elterliche Verantwortung stärker wahrnehmen, und daß nicht noch mehr Kinder als Scheidungswaisen leben müssen. In Österreich werden pro Jahr rund 18.000 Ehen geschieden, wovon rund 16.000 minderjährige Kinder betroffen sind. Wir wollen die Eltern zu eigenverantworteten Konfliktlösungen motivieren - im Interesse der Kinder.

Karenzgeld für alle. Derzeit ist der Bezug von Karenzgeld an ein vorhergehendes Beschäftigungsverhältnis geknüpft, weil die dafür notwendigen Mittel zu 30% aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Das bedeutet, daß rund 7% der Mütter/Väter - wie zum Beispiel Studentinnen und Hausfrauen - überhaupt keinen Anspruch auf Karenzgeld haben und rund 4% der Eltern, die Selbständige oder Bauern sind, nur eine "Teilzeitbeihilfe" in Höhe des halben Karenzgeldes erhalten. Es geht also um ca. 8.000 Geburten im Jahr.

Uns ist jedes Kind gleich viel wert, unabhängig davon, ob die Mutter bzw. der Vater vorher erwerbstätig war oder nicht. Deshalb treten wollen wir Karenzgeld für alle. Wir möchten allen Müttern und Vätern den Bezug von Karenzgeld sicherstellen, weil die Erziehung der Kinder

Besser für Familien

Willkommen, Kinder!

eine unverzichtbare Leistung für die Gesellschaft darstellt, die auch finanziell anerkannt werden muß.

Wir wollen das Karenzgeld nicht mehr als Versicherungsleistung für den Ausfall von Erwerbseinkommen, sondern als das klassifizieren, was es längst ist, nämlich als eine Leistung für die Familie. Daher wollen wir das Karenzgeld zur Gänze aus dem Familienlastenausgleichsfonds finanzieren und von einer vorhergehenden Erwerbstätigkeit entkoppeln. Damit treten mehrere positive Effekte ein:

- > Karenzgeld bekommen auch jene Eltern, die es bisher nicht bekommen haben. Es gibt weder einen sachlichen Grund noch soziale Argumente, warum gerade Kinder von Studierenden, den geringfügig Beschäftigten, Hausfrauen oder Hausmännern, Bäuerinnen oder Bauern sowie von Ehepartner eines Gewerbetreibenden von diesem Anspruch ausgeschlossen bleiben sollen.
- > Wir wollen auch, daß jemand während der Karenzzeit etwas dazuverdienen kann. Damit wird eine Urlaubsvertretung oder andere Form der temporäre Beschäftigungen möglich, ohne wie bisher den Anspruch auf Karenzgeld zu verlieren. Jetzt können Karenzgeldbezieher/innen lediglich bis zur Geringfügigkeitsgrenze von derzeit öS 3.840,- dazu verdienen. Das kommt praktisch einem Beschäftigungsverbot gleich. Selbst wenn der Zuverdienst mit einer Obergrenze verbunden ist, steigert allein die Tatsache, daß ein Zuverdienst überhaupt möglich ist, die Wahlfreiheit in der Lebensgestaltung der Eltern. Jeder Vorschlag, der behauptet, "Karenzgeld für alle" bedeute ein "zurück an den Herd" für alle Mütter ist daher völlig grundlos.
- > Die Arbeitslosenversicherung erspart sich eine jährlichen Beitragsanteil von rund 2,3 Milliarden Schilling. Dadurch können die Lohnnebenkosten um rund 0,4%punkte gesenkt werden.

Karenzgeld für alle ist finanzierbar. Die Mehrkosten betragen rund 840 Millionen Schilling pro Jahr und sind aus den Überschüssen des Familienlastenausgleichsfonds finanzierbar.

Höheres Karenzged ab dem Jahr 2000. Wir wollen das monatliches Karenzgeld für alle auf einheitlich öS 6000 erhöhen.

Pension für die Kindererziehung. Wir wollen einem größeren Kreis von Frauen eine eigene Pension ermöglichen. Wir wollen dabei jenen helfen, die sich vorwiegend der Kindererziehung gewidmet haben und deshalb aus dem Erwerb ausgestiegen sind und keine eigenen 15 Jahre an Beitragszeiten durch Erwerbstätigkeit für ihre eigene Alterspension erwerben konnten. Bis dato müssen 15 Jahre Beitragsjahre vorliegen, um einen eigenen Pensionsanspruch zu begründen. Wir wollen das dahingehend ändern, daß neben eigenen Beitragszeiten auch die Zeiten, die für Kindererziehung aufgewendet wurden, den Anspruch auf Pension nicht nur wie es derzeit der Fall ist, erhöhen, sondern auch begründen. Unser nächstes Ziel ist es daher, jene finanziellen Verluste zu beseitigen, die entstehen, wenn sich Kindererziehungszeiten überschneiden. Wir wollen zur sozialen Absicherung - besonders von Frauen - stufenweise durchsetzen, daß die Zeiten für die Erziehung von Kindern bei der Berechnung der Pensionen nicht nur angerechnet werden, sondern auch "pensionsbegründend" wirken. Das heißt: Wir wollen die Möglichkeit zum eigenen Pensionsanspruch durch das Zusammenrechnen von Kindererziehungszeiten und Beitragszeiten schaffen. Das bedeutet auch ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und Anerkennung von Familienleistungen. Denn es ist nicht einzusehen, daß ausgerechnet die gesellschaftspolitisch so wichtige Familienarbeit keinen eigenen Pensionsanspruch begründen soll. Deshalb verfolgen wir die langfristige Perspektive, kindbezogene Familienleistungen in Zukunft von einer vorhergehenden Erwerbstätigkeit abzukoppeln.

Kinderbetreuungsgeld ermöglicht Wahlfreiheit. Für uns liegt eine wichtige Zukunftsperspektive für die Erleichterung der Kinderbetreuung in der schrittweisen Einführung

Besser für Familien

Willkommen, Kinder!

eines Kinderbetreuungsgeldes. Es soll unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern und unabhängig von einer vorangegangenen oder aktuellen Beschäftigung in einheitlicher Höhe jenem Elternteil zukommen, der für die Betreuung des Kindes die Hauptverantwortung trägt.

Wir wollen, daß Eltern die Möglichkeit haben, aufgrund ihrer persönlichen Anforderungen und Bedürfnissen die Form der Betreuung ihrer Kinder frei zu wählen. Sie können entweder beim Kind bleiben oder die optimale Form der Betreuung außerhalb des eigenen Haushaltes suchen. Und beide Formen werden entsprechend finanziell unterstützt.

Die Einführung dieses Kinderbetreuungsgeldes ist deshalb nur schrittweise möglich, weil die Mittel dafür aus den Beiträgen des Familienlastenausgleichs finanziert werden müssen. Das heißt, von der Entwicklung der Einnahmen dieses aus Arbeitgeberbeiträgen gespeisten Fonds abhängig sind.

Die Väter in die Pflicht nehmen. Wir anerkennen und unterstützen die Wahlfreiheit in den Lebensentwürfen und Vereinbarungen zwischen Mann und Frau. Wir wollen den Vätern aber bewußt machen, daß eine aktive Vaterrolle und die ausreichende Beschäftigung mit den eigenen Kindern eine wertvolle und unersetzliche Bereicherung des eigenen Lebens darstellt, die alle Mühen und Lasten der Betreuung um ein Vielfaches aufwiegt.

Die Familien in der Verfassung verankern. Die ÖVP will daher, daß die Unterstützung der Familien durch den Staat als Staatsziel in der Verfassung verankert wird, wie das ist in vielen EU-Ländern schon lange der Fall ist.

Willkommen, Kinder! Daher wollen wir:

- > Karenzgeld für alle: Ausweitung des Anspruchs auf Karenzgeld auf alle Mütter/Väter unabhängig von einer vorangegangenen Erwerbstätigkeit und Öffnen der Zuverdienstgrenzen.
- > Anhebung der Teilzeitbeihilfe für Selbständige und Bäuerinnen auf das Niveau des Karenzgelds.
- > Karenzgeld auf monatlich 6.000 Schilling erhöhen.
- > Nicht nur anrechenbare sondern auch pensionsbegründende Kindererziehungszeiten.
- > Kinderbetreuungsgeld schrittweise aufbauen
- > Verbesserung bei Schüler- und Lehrlingsfreifahrt: Kostenersatz auch für Internatsschüler für die nicht täglichen Heimfahrten.
- > Steuerliche Absetzbarkeit von Kosten für Kinderbetreuung und Haushaltshilfen.
- > Familien in der Verfassung verankern

Familie & Beruf vereinbar machen

Zentrales Anliegen der ÖVP-Familienpolitik ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen die Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten.

Kleine Kinder brauchen unsere Aufmerksamkeit. Der Lebensrhythmus kleiner Kinder steht nicht selten im Gegensatz zur Arbeitswelt der Erwachsenen. Geduld statt Hast. Zeit statt knappen Terminplanes. Kinder brauchen Geborgenheit, Sicherheit und vor allem viel Zeit. Eltern brauchen deshalb faire Bedingungen in der Arbeitswelt, damit Kinder und Berufstätigkeit kein Widerspruch sein müssen. Dafür brauchen wir ausreichende und flexible Angebote für die Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten und insgesamt eine Arbeitswelt, in der Familienorientierung aus Überzeugung großgeschrieben wird.

Unser Ziel ist, gemeinsam mit der Wirtschaft das Bewußtsein zu schaffen, daß Familienfreundlichkeit am Arbeitsplatz einen personalpolitischen Grundsatz darstellt.

Besser für Familien

Familie & Beruf vereinbar machen

Ausbau der bedarfsgerechten Kinderbetreuung. Der Kindergarten als Betreuungseinrichtung genießt hohes Ansehen und soll weitere Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Alle Studien beweisen, daß dem Kindergarten eine sehr wesentliche sozialpädagogische Funktion zukommt und von Eltern auch deshalb beansprucht wird. Der Kindergarten gewinnt dadurch, wenn Eltern mehr als bisher in die Erziehungsarbeit einbezogen werden.

Beim weiteren Ausbau der übrigen Kinderbetreuungseinrichtungen werden wir besonders die selbstorganisierten und nachbarschaftlichen Strukturen fördern. "Familienkindergärten", Eltern-Kind-Treffpunkte in den Wohnbezirken, Kindergruppen und Tagesmütterverbände bieten oft die Möglichkeiten, auf individuelle Bedürfnisse der Familien besser als große Einrichtungen einzugehen. Und Unternehmen brauchen noch mehr Anreize zur Einrichtung von (gemeinsamen) Kinderbetreuungseinrichtungen.

Für uns ist auch die Familie ein Arbeitsplatz. Daher wollen wir bei der nächsten Steuerreform zur Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Kosten für die Kinderbetreuung und Haushaltshilfen steuerlich absetzbar machen. Besonders für Frauen schafft das legale Arbeitsplätze und ermöglicht gleichzeitig Eltern einen außerhäuslichen Erwerb.

Familienfreundlichkeit bringt mehr Standortqualität: Das Gütesiegel "Audit Familie & Beruf". Mit diesem Gütesiegel möchten wir so viele Unternehmen wie möglich davon überzeugen, daß sich Familienfreundlichkeit auch betriebswirtschaftlich lohnt: Familienfreundliche Maßnahmen bringen Vorteile für Unternehmen: eine bessere Motivation der Mitarbeiter, höhere Leistungs- und Einsatzbereitschaft, weniger Stress, weniger Mitarbeiterfluktuation, geringere Abwesenheitsquoten. Nicht das Familienleben muß sich dem Beruf unterordnen, im Gegenteil: die Berufswelt muß kinder- und familienfreundlicher werden.

Wettbewerb "Taten statt Worte": 1999 wurde erstmals ein bundesweiter Wettbewerb für den frauen- und familienfreundlichsten Betrieb durchgeführt. Wir treten dafür ein, Familienfreundlichkeit als Kriterium in internationale Standortvergleiche und Standort-Ranglisten aufzunehmen

Familie & Beruf vereinbar machen - unsere Maßnahmen:

- > Familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen - sie stehen in der Wunschliste der Österreicherinnen und Österreichern an oberster Stelle.
- > Ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kinderbetreuungsplätzen.
- > Ein ausreichendes Angebot an Mobilzeitarbeitsplätze - wir wollen innerhalb der nächsten Jahre mit unserer Mobilzeit-Quote ins internationale Spitzenfeld vorstoßen.
- > Teilzeit in den hochqualifizierten Jobs.
- > Modelle und Instrumente, die den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern.
- > Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kindergärten und ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen, qualifiziertes Personal in der notwendigen Zahl in jeder Gruppe.
- > Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Kindergärten - kindgerecht und kundenorientiert.
- > Laufende Aktualisierung der Aus- und Weiterbildung der Kindergartenpädagog(inn)en.
- > Intensivierung des Angebots der Elternbildung.

Spielen, lernen, sich entwickeln. Erwachsen werden

Kindergerechte Lebensräume und Lebensräume: Wir wollen in Österreich die besten Voraussetzungen für die Entwicklung unserer Kinder schaffen. Kinder brauchen Räume, die

Besser für Familien

Spielen, lernen, sich entwickeln. Erwachsen werden

Lern- und Lebensräume sind, in denen sie mitgestalten, sich zurückziehen, einander begegnen und sich bewegen können. Kinder brauchen Freiraum: Zum Spielen, zum Lernen, zum Leben. Wir wollen ihnen Umgebungen bieten, in denen ihre Spontaneität, Neugier und Kreativität gefördert wird. Schaffen wir echte Spielräume. Je mehr Spielraum unseren Kindern in ihrer Wohnumgebung zur Verfügung steht, desto weniger greifen sie auch auf Ersatz-Erlebniswelten wie etwa Fernsehen oder Video zurück.

Stop der Gewalt in den Medien. Zu einem sehr ernstem Problem hat sich die wachsende Gewaltdarstellung im Fernsehen entwickelt. Dies betrifft nicht nur das Programmangebot privater Anbieter, die via Kabel oder Satellit empfangen werden, sondern auch den ORF. Es stellt sich die ernste Frage, in welcher Gesellschaft wir leben, wenn wir zulassen, daß unsere Kinder der Darstellung von Gewalt ausgesetzt werden und dabei annehmen, daß sie daraus keinen Schaden davontragen würden.

Wir haben mit der "Lobby für Kinder" eine breite Diskussion über das Thema Gewalt im Fernsehen entfacht. Mit einem "Kuratorium gegen Gewalt" für den ORF wollen wir der Gewaltdarstellung im öffentlich-rechtlich finanzierten Fernsehen enge Grenzen setzen. Gewalt hat im Lebensraum unserer Kinder nichts zu suchen. Weder im familiären Leben noch am Bildschirm.

Schutz vor Sekten, Gewalt und Drogen. Politik soll helfen, für unsere Jugendlichen Lebenschancen zu eröffnen - und daher Risiken, die sie in ihrer Entwicklung gefährden können, zu reduzieren. In einer Lebensphase des persönlichen Wandels ist für Jugendliche eine Umgebung wichtig, in der sie sich angenommen fühlen. Sekten, Gewalt und Drogen sind dabei echte Gefahren. Die Jungen brauchen daher unsere Unterstützung bei der Entwicklung persönlicher Lebensziele.

Familien stärken und Kinder schützen. Kinder bedürfen des besonderen Schutzes in der Gesellschaft. Sie sind schwächer, verletzbarer und auf die Verantwortung der Erwachsenen angewiesen. Die ÖVP tritt gegen Gewalt, Mißbrauch und Kinderpornographie ein. Wir lassen nicht zu, daß sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen verharmlost oder heruntergespielt wird. Der Rechtsstaat muß mit aller Härte und Konsequenz gegen jene vorgehen, die sich an den schutzbedürftigsten Mitgliedern unserer Gesellschaft vergehen. Und es muß sichergestellt sein, daß potentielle Wiederholungstäter keine Chance mehr haben, das Leben oder die Seele von Kindern zu zerstören. Die ÖVP hat daher die Initiative ergriffen, um den Schutz unserer Kinder vor Mißbrauch und Gewalt und die konsequente Verfolgung von Tätern in Österreich weiter voranzutreiben. Wir wollen, daß der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen vor sexuellem Mißbrauch unserer Gesellschaft ein vorrangiges Anliegen ist. Deshalb sprechen wir uns auch für die bestehenden gesetzlichen Schutzalterbestimmungen aus: Wer sie aufweichen möchte, handelt gegen die Interessen unserer Kinder.

Zum Schutz der Kinder fordern wir:

- > Mehr Platz für Kinder
- > Stop der Gewalt in den Medien.
- > Elternschule ausbauen
- > Internationale Zusammenarbeit und Fahndung gegen Kinderpornografie weiter intensivieren
- > Konsequentes Vorgehen gegen Sekten.
- > Null Toleranz gegenüber Drogen.
- > Konsequente Fortsetzung des Kampfes gegen sexuellen Mißbrauch oder Gewalt an Kindern:
Bestehende Strafrahmen ausnützen, mehr Schutz für die Opfer, härtere Strafen für die Täter
- > Verbesserung der Parteistellung von Kindern und Jugendlichen in den sie betreffenden Angelegenheiten

Besser für Familien

Spielen, lernen, sich entwickeln. Erwachsen werden

Partnerschaft und Ehe bleiben wichtig. Entgegen allen kulturkritischen Prognosen und ideologisch motivierten Behauptungen bleiben stabile Partnerschaften und Ehen für die Österreicherinnen und Österreicher wichtige Werte. Wir unterstützen die Heiratsentscheidung junger Paare, weil wir darin das Bekenntnis zu einer stabilen Beziehung sehen, die für das Wohlergehen der Kinder von entscheidender Bedeutung ist. Das Angebot der Eheberatung vor der Heirat halten wir für wichtig, weil künftige Eheleute darin nicht nur mit Anregungen für eine Kultur des partnerschaftlichen Zusammenlebens, sondern auch mit einer Leitidee des österreichischen Eherechtes vertraut gemacht werden, mit der Partnerschaftlichkeit von Frau und Mann.

Das Prinzip der Partnerschaftlichkeit kann auch in einem "Ehevertrag" konkret verankert sein, in dem sich die Eheleute über ihr eheliches Selbstverständnis und die anfallenden Aufgaben und Ansprüche einigen. Ob künftige Eheleute eine solche Übereinkunft abschließen, muß natürlich ihnen überlassen bleiben. Für uns ist jedoch der "Ehevertrag" ein sinnvolles und empfehlenswertes Instrument zur Absicherung von Partnerschaftlichkeit im Lebensalltag.

Lebensraum für junge Familien schaffen. Wir wollen jungen Paaren bzw. Familien ein adäquates Lebensumfeld ermöglichen. Eine Herausforderung ist heute für viele die Wohnungsfrage geworden: Trotz eines partiellen Überangebotes an Wohnungen stellen die hohen Preise für Wohnraum ein ernstes Problem dar. Der durchschnittliche Wohnungsaufwand ist in den letzten 15 Jahren schneller gestiegen als das Pro-Kopf-Einkommen der jungen Arbeitnehmer/innen. Angesichts der hohen Kosten für die Wohnraumbeschaffung sehen wir es als wichtige Aufgabe, Wohnungen für junge Familien mit Kindern finanziell erschwinglich zu machen. Wir wollen daher die Instrumente der Wohnbauförderung so weiterentwickeln, daß soziale Treffsicherheit gerade auch für Familien gewährleistet ist: Kinderzahl und Familieneinkommen müssen bei der Wohnbauförderung entscheidende Faktoren sein. Wir sind für ein bedarfsgerechtes, zukunftsorientiertes Bauen und wollen daher nicht nur das "Mehr-Generationen-Wohnen", sondern auch barrierefreies Bauen forcieren.

Barrierefreies Bauen für Behinderte. Besonderes Augenmerk wollen wir auch auf behindertengerechtes Bauen richten. Immer wieder werden öffentliche Gebäude eröffnet bzw. Generalsanierungen durchgeführt, die den Ansprüchen und Bedürfnissen von Behinderten nicht gerecht werden. Barrierefreies Bauen sollte in den Landesvergabegesetzen als fixer Bestandteil verankert sein.

Wohnungskosten um 20% senken. Besonders für die jungen Familien würden die von uns geforderte Senkung der Wohnkosten eine Erleichterung bringen. Durch die großen Mietrechtsreformen 1994 und 1997 haben die Mieten heute in Österreich zwar einen weitgehend marktgerechten Preis, die Nebenkosten der Mieten (Betriebskosten, öffentliche Abgaben, Kosten für Hausmeister etc.) sind allerdings nach wie vor zu hoch. Wir wollen daher

- > den Wegfall der zehnpromzentigen Mehrwertsteuer auf Mieten bei gleichzeitigem Beibehalten des Vorsteuerabzuges (= unechte Mehrwertsteuer-Befreiung) überprüfen
- > den Wegfall des Hausbesorgergesetzes, weil die Kosten der Hausbesorger sehr hoch sind - wobei es Schutz-Übergangsbestimmungen für bestehende Dienstverhältnisse geben soll.
- > die Erhöhung der Grundsteuer verhindern
- > den Wegfall der Vergebührung von Mietverträgen
- > die Flexibilisierung der Wohnbauförderungsmittel

Diese Maßnahmen würden eine Reduzierung der Wohnkosten um bis zu 20% ermöglichen.

Wert der Familienarbeit anerkennen. Uns ist es ein Anliegen, daß die Familienarbeit in Österreich aufgewertet wird. Wir wollen den Wert der Familienarbeit viel stärker ins Bewußtsein

Besser für Familien

Spielen, lernen, sich entwickeln. Erwachsen werden

der Öffentlichkeit heben, als das bislang der Fall ist. Die Familienarbeit in Österreich repräsentiert pro Jahr einen Wert von rund 800 Milliarden Schilling, das sind rund 40% unseres Bruttoinlandsproduktes.

Behinderte integrieren statt ausgrenzen. Die ÖVP stellt die Interessen aller Kinder in den Mittelpunkt ihrer Politik. Wir wenden uns dabei gegen den Mythos vom genetisch einwandfreien und daher angeblichen normalen Menschen und setzen dem ein klares Bekenntnis zur Vielfalt menschlichen Daseins entgegen.

Eine Politik, die sich an den Bedürfnissen aller Kinder orientiert, kann daher die besonderen Bedürfnissen mancher Kinder nicht übergehen. Das erklärte Ziel unserer Familienpolitik ist, Mut zum Kind zu machen und Familien zu stärken. Es gilt auch Mut zum Leben mit der möglichen Behinderung eines Kind zu machen. Deshalb lehnen wir auch die pränatale Diagnose zur Aussonderung von behinderten Kindern ab. Wir setzen uns nachdrücklich für die Integration behinderter Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen und in Schulen ein. Jene 2,4 Mrd. Schilling, die wir bis zum Jahr 2000 zusätzlich in die Kinderbetreuung investieren, sollen beispielsweise auch die Integration behinderter Kinder in das Bildungssystem fördern. Behinderte Kinder brauchen und verdienen mindestens genau soviel Anerkennung und Zuwendung ihres Umfeldes, wie nicht-behinderte Kinder. Das können wir nur dann sicherstellen, wenn wir ihre Integration in die Gesellschaft nicht als Randthema sehen, sondern gerade auch am Umgang mit behinderten Kindern die Familienfreundlichkeit unserer Gesellschaft messen. Als Familienpartei werden wir immer dafür eintreten, daß es keine Kinder "zweiter Klasse" gibt. Der Platz aller Kinder ist in der Mitte unserer Gesellschaft.

Wir wollen daher auch, daß der **Zugang zur Rehabilitation von behindert geborenen Kindern verbessert wird.** In Österreich muß ein einheitliches Leistungsniveau sichergestellt werden und die Verrechnung der Rehab-Kosten sollten die zuständigen Einrichtungen intern abrechnen, ohne die betroffenen Eltern davon zusätzlich zu belasten. Es ist nicht einzusehen, daß derartig grundlegende soziale Hilfestellungen vielfach schwer zugänglich sind. Wir wollen rasche und unbürokratische Hilfe und eine kundenorientierte Sozialverwaltung.

Spielen, lernen, sich entwickeln. Erwachsen werden. Wir wollen daher:

- > Wohnbauförderung besonders auf die Bedürfnisse junger Familien ausrichten.
- > Barrierefreies Bauen für Behinderte fördern.
- > Wohnungskosten und Betriebskosten um bis zu 20% senken.
- > Mehr Integration behinderter Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen und einfacher Zugang zur Rehabilitation.
- > Der Ausbau der Beratungsmöglichkeiten für Eltern behinderter Kinder.
- > Der Ausbau der Elternbildungsprogramme für Eltern behinderter Kinder.

Wenn Krisen kommen

Konflikte und Krisen gibt es in jeder zwischenmenschlichen Beziehung. Wir wollen in Krisen die Eigenverantwortung der Menschen aktivieren, damit sie wieder zueinanderfinden und nicht auseinandergehen. Und vor allem jene wollen wir schützen, die unter den Konflikten der Erwachsenenwelt am meisten leiden: die Kinder.

Wir wollen stabile Beziehungen fördern. Uns ist die Stabilität von familiären Beziehungen wichtig. Stabilität ist für die Entwicklung und das Heranwachsen der Kinder ein zentraler Wert. Stabile Familien sind am besten dazu in der Lage, den Kindern die bestmöglichen Startchancen

Besser für Familien

Wenn Krisen kommen

zu eröffnen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Familien bei der Bewältigung von Krisensituationen oder Konflikten durch Beratung und Information zu unterstützen. Nicht immer sind Krisen zwischen Ehepartnern aber bewältigbar. Unüberbrückbare Kluften kann man oft nicht wieder zusammenzwingen. Hier muß unser Hauptaugenmerk dem Wohlergehen der Kinder gelten. Nehmen wir nicht nur die Selbstbestimmung der Partner ernst, sondern auch die Rechte der Kinder: auf Zuwendung, auf Harmonie und auf eine sichere Entwicklung.

Mediation zur eigenverantwortlichen Konfliktlösung. Persönliche Auseinandersetzungen dürfen nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Ehepartner müssen ihrer elterlichen Verantwortung auch in Krisensituationen voll nachkommen. Und nicht jede Beziehungskrise muß zwangsläufig in eine Trennung münden. Deshalb wollen wir Eltern dabei helfen, in Krisen zu eigenverantwortlichen Lösungen zu kommen. Die Instrumente der Familienberatung, der Mediation und der Kinderbegleitung, die sich in einem Modellprojekt des Familienministers bereits bewährt haben, wollen wir verstärkt dazu einsetzen, um Paare in Krisensituationen zu unterstützen und damit die Kinder vor Konflikten und unüberlegten Trennungen bestmöglich zu schützen. Wir sehen die Mediation als Grundlage dafür, daß auch jene Elternteile, bei denen das Kind nicht lebt, an seiner Entwicklung und Erziehung Anteil haben können. Familienberatung und Mediation waren für uns daher wichtige Inhalte der Reform des österreichischen Ehe- und Scheidungsrechtes. Diese Angebote müssen sukzessive ausgebaut werden.

Älter werden. Mehr vom Leben haben

Die steigende Lebenserwartung öffnet für ältere Menschen neue Lebensperspektiven und Chancen zur Teilhabe an einem abwechslungsreichen und erfüllten Leben. Die Phase des Ruhestands ist zu einem eigenen, vierten Lebensabschnitt geworden.

Pensionen sicherstellen. Die ÖVP tritt dafür ein, daß in bestehende Pensionen nicht eingegriffen werden darf. Wir verlangen aber gleichzeitig die konsequente Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Und wir wollen soziale Gerechtigkeit für die bäuerliche Bevölkerung und fordern daher eine realistische Anpassung der bäuerlichen Ausgedingepauschale, da die bestehende Regelung nicht mehr zeitgemäß ist.

Als Familienpartei treten wir für eine Gesellschaft für alle Lebensalter ein, was ausdrücklich heißt, daß den Senioren eine entsprechende demokratische Mitsprache zur Sicherung ihrer Lebensinteressen möglich ist.

Keine Diskriminierung der Senioren. Die ÖVP tritt gegen jede Form der Diskriminierung ein. Deshalb soll in die Bundesverfassung ein Diskriminierungsverbot aufgrund des Alters, ein Grundrecht auf Alterssicherung und die Einführung des Briefwahlrechtes auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene aufgenommen werden.

Anerkennung des Österreichischen Seniorenrates als Interessensvertretung. In der politischen Praxis bedeutet das, daß bei der Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen, die Auswirkungen auf Pensionen haben, oder vor Einleitung des Begutachtungsverfahrens nicht nur die Vertreter/innen der Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen, sondern auch die Vertreter/innen der Pensionisten als gleichberechtigte Partner/innen eingebunden werden.

Mitbestimmung der Pensionisten in der Sozialversicherungs-Selbstverwaltung. Damit die Selbstverwaltung der Sozialversicherung den rechts- und sozialpolitischen Grundsätzen

Besser für Familien

Älter werden. Mehr vom Leben haben

sowie den ursprünglichen Zielsetzungen für diese Einrichtung tatsächlich entsprechen kann, ist neben der Vertretung der Dienstgeber/innen und Dienstnehmer/innen auch die Vertretung der Pensionsbezieher/innen vorzusehen. Daher wollen wir die Vorsitzenden der Beiräte bei den Sozialversicherungsträgern (auch im Hauptverband) gesetzlich im Vorstand des jeweiligen Sozialversicherungsträgers mit Sitz und beschließender Stimme verankern.

Pflegen und begleiten. Die menschliche Qualität einer Gesellschaft mißt sich daran, wie wir unsere Kinder ins Leben einführen und unsere Eltern aus dem Leben hinausbegleiten. Wir wollen daher die besten Rahmenbedingung für die Pflege älterer Menschen schaffen. Wir wünschen uns, daß alte Menschen nicht isoliert, sondern eingebettet in ihren familiären und sozialen Zusammenhang leben können. Wir wollen eine bessere Absicherung für jene Familienangehörigen schaffen, die ihre älteren Verwandten pflegen.

Pflegeangebot sicherstellen. Im Jahr 1999 sind weit über 500.000 Österreicher/innen 80 Jahre und älter. Mit dem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit deutlich an. Wir müssen daher sicherstellen, daß es für diese wachsende Altersgruppe eine ausreichende Versorgung mit Pflege- und Betreuungsangeboten gibt. Dazu gehören Hauskrankenpflege ebenso wie Heimhilfen, Besuchsdienste oder Kurzzeitpflegebetten für ein Wochenende der Erholung oder für die Zeiten des Urlaubs der Pflegenden.

Verschuldensunabhängige Patientenentschädigungs-Versicherung und die Verankerung von Patientenrechten. Grundsätzliches Ziel der ÖVP-Gesundheitspolitik ist das hohe Niveau der medizinische Versorgung in Österreich zu halten und weiter auszubauen. Die ÖVP fordert aber für die Sicherheit der Patienten eine verschuldensunabhängige Patientenentschädigungs-Versicherung. Ziel einer solchen Versicherung ist, das Prozeßrisiko nicht dem Patienten/der Patientin zu überlassen und im Falle eines Kunstfehlers die Patienten rasch zu entschädigen sind. Eine Kommission von Fachleuten soll innerhalb von drei Monaten über eine Patientenentschädigung entscheiden.

Zukunftssektor soziale Dienstleistungen. Mit dem Sektor der sozialen Dienstleistungen eröffnet sich ein bisher weitgehend unbeachteter Bereich potentieller neuer Beschäftigung, der sowohl Erwerbsarbeit, Teilzeitbeschäftigung als auch unternehmerische Tätigkeit ermöglicht. Im Bereich der persönlichen und sozialen Dienstleistungen wartet eine Fülle von Arbeit auf uns. Ziel muß es sein, einen Teil dieser Dienste, die heute oft in der Schattenwirtschaft dümmern, in den offiziellen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Absicherung für pflegende Angehörige. Pflegebedürftige Personen werden in Österreich zu 80% von den Frauen in den Familien betreut. Ein Viertel jener Personen, die pflegebedürftige Menschen betreuen, haben für diese Tätigkeit ihren Beruf aufgegeben oder eingeschränkt. Von den Frauen ist nur mehr ein Drittel erwerbstätig: Diese Daten verdeutlichen einmal mehr die Notwendigkeit des Leistungsausgleiches für die Familien - und vor allem für die Frauen, die im Interesse der gesamten Gesellschaft unbezahlte Leistungen in der Pflege und Betreuung alter Menschen erbringen. Wir schlagen eine Änderung des Bundespflegegeldgesetzes dahingehend vor, daß zur Erreichung der Stufe 1, statt "durchschnittlich mehr" in Hinkunft "mindestens" 50 Stunden nötig sind.

Gemeinsam aus dem Leben begleiten. Das Abschiednehmen vom Leben wird in unserer Gesellschaft meist verdrängt - wir sollten es wieder stärker ins Leben "hereinholen". Wer den Tod tabuisiert, schürt bloß Ängste und Hoffnungslosigkeit. Damit ist niemand geholfen. Wir halten es für unendlich wichtig, daß alte Menschen bei ihrem Abschied vom Leben nicht alleinge-

Besser für Familien

Älter werden. Mehr vom Leben haben

lassen, sondern daß sie dabei begleitet werden.

Wir sagen Nein zur Sterbehilfe. Viele Menschen haben heute Angst davor, daß mit dem Einsatz moderner Hochleistungsmedizin ein qualvoller Sterbeprozess unter Umständen sogar gegen ihren Willen verlängert wird, und sie nicht in Frieden sterben können. Weil wir als christdemokratische Partei uneingeschränkt ja zum Leben sagen, lehnen wir die Euthanasie strikt ab: Die aktive Sterbehilfe ist mit unseren ethischen Prinzipien nicht vereinbar - sie darf nicht legalisiert werden.

Für ein Sterben in Würde. Damit Menschen in Würde sterben können, ist für uns der Ausbau der Palliativmedizin ("Schmerzmedizin") und der stationären und mobilen Hospizdienste dringend notwendig: Die Palliativmedizin verbessert die Lebensqualität unheilbar Kranker durch die Milderung von Schmerzen und Beschwerden und anderen Stress-Symptomen. Sie integriert die psychologischen und spirituellen Aspekte der Patientenfürsorge und hilft damit allen Beteiligten, die Lasten am Ende eines Lebens zu mindern.

Nach den vorliegenden Befunden leidet die Mehrzahl schwer kranker Patienten, die aber nicht unbedingt als aktiv sterbend erkannt werden, erhebliche Schmerzen. Um sterbende Menschen mit palliativer Pflege ausreichend versorgen zu können, muß die Palliativmedizin im Studienplan der medizinischen Fakultäten eine vorrangige Stellung erhalten und im ASVG verankert werden.

Wir wollen daher auch den **Hospizgedanken in Österreich** verbreiten und das Angebot an Hospizbetten deutlich erweitern.

Älter werden. Mehr vom Leben haben. Daher fordern wir:

- > Diskriminierungsverbot aufgrund des Alters als Grundrecht in der Verfassung verankern
- > Anerkennung des Seniorenrates als die Interessensvertretung der älteren Generation und der Mitbestimmung in den Sozialversicherungen.
- > Einführung der Briefwahl auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene.
- > Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige
- > Aus- und Weiterbildung für pflegende Angehörige
- > Mehr Entlastungsangebote für Betreuungspersonen wie Kurzzeitpflegebetten in Pflegeheimen und Pflegeeinrichtungen, die Pflegebedürftige auch stundenweise aufnehmen.
- > Erleichterung und Entbürokratisierung der Pflege zu Hause
- > Ausbau und finanzielle Absicherung der mobilen Hauskrankenpflege in allen Bundesländern
- > Änderung des Bundespflegegesetzes/PflegegeldEinstufung
- > betreutes Altenwohnen
- > Patientenrechte verankern und die Einrichtung einer verschuldensunabhängigen Patientenschadigungs-Versicherung
- > einen "Nationalen Aktionsplan" für den Ausbau der schmerzlindernden Medizin
- > Einrichtung von Hospizbetten in jedem größeren Krankenhaus
- > Ausbildung bzw. Fortbildung im Fach Palliativmedizin für Ärzte und Medizinstudenten
- > Angebote einer adäquaten Schmerztherapie

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Wir machen Sicherheitspolitik mit klaren Grundsätzen

Für uns ist Sicherheit eine wesentliche Voraussetzung für die persönliche Freiheit. Sicherheit in Staat, Gesellschaft und im persönlichen Leben ist ein zentrales Bedürfnis der Frauen und Männer, Kinder, Jugendlichen und Senioren. Der Staat hat die Aufgabe, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und damit diesem elementaren Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Wir sehen in der Sicherheitspolitik die Aufgabe, neben der persönlichen Freiheit den Frieden in Staat und Gesellschaft zu garantieren. Im Europa der Europäischen Union ist daher Sicherheitspolitik eine Verschränkung sowohl von den traditionellen Bereichen der "äußeren Sicherheit" und dem was die Justiz und Exekutive ausmacht. Gute Sicherheitspolitik ruht dabei auf vier Säulen:

- > Auf der konsequenten Durchsetzung des Rechts durch eine funktionsfähige, effiziente und rechtsstaatlich orientierte Justiz.
- > Auf der umfassenden Bekämpfung von Kriminalität bzw. deren Verhinderung durch entsprechende Vorbeugung.
- > Auf gut ausgerüsteten, qualifizierten, leistungsbereiten und bürgernah agierenden Mitarbeitern, zum Beispiel in Polizei, Gendarmerie, Zollwache oder im Bundesheer.
- > Und auf einer Absicherung des Friedens gemeinsam mit den Partner der Europäischen Union innerhalb eines europäischen Sicherheitsverbunds.

Die ÖVP vertritt den Grundsatz, daß Staat und Gesellschaft der Kriminalität und der Gewaltbereitschaft entschlossen entgegentreten müssen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht, sich überall in Österreich sicher zu fühlen. Nach dem Leitsatz **„Wehret den Anfängen“** wollen wir besonders Einstiegsdelikte verstärkt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rücken. Ladendiebstahl oder der Konsum sogenannter „leichter“ Drogen darf nicht bagatellisiert werden. Wird der Entkriminalisierung der "Bagatelldelikte" das Wort geredet, werden Hemmschwellen gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt und im Gegenzug die Bürger entmutigt. Am Ende steht nicht weniger, sondern ein Mehr an Kriminalität, Gewalt und Schwerverbrechen. Die ÖVP will daher eine konsequente Verfolgung aller Rechtsverstöße durch eine bürgernahe und gut motivierte Polizei.

Die ÖVP tritt dafür ein, das **Rechtsbewußtsein wieder zu stärken**. Den wichtigen wertevermittelnden Instanzen unserer Gesellschaft - Familie, Schule, Kirchen - kommt dabei zentrale Bedeutung in der Erziehung zu. Hier müssen auch die Medien ihrer besonderer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen.

Wir erteilen jeder Verharmlosung und Freigabe von Rauschgiften eine entschiedene Absage. Wir werden an der bewährten Drogenpolitik festhalten: Gezieltes Vorbeugen, konsequente Strafverfolgung und Hilfe für Abhängige. Eine Abgabe von Haschisch in Apotheken oder Heroin durch den Staat werden wir nicht zulassen. Als Konsequenz muß der Kampf gegen die Drogenmafia sowohl in Österreich, wie in Europa verstärkt werden. Im Europäischen Parlament wurden mehrfach Aktionen gesetzt, den Konsum von Suchtgiften zu entkriminalisieren und straffrei zu stellen, obwohl derartige Versuche in anderen Ländern gescheitert sind. Die ÖVP wird diesen Bestrebungen weiterhin ein entschiedenes Nein entgegensetzen.

Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen vor gemeingefährlichen Straftätern und Gewalteinflüssen schützen. Das Leben und die Sicherheit unserer Kinder haben Vorrang vor Resozialisierungsansprüchen. Wir wollen die gewaltverherrlichenden Darstellungen in den Medien und im Internet zurückdrängen: durch internationale Rechtsstandards und konsequente grenzüberschreitende Fahndung.

Wir müssen dem Anstieg der Kinder und Jugendkriminalität konsequent begegnen.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Wir machen Sicherheitspolitik mit klaren Grundsätzen

Dabei setzen wir auf Vorbeugung durch wertevermittelnde Erziehung in Familien und Schulen, auf sinnvolle Freizeitangebote und soziale Betreuung gefährdeter Jugendlicher. Um die Verantwortung für das eigene Handeln bewußt zu machen, sind Jugendliche z.B. stärker zur Wiedergutmachung zu verpflichten.

Wir werden eine wirkungsvollere Kriminalitätsbekämpfung in der Europäischen Union aufbauen und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden in Mittel-, Ost- und Südosteuropa verbessern. Wir müssen das Schlepperwesen eindämmen. Die zunehmende Brutalität und der Einsatz modernster Technik dieser Banden erfordern eine europaweite Strategie. Die EU-Außengrenzen müssen von den Mitgliedstaaten gegen illegale Zuwanderung und organisiertes Schlepperwesen gesichert werden.

Wer als Fremder kriminelle Straftaten setzt und damit das Gastrecht mißbraucht, muß das Land verlassen und darf nicht wiederkommen können. Gegen kriminelle Ausländer, die sich illegal oder nur kurzfristig in Österreich befinden, werden wir sehr konsequent vorgehen.

Mit uns wird es keine Abschaffung der neuen Ermittlungsmethoden geben. Im Sinn des prinzipiellen Rechts des einzelnen Bürgers auf Schutz und Sicherheit erteilen wir allen Bestrebungen, die erst kürzlich beschlossenen modernen Ermittlungsmethoden nach Ablauf der Befristung nicht zu verlängern, eine Absage. Diese Maßnahmen ermöglichen erst eine effiziente Bekämpfung der grenzüberschreitenden und organisierten Kriminalität.

Wir sagen ein klares Ja zur erweiterten Gefahrenforschung und zur Beibehaltung der DNA-Analyse. Zur Zeit werden gesetzliche Maßnahmen diskutiert, um der Tätigkeit der Polizei im Bereich der Vorbeugung wirkungsvolle Instrumente zur Seite zu stellen. Das gilt besonders gegenüber der Bedrohung durch extremistische politische Bewegungen, bei denen nicht zugewartet werden darf, bis es zu Anschlägen oder Verbrechen kommt. Die Polizei muß berechtigt sein, bereits vorbeugend beobachten zu können um Straftaten zu verhindern. Eine Ablehnung derartiger Möglichkeiten bedeutet aber ein Weniger an Sicherheit, das die ÖVP nicht verantworten will. Gleiches gilt auch für die Durchführung der DNA-Analyse, die trotz mancher Bestrebungen einer falsch verstandenen Liberalität noch vor dem Sommer beschlossen werden konnte. Die Aufklärung von lange zurückliegenden Verbrechen bestätigt die Notwendigkeit, daß die Entnahme von Proben und die Speicherung genetischer Daten wichtig ist.

Für uns gibt es keine gefängnislose Gesellschaft. Erst kürzlich sind die längst überwunden geglaubten Ideen von einer gefängnislosen Gesellschaft wiedererstanden. Gerade das Auftreten der Organisierten Kriminalität verweist derartige Überlegung in das Reich der Illusionen.

Im Sinn der Verbrechensvorbeugung gibt es für die ÖVP auch keine Diskussion zur Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe.

Die ÖVP steht für den strafrechtlichen Schutz der Religion. In einem Land wie Österreich muß es möglich sein, die religiöse Lehre und Kultur, religiöse Einrichtungen und Bräuche gesetzlich vor Verhetzung zu schützen.

Wir vertreten eine klare Linie in der Fremden- und Asylpolitik. Österreich hat gegenüber politisch und einschlägig verfolgten Personen immer eine eindeutige Asylpolitik betrieben und auch im Rahmen der neuen Gesetzgebung seine traditionelle Rolle als Erstasylant beibehalten. Abzulehnen ist aber der Versuch, neue Asylgründe in die Genfer Flüchtlingskonvention

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Wir machen Sicherheitspolitik mit klaren Grundsätzen

aufzunehmen. Im Fall von Vertreibungen hat Österreich bereits im Zusammenhang mit dem Krieg in Bosnien die vorübergehende Aufnahme von Ausländern, die wegen kriegerischer Ereignisse ihre Heimat verlassen haben, geregelt. Diese Regelung ist auch im Bezug auf die in der EU anzustrebende gleichmäßige Verteilung von Kriegsflüchtlingen ausreichend, wie der Krieg im Kosovo bewiesen hat.

Wir werden einer Erleichterung bei der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft nicht zustimmen. Die jüngste Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes hat, wie Statistiken zeigen, ihre Wirkung: Es kommt zu einer Vereinheitlichung der Verleihungsfristen in den einzelnen Bundesländern und zu einer eindeutigen Integrationsbereitschaft durch den Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse. Zur Sicherung einer einheitlichen Vollzugspraxis in allen Bundesländern und zur Nachprüfbarkeit, daß die Verpflichtung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse nicht toter Buchstabe bleibt, soll der Innenminister eine Durchführungsverordnung zum Staatsbürgerschaftsgesetz erlassen, in dem die Kriterien sowie die Mittel und Wege für den Nachweis der deutschen Sprachkenntnis festgelegt sind. Eine Erweiterung der Zulässigkeit der Doppelstaatsbürgerschaften - wie sie in Deutschland diskutiert wurde - kommt für uns nicht in Betracht.

Im Hinblick auf den bestehenden Binnenmarkt haben auch ausländische Staatsbürgerschaftsregelungen Auswirkungen auf Österreich. Wir werden daher auch in der EU eine klare Sprache in der Staatsbürgerschaftspolitik sprechen.

Für uns ist die Stabilität von Ehe und Familie auch eine Frage der Sicherheitspolitik.

Durch die Erziehung zur Gewaltfreiheit, im sozialen Umgang miteinander, legt die Familie die Basis für das spätere soziale Verhalten. Bestrebungen, die Ehe in ihrer Bedeutung zu schmälern, etwa durch die Schaffung von eingetragenen Partnerschaften, erteilen wir daher eine klare Absage.

Wir werden die Neuorientierung im Strafrecht weiter vorantreiben. Auf Grund unserer Initiativen wurde viel erreicht und wir konnten z.B. den Vorrang für den Schutz der Opfer durchsetzen. Die Strafen für Kindesmißbrauch und Gewaltdelikte haben wir verschärft. Wiederholungstäter werden durch eine Gendatei sicher und schnell identifiziert.

Die ÖVP will die Verbesserung der Sicherheit und eine Stärkung des Rechtsstaats. In der letzten Gesetzgebungsperiode wurden durch den Gesetzgeber mehrfach Maßnahmen gesetzt, die zu einer Verbesserung der Sicherheit beitragen und den neuen Formen der Kriminalität zu begegnen helfen. Bei Anwendung dieser neuen Maßnahmen müssen selbstverständlich die Grundrechte geachtet werden; es steht für die ÖVP aber ebenso außer Frage, daß es ein Grundrecht auf Sicherheit gibt.

Wir treten gegen die Unkultur des Wegsehens an: Wir wollen das verantwortungsbewußte Hinsehen, das Helfen und die aktive Nachbarschaft fördern. Modelle wie "Neighbourhood Watch" und "Street Watch" in Großbritannien haben sich bewährt. Sie könnten für Österreich adaptiert werden. Die ÖVP will erreichen, daß der Schutz vor Gewalt und Kriminalität als gemeinsame Aufgabe von Staat und Bürgern verstanden wird.

Der ÖVP-Aktionsplan für mehr Sicherheit:
Bessere Sicherheit durch Justizreform

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Bessere Sicherheit durch Justizreform

nachlässigtes Kapitel der österreichischen Justizpolitik. Dabei geht es nicht nur um die Opfer von Gewaltdelikten, sondern auch um jene von Vermögensdelikten. Erste Ansätze für den Opferschutz wurden im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie (Wegweisungsrecht) gesetzt, in dem Opfern von Sexualdelikten ein immaterieller Schadenersatzanspruch eingeräumt wurde. Auch im Verbrechenopfergesetz kam es zu Verbesserungen für Therapiebedürftige.

Im Zusammenhang mit dem außergerichtlichen Tatausgleich für Erwachsene ("Diversion") sind erste Fortschritte erzielt worden. So konnte durch unser Bestreben das Opferinteresse und die Schadensgutmachung als Voraussetzung derartiger Maßnahme verankert werden.

Weitere Verbesserungen sind notwendig, etwa durch die Schaffung der Verfahrenshilfe für Verbrechenopfer. Ihre Interessen sollen in einem Strafverfahren zur Geltung kommen um so die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen zu verbessern.

Schutz gegen sexuelle Ausbeutung: Neben dem Menschenhandel kommt es in vielen Staaten zur sexuellen Ausbeutung von Personen. In erster Linie trifft das den "Sextourismus", mit dem sich die Stockholmer Konferenz besonders im Zusammenhang mit der sexuellen Ausbeutung von Frauen beschäftigt hat.

Sexualdelikte: Österreich hat auf die Ergebnisse und Empfehlungen dieser Konferenz besonders rasch reagiert und im Rahmen des Strafrechtsänderungsgesetzes 1996 das Universalitätsprinzip zur Verfolgung von Sexualdelikten eingeführt. Demnach kann jeder Österreicher - soweit er seinen Wohnsitz in Österreich hat - wegen der Begehung von Sexualdelikten strafrechtlich verantwortlich gemacht werden, unabhängig von den einschlägigen Gesetzen am Tatort. Damit ist die strafrechtliche Verantwortung in Österreich gegeben, auch wenn z.B. am Tatort gegenüber Kindern ein niedrigeres Schutzalter als in Österreich gilt oder ein Österreicher im Ausland Kinderpornographie besitzt.

Maßnahmen gegen Kinderpornographie: Die Strafbestimmungen für den Besitz von Kinderpornographie wurden bereits deutlich verschärft: Die in §207a StGB enthaltene Strafdrohung für die Verbreitung, Vorführung etc. von Kinderpornographie wurde von ein auf zwei Jahre erhöht. Bei gewerbsmäßigen Handel wurden die Strafen verdreifacht.

Das Strafrechtsänderungsgesetz 1998 hat beischlafsähnliche Delikte den bis dahin strengeren Strafdrohungen des Beischlafs mit Unmündigen gleichgestellt und damit die Strafdrohungen in den einzelnen Strafstufen um jeweils fünf Jahre verschärft.

Kinderpornographie und Internet: Das Problem Kinderpornographie am Internet wurde in letzter Zeit durch erschreckende Erkenntnisse immer deutlicher. Dabei besteht ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Organisierten Kriminalität: Kinder werden meistens durch kriminelle Organisationen von Nicht-Pädophilen zum Zweck des finanziellen Gewinns ausgebeutet.

Das Internet ist dabei nicht die Ursache für Kinderpornographie, aber als Medium wegen seiner geringen Regelungsdichte, des leichten Zugangs und der Schwierigkeit bei der Identifizierung von Tätern für die Verbreitung strafbarer Inhalte besonders geeignet. Da unserer Gesellschaft die Verbreitung von Kinderpornographie nicht gleichgültig sein darf, muß das Internet in diesem Bereich kontrolliert werden können. Österreich hat bereits sehr früh entsprechende nationale Strafbestimmungen zur Bekämpfung der Kinderpornographie erlassen. Auf Grund einer ÖVP-Initiative wurde im Herbst 1996 eine Internet-Meldestelle (interpol@abacus.gv.at) im Innenministerium eingerichtet.

Dem Phänomen der Kinderpornographie im Internet kann aber nur im weltweiten Kontext begegnet werden. Es gibt bereits eine Reihe von Initiativen im Bereich der EU, des Europarats, der G-8 und der OECD. Zur wirkungsvollen Bekämpfung ist jedoch ein globaler Ansatz im

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Bessere Sicherheit durch Justizreform

Rahmen der Vereinten Nationen notwendig. Wir verlangen daher eine - der österreichischen UN-Initiative zur Bekämpfung der Schlepperei vergleichbare - Initiative zur Schaffung einer internationalen Konvention zur Bekämpfung der Kinderpornographie einschließlich ihrer Bekämpfung im Internet.

Das strafgerichtliche Vorverfahren muß neu organisiert werden: Es ist richtig, daß das in der Strafprozeßordnung geregelte Vorverfahren nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entspricht. Bestehende und bewährte Strukturen müssen deshalb aber nicht über Bord geworfen werden. Vergleiche mit anderen Staaten zeigen, daß die Verfahrensdauer bei komplexen Sachverhalten in Österreich unter jener in anderen Ländern liegt. Das liegt einerseits an den flexiblen und effektiven Regelungen der (alten) Strafprozeßordnung, die Möglichkeiten auch gegen Verzögerung von seiten der Verteidigung an die Hand gibt und andererseits an dem Einsatz, den Erfahrungen und Kenntnissen unserer Exekutive.

Zum Verhältnis Justiz und Exekutive: Nach den bestehenden Vorstellungen soll die Rolle des Richters im strafgerichtlichen Vorverfahren zurückgedrängt und auf jene Entscheidungen beschränkt werden, durch die ein Eingriff in Grund- und Freiheitsrechte genehmigt wird. Die Ermittlungen sollen im wesentlichen unter Leitung eines Staatsanwaltes stattfinden, der die Tätigkeit der Polizei leitet und koordiniert.

Der Staatsanwalt erhält dadurch - wie auch schon durch die Diversion - wesentlich weitere Rechte als bisher. Das bedeutet, daß auch die Kontrolle entsprechend verbessert werden muß. Wir können auch nicht auf die Erfahrungen der Kriminalpolizei im Rahmen der Ermittlungen verzichten und sie zum reinen Hilfsorgan des Staatsanwaltes degradieren. Die Polizei muß Möglichkeiten haben, ein Verfahren bei Hindernissen wieder flott zu machen.

Sonderverfahren zur Bekämpfung besonders gefährlicher Formen der Kriminalität: Bei der Bekämpfung besonderer Kriminalitätsformen, insbesondere bei der organisierten Kriminalität, sind die Strafverfolgungsbehörden mit Schwierigkeiten konfrontiert, die teilweise auf gesetzliche Regelungen zurückgehen, die den Besonderheiten nicht gerecht werden und daher kontraproduktiv sind. Diesen Schwierigkeiten wurde im Ausland teilweise durch die Schaffung von Spezialeinheiten auch im Bereich der Justiz begegnet. Die Erfahrungen waren nicht so, daß eine Übernahme dieses Gedankens wünschenswert erscheint. Die österreichische Justiz hat bereits Schritte zu einer Spezialisierung von Richtern und Staatsanwälten unternommen, allerdings innerhalb der bestehenden Strukturen. Trotzdem gibt es Probleme mit strafprozessualen Vorschriften, die nicht eine große Anzahl von Beschuldigten, wie das gerade bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität der Fall ist, im Auge hatten und daher eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung behindern.

Zusammenhängende Straftaten gemeinsam verhandeln. Obwohl bereits seit 1993 die gemeinsame Verhandlung zusammengehöriger Straftaten möglich ist, gibt es hier noch immer Schwierigkeiten. Die unzureichende Verdeutlichung krimineller Zusammenhänge bedeutet eine Unterschätzung der Gefährlichkeit der zu beurteilenden Straftaten gerade im Bereich der organisierten Kriminalität. Die internationale Verflechtung der OK kann nur durch eine enge Zusammenarbeit der Justiz und der Polizeibehörden offengelegt werden. Dabei geht es nicht nur um die Beurteilung der Gefährlichkeit und eine schuldadäquate Bestrafung, sondern auch um Prävention.

Im Zuge der Vorverfahrensreform muß der Frage des Zusammenhangs strafbarer Handlungen besondere Bedeutung geschenkt werden, um die Gefährlichkeit solcher Verbrechen richtig beurteilen zu können und um vorbeugende Maßnahmen zu ermöglichen.

Der Zusammenhang darf nicht nur national beurteilt werden, sondern muß durch internationale

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Bessere Sicherheit durch Justizreform

Zusammenarbeit global betrachtet werden. Es gilt, verstärkte Kontakte mit mittelost- und ost-europäischen Staaten zur intensivierten Prävention auszubauen.

Die Probleme mit dem "Scheinkauf" und der verdeckten Ermittlung: Die Instrumente des Scheinkaufs und der verdeckten Ermittlung sind die wichtigsten Instrumente zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Beides ist in der österreichischen Rechtsordnung unzureichend geregelt. Die Beamten sind in ihrer unmittelbaren Entscheidung, welche Befugnisse ihnen im Einzelfall tatsächlich zustehen, überfordert, weil sie neben den gesetzlichen Regelungen noch äußerst komplexen Theorien und Auslegungen kennen und auf die Besonderheiten des Falls anwenden müßte.

Verbesserter Zeugenschutz: Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen elektronischen Ermittlungsmethoden wurde die Möglichkeit eröffnet, daß Personen bei der Ermittlung gegen die organisierte Kriminalität im Rahmen des Personenstandsrechts ihre Identitäten wechseln und somit auch geschützt werden können. Bereits bei der Einführung dieser Regelung wußte man, daß diese Regelungen nicht ausreichen. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, unter besonderen Umständen auch für Zeugen derartige Möglichkeit zu schaffen. Neue Identitäten betreffen aber auch viele darüber hinausgehende Rechtsbereiche, etwa das Schuldrecht, das Grundbuchsrecht etc. Es war von Anfang an klar, daß eine österreichische Lösung allein nicht ausreichend sein wird, um Zeugen und Ermittler wirksam zu schützen. Deshalb tritt die ÖVP für die Schaffung eines europäischen Zeugenschutzprogramms, in Zusammenarbeit aller EU-Staaten ein.

Mehr Konsequenz bei der Bestrafung von Rechtsbrechern: Das österreichische Strafrecht ist geprägt von einem Dualismus von Strafen und vorbeugenden Maßnahmen. Im Bereich der Kleinkriminalität kann, wie schon früher im Jugendstrafrecht, nun auch im Erwachsenenstrafrecht, unter bestimmten Bedingungen von einer Bestrafung abgesehen werden (Diversion).

Wieder vermehrt in Anstalten einweisen: Das österreichische Strafgesetzbuch kennt Anstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher, für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher und für gefährliche Rückfallstäter. Die Einweisungen in diese Anstalten gehen aber immer mehr zurück. Es ist fraglich, ob dieser Rückgang bei strenger Anwendung der Einweisungsvoraussetzungen gerechtfertigt ist. Die ÖVP fordert die konsequente Anordnung der Anstaltsverwahrung als vorbeugende Maßnahme, insbesondere im Fall geistig abnormer Rechtsbrecher und von Rückfallstätern.

Schutz vor Sexualtätern: Die verstärkt auftretenden Fälle von Kindesmißbrauch machen konsequente Maßnahmen im Interesse und zum Schutz unserer Kinder notwendig. Viele dieser Delikte beruhen auf Triebtaten, auf Grund einer geistigen Störung, die durch die Bestimmung über geistig abnorme Rechtsbrecher aber nicht erfaßt sind. Der Sinn vorzubeugen liegt aber darin, das neuerliche Begehen solcher Taten zu verhindern. Wir wollen daher, daß im Fall schwerer Sexualdelikte gegen Kinder, Triebtäter in Anstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen werden können, wenn die Tat eindeutig auf einer geistigen oder seelischen, das Sexualleben betreffenden Abartigkeit beruht. Die Medizin hat gerade bei Triebtätern Therapieformen entwickelt, mit deren Hilfe die Sexualphantasien und der Sexualdrang verringert werden kann. Diese Therapien sollten sowohl während der Anhaltung als auch bei einer bedingten Entlassung angewendet werden, um einem Rückfall vorzubeugen.

Beseitigung einiger Probleme bei der bedingten Entlassung von Rechtsbrechern: Einige aufsehenerregende Fälle haben deutlich gemacht, daß bei einer bedingten Entlassung die

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Bessere Sicherheit durch Justizreform

Prognosen über die Zuverlässigkeit von Haftentlassenen nicht immer gegeben sind. Im Interesse der Sicherheit der Bürger ist es aber notwendig, Maßnahmen zu setzen, um derartige Fehlentscheidungen nach Möglichkeit zu verhindern.

Verbesserung der Zukunfts- bzw. Gefährlichkeitsprognose bei der Entlassung aus einer Strafhaft oder einer Anstalt. Im Interesse der Sicherheit der Gesellschaft vor Kriminalität ist ein Mehraugenprinzip von Gutachtern aus verschiedenen Wissensbereichen unbedingt notwendig.

Weiterentwicklung der Strafen: Bereits bei der Beschlußfassung der Diversion hat die ÖVP verlangt, eine Kombination von Strafe und diversionellen Maßnahmen zuzulassen. Im Bereich der Diversion ist zum Beispiel eine Kombination von Geldbuße und gemeinnütziger Leistung denkbar. Noch zielführender könnte die Kombination von gemeinnützigen Leistungen mit (bedingten oder teilbedingten) Strafen sein.

Wir brauchen einen Justizombudsmann: Es häufen sich Beschwerden über angebliche Verzögerungen, Untätigkeit und Parteilichkeit in gerichtlichen Verfahren. Diese Beschwerden werden zwar von der Justizverwaltung verfolgt, wegen der Unabhängigkeit der Rechtsprechung sind aber oft rasche Lösungen nicht erreichbar. Für Rechtssuchende ist es oft schwer, den zuständigen Ansprechpartner für behauptete Ungerechtigkeiten zu finden. Oft herrscht auch die Angst, daß sich eine Beschwerde nachteilig auf den weiteren Gang des Verfahrens auswirken könnte.

Mehr Sicherheit durch eine effiziente Justizreform:

- Die ÖVP tritt für den verbesserten Opferschutz ein. Wir wollen, daß nicht nur der Schaden wieder gut gemacht wird, sondern daß die Opfer auch ausreichend betreut werden.
- Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß Sexualdelikte gegen Kinder global verfolgt und in Österreich streng bestraft werden. Unsere Kinder brauchen unseren Schutz!
- Wir wollen Reformen, die sicherstellen, daß Strafverfahren effizient abgewickelt werden. Dazu gehört, daß dabei auf die Erfahrungen und Kenntnisse der Exekutive nicht verzichtet wird.
- Die Rolle des Richters als Kontrollorgan muß verbessert werden.
- Der Staatsanwalt soll die Tätigkeiten der Polizei leiten und koordinieren. Gleichzeitig muß aber die Kontrolle über staatsanwaltschaftliche Entscheidungen sichergestellt und das Weisungsrecht transparent gemacht werden.
- Wir wollen Sonderverfahren für die Bekämpfung besonders gefährlicher Kriminalitätsformen, damit die organisierte Kriminalität effizient bekämpft werden kann.
- Wir wollen im Interesse einer konsequenten Verbrechensbekämpfung eine klare Regelung von Scheinkauf und verdeckter Ermittlung.
- Wir verlangen im Interesse der Bekämpfung der organisierten Kriminalität für Zeugen und Ermittler in der gesamten EU einen rechtsübergreifenden Zeugenschutz und die Schaffung eines europäischen Zeugenschutzprogramms.
- Wir wollen, daß Sexualtriebter konsequent in Anstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen werden. Darüber hinaus sollen während der Anhaltung, insbesondere aber auch bei einer bedingten Entlassung, spezielle Therapien eingesetzt werden, um die Rückfallgefahr zu verringern.
- Für einen verbesserten Rechtsschutz wollen wir einen unabhängigen Justizombudsmann einrichten.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Sicherheit braucht eine starke Exekutive

Wir sind für eine sichtbare Exekutive: Der Sicherheitsbeamte ist gegenüber dem einzelnen Bürger der erste Repräsentant des Staates, wenn es um die persönliche Sicherheit geht.

Statistiken zeigen zwar ein klares Bild über die Sicherheitssituation in einem Land, einer Region, über Gefahrenpotentiale allgemein oder für bestimmte Gruppen. Für den einzelnen Bürger beruht das Gefühl der Sicherheit auf der subjektiven Wahrnehmung der Sicherheit. Dieses Gefühl wird durch die Präsenz der Exekutive gestärkt; durch die Schließung von Dienststellen, die Einsparung von Fußstreifen oder die Entpersonalisierung des Kontakts zur Exekutive aber beeinträchtigt.

Einsatz der Sicherheitsexekutive: In diesem Sinn muß die Organisation der Sicherheitseinrichtungen sicherstellen, daß sich die Polizei näher beim Bürger befindet. Auch in der Exekutive muß dem Gedanken der Subsidiarität Rechnung getragen werden.

Bürgergesellschaft und Solidarität: Es ist unbestritten, daß der Staat nicht alle Aufgaben in einer komplexen Gesellschaft wahrnehmen kann. Jeder Einzelne muß neben dem Gewaltmonopol des Staates das Seine beitragen, damit wir in einer sicheren Gesellschaft leben können. Jeder kann daher Aufgaben in der Nachbarschaftshilfe nicht nur im sozialen, sondern auch im Sicherheitsbereich übernehmen. Das beginnt beim Entleeren des Postkastens wenn der Nachbar auf Urlaub ist und reicht bis zur Beobachtung der Umgebung, um Straftaten vorzubeugen. Die Leute wissen besten über die Umgebung, insbesondere auch über Sicherheitsrisiken und Angsträume Bescheid. Im Sinne eines "community policing" müssen wir geeignete Formen zum Austausch der Erfahrungen schaffen, etwa einen "Sicherheitsbeirat", den der Bürgermeister in der Gemeinde einberuft.

Die Aufgabe einer Bürgergesellschaft besteht in der Erziehung zur Gewaltlosigkeit als Vorbeugung von strafbaren Handlungen. Die Bürgergesellschaft hat im Bereich der Sicherheitspolitik eine bedeutende Rolle, besonders in der Vorbeugung von strafbaren Handlungen. Durch die Kenntnisse der Sicherheitsrisiken und der Angsträume ist der einzelne Bürger in der Lage, viel zur Verbesserung der Sicherheitssituation beizutragen. Er muß jedoch die Möglichkeit haben, etwa im Rahmen von Sicherheitsbeiräten in den Gemeinden die Anliegen vorzubringen.

Prävention durch Strafsanktionen: Verbrechensvorbeugung kann durch verstärkte Präsenz der Sicherheitsexekutive erreicht werden. Prävention bedeutet aber auch Abschreckung vor strafbaren Handlungen durch entsprechende Strafdrohungen und die Anwendung bestehender Strafgesetze. In diesem Sinn müssen neue Sanktionssysteme - z.B. der außergerichtliche Tatausgleich - auf ihre Präventions- und Erziehungsfunktion überprüft werden. Wir brauchen vielschichtige Lösungsansätze.

Für Jugendliche geht Prävention über die bloße Strafandrohung hinaus. Wir brauchen neue Sanktionssysteme und gezielte Initiativen, wie:

- > Verstärkte Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern zur Aufklärung und Bewußtseinsbildung (vgl. die Erziehungsvereinbarung zwischen Eltern und Lehrern).
 - > Sicherheitspartnerschaften zwischen Strafverfolgern, Jugendämtern und Schulen.
 - > Hervorhebung des Wiedergutmachungsgedankens bei Sachbeschädigung oder Vandalismus.
 - > In besonders harten Fällen die konsequente Ausschöpfung des Strafrahmens bei Heranwachsenden.
 - > Gegebenenfalls neues Sanktionssystem bei Jugendkriminalität, um spürbare Strafen verhängen zu können.
 - > Ein Anti-Gewalt-Training in den Jugendstrafanstalten.
 - > Im Fall einer Verurteilung zu einer unbedingten Freiheitsstrafe: Ermöglichung einer entsprechenden Ausbildung für den Jugendlichen
- 46 > Ausweiten der Kompetenzen der Jugendämter und Vormundschaftsgerichte.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Sicherheit braucht eine starke Exekutive

Neue Wege in der Ausbildung der Exekutive: Ein langjähriges Anliegen der ÖVP, die Schaffung einer Sicherheitsakademie, wird durch die Novelle zu Sicherheitspolizeigesetz endlich umgesetzt. Eine moderne Polizei, die mit den sich ändernden gesellschafts- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen zurechtzukommen hat, muß sich zu einer "lernenden" Organisation mit "lernbereiten" Mitarbeitern entwickeln. Gegenwärtig wird vom Bundesministerium für Inneres nur einem bestimmten Personenkreis eine Führungsausbildung angeboten. Die berufsbegleitende Fortbildung ist unterschiedlich organisiert und ihr Zustandekommen hängt vom Improvisationsgeschick des jeweiligen Veranstalter ab.

Jetzt muß sichergestellt werden, daß es sich um ein Ausbildungskonzept handelt, das einerseits den gesamten Bereich der österreichischen Exekutive erfaßt und das andererseits durch den Erwerb der notwendigen Qualifikationen den Exekutivbeamten auch entsprechende Aufstiegskarrieren ermöglicht.

Neben der Ausbildung soll die Sicherheitsakademie eine Plattform für den internationalen Gedankenaustausch bilden, der wegen der grenzüberschreitenden Kriminalität zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Die Sicherheitsakademie wird entsprechende wissenschaftliche Aufgaben, etwa im Bereich der Kriminologie, wahrzunehmen haben. Diese Aufgaben können nur im Kontakt mit der Wissenschaft erfolgen.

Sicherheit braucht eine starke Exekutive:

- > Wir wollen, daß zur Steigerung der Sicherheitsgefühls des Bürgers und zur Verbrechensvorbeugung wieder mehr Polizisten auf den Straßen erkennbar zu sehen sind. Wir wollen die Exekutive in der Nähe des Bürgers wissen. Daher sollen die Aufgaben von Zentraleinheiten reduziert werden.
- > Wir wollen ein Schwergewicht in der Verbrechensvorbeugung setzen - insbesondere bei Jugendlichen.
- > Die Bürgergesellschaft hat auch im Bereich der Sicherheitspolitik eine bedeutende Rolle. Diese liegt insbesondere in der Vorbeugung von strafbaren Handlungen. Durch die Kenntnisse der Sicherheitsrisiken und der Angsträume ist der einzelne Bürger in der Lage, viel zur Verbesserung der Sicherheitssituation beizutragen; er muß jedoch die Möglichkeit haben, etwa im Rahmen von Sicherheitsbeiräten in den Gemeinden, seine Anliegen vorzubringen.
- > Wir wollen eine umfassende Aus- und Fortbildung der Exekutive im in einer qualitativ hochwertigen Sicherheitsakademie.

Mehr Sicherheit durch konsequente Fremdenpolitik

Österreich ist Asylland: Der Immigrationsdruck auf Mitteleuropa hält auf Grund der politischen Entwicklung in einigen Staaten in Europa und außerhalb Europas an. Unter Aufrechterhaltung der positiven Rolle Österreichs als Asylland müssen bei der Einwanderung klare Grenzen geschaffen werden, um den sozialen Frieden in Österreich aufrecht zu erhalten.

Österreich hat durch die Schaffung eines befristeten Aufenthaltsrechts für Personen, die - ohne individuell verfolgt zu sein - ihre Heimat wegen kriegerischer Ereignisse verlassen müssen, und durch die Aufnahme von 80.000 Flüchtlingen aus Bosniern ein humanitäres Beispiel gesetzt.

Die ÖVP setzt sich für eine Asylpolitik auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention ein. Im Rahmen der EU muß aber sichergestellt werden, daß alle EU-Staaten die durch die Dubliner Konvention übernommenen Verpflichtungen tragen.

Im europäischen Gleichklang sollen Lösungen für jene Personen gefunden werden, die wegen kriegerischer Ereignisse aus ihrer Heimat flüchten, ohne individuell verfolgt zu sein.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Mehr Sicherheit durch konsequente Fremdenpolitik

Klare Regeln für die Einwanderung: Die österreichische Wirtschaft hat Bedarf an ausländischen Arbeitskräften. Wie bisher ist beim Neuzuzug von Arbeitskräften aber neben den wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Situation auf dem Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt und die schulische Situation zu berücksichtigen.

Durch die letzte Novelle des Fremdengesetzes wurde der Bedarf an Quotenplätzen für die Familienzusammenführung reduziert. Ziel muß es sein, die bereits längere Zeit in Österreich lebenden Fremden besser zu integrieren und ihren Familienangehörigen mittelfristig den Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Sicherheit durch einen guten Grenzschutz: Die Außengrenzen der Europäischen Union müssen verstärkt gegen illegale Einwanderung und Flüchtlingsströme geschützt werden. Unabhängig von der Notwendigkeit einer europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik müssen die entsprechenden Grenzkontrollen durchgeführt werden, um die politischen Zielsetzungen auch umsetzen zu können.

Der Einsatz des Bundesheeres ist bei der Grenzsicherung unverzichtbar: 73% der illegalen Grenzgänger werden von Bundesheersoldaten aufgegriffen. Im Vergleich: Auf Gendarmerie und Zollwache entfallen 27% der Aufgriffungen an der Grenze.

Die Maßnahmen unmittelbar an der Grenze müssen durch Maßnahmen im Landesinneren unterstützt werden, um illegale Einreisende auch nach Grenzübertritt aufgreifen zu können.

Besonderes Augenmerk schenken wir dem Schlepperunwesen, das zum großen Geschäft für die organisierte Kriminalität geworden ist, wie die Vergleichszahlen aufzeigen: **1997** - 13.173 illegale Grenzgänger, 1.741 Schlepper, 4.658 "Geschleppte"; **1998** - 19.635 illegale Grenzgänger, 1.854 Schlepper, 10.102 "Geschleppte".

Hier reichen die für den Wiederholungsfall gedachten gerichtlichen Strafbestimmungen, wie die Praxis zeigt, nicht aus.

Schubhaft und Maßnahmen gegen die Wiedereinreise von Rechtsbrechern: Trotz gewisser Anstrengungen sind die Schubhaftplätze in Österreich noch immer nicht ausreichend. An den Grenzen werden immer wieder Personen aufgegriffen, die erst kurze Zeit zuvor des Landes verwiesen oder an der Grenze zurückgewiesen worden sind. Es gibt Fristen, innerhalb der jemand, der an der Grenze zurückgewiesen oder wegen der Begehung strafbarer Handlungen ausgewiesen worden ist, nicht mehr nach Österreich einreisen darf. Diese Verbote werden an der Grenze auch entsprechend kontrolliert. Zur Abschreckung vor Begehung von strafbaren Handlungen sollen die Fristen jedoch verlängert werden.

Zur Bekämpfung des Kriminaltourismus müssen der Exekutive über diese gesetzlichen Schritte hinaus Möglichkeiten erhalten, daß ausländische Rechtsbrecher bei Begehung (geringerer) strafbarer Handlungen nicht ungeschoren davonkommen.

Die Wartefristen bei Zurückweisungen an der Grenze oder bei Ausweisung wegen der strafbaren Handlungen muß verlängert werden.

Unsere konsequente Fremdenpolitik

- > Unsere Politik soll sicherstellen, daß die Anzahl der Ausländer die Aufnahmefähigkeit des österreichischen Arbeitsmarktes, des Schulsystems und des regionalen Wohnungsmarktes nicht übersteigt.
- > Zur Sicherung der Grenzen ist eine aktive Teilnahme Österreichs am Schengener Prozeß notwendig. Der weitere Einsatz des Bundesheeres zum Schutz der Außengrenze ist unumgänglich.
- > Neben dem Vorrang des Schutzes unserer Außengrenzen sind entsprechende Maßnahmen für Kontrollen im Inland zu setzen.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Maßnahmen gegen die gefährlichen Formen der Kriminalität

- > Neben der Verbesserung der tatsächlichen Kontrollen wollen wir die Strafen für Schlepperei verschärfen.
- > Die Schaffung von Schubhaftplätzen muß konsequent weiter betrieben werden.
- > Ausländische Straftäter dürfen Österreich nach einer Straftat nicht ohne jede Sanktion verlassen können.

Maßnahmen gegen die gefährlichen Formen der Kriminalität

Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität: Wirtschaftskriminalität, Drogenhandel, Menschenschmuggel und Korruption sind die Hauptquellen krimineller Erlöse für internationale Verbrecherbanden. Gegenüber diesen einzelnen Verbrechenstypen können wir nicht Toleranz zeigen, denn das organisierte Verbrechen bedroht die Gesellschaft. Ihr Anteil an der Gesamtkriminalität wird auf 30-35% geschätzt.

Menschenschmuggel z.B. ist einerseits ein Geschäft mit der Not an den ärmsten Menschen. Andererseits trägt die illegale Migration zur sozialen Destabilisierung in den Zielländern bei: Schätzungen der EUROPOL für 1997 zeigen das gigantische Geschäftsvolumen auf: Jährlich werden nach (West)Europa ca. 200.000 Menschen geschmuggelt und der Gesamtumsatz wird bei 12,7 Mrd. öS vermutet.

Organisierter Drogenhandel ist nicht nur ein moralisch schmutziges Geschäft (Stichwort: Beschaffungskriminalität, Prostitution, usw.). Das Verführen zur Drogensucht stellt einen Mord auf Raten in unserer Gesellschaft dar, den wir nicht hinnehmen werden.

Der Recht auf Eigentum ist ein Grundrecht. Dies zu schützen ist die Pflicht des Staates. Geschieht dies nicht, verliert der Staat das Vertrauen und sein Gewaltmonopol. Schutzgeld-erpressern und Autoschiebern darf Österreich kein Umfeld für deren Aktionen bieten.

Durch die Schaffung der elektronischen Ermittlungsmethoden wurden Instrumente geschaffen, die ein gewisses Gegengewicht zur Flexibilität, zum hohen technischen Ausrüstungsstand und zur grenzüberschreitenden Tätigkeit der organisierten Kriminalität darstellen. Diese Instrumente können aber nur dann genutzt werden, wenn der Exekutive auch die entsprechenden technischen Möglichkeiten an die Hand gegeben werden. Die erfolgreiche polizeiliche Tätigkeit braucht zusätzlich den internationalen Erfahrungsaustausch sowie den Austausch von Daten, Begehungsweisen etc.

In diesem Sinn sind die durch EUROPOL geschaffenen Möglichkeiten des Informationsaustauschs und den Zugriff auf Analysen voll auszunutzen. Die ÖVP verlangt Maßnahmen zur konsequenten Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten in jenen Bereichen, die besonders dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität dienen. Darüber hinaus muß im Interesse eines effizienten Kampfes gegen die organisierte Kriminalität von allen internationalen Angeboten der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs, insbesondere im Rahmen von EUROPOL, voll Gebrauch gemacht werden.

Der Kampf gegen Drogen: Der Statistik von EUROPOL zufolge sind im vergangenen Jahr in der Europäischen Union 2,5 Mio. Ecstasy - Pillen beschlagnahmt worden, außerdem 640 Tonnen Haschisch, 38 Tonnen Kokain und 4,5 Tonnen Heroin. Dies entspricht aber nur ca. 5% dessen, was auf dem Markt verkauft wird. In Österreich ist die Anzahl der Drogendelikte allein im vergangenen Jahr über 10% angestiegen. Die Zahl der Drogenopfer (1998: 176) nimmt seit 1995 ab - die meisten davon werden zwar nach wie vor in Wien registriert, ländliche Regionen sind vom Drogenkonsum aber immer weniger ausgespart.

Im internationalen Vergleich schneidet Österreich - insbesondere bei den "harten" Drogen rela-

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Maßnahmen gegen die gefährlichen Formen der Kriminalität

tiv gut ab, dennoch gibt es besorgniserregende Indikatoren - vor allem, daß die Drogenkonsumenten immer jünger werden. In Österreich wird die Zahl der Menschen mit problematischem Drogenkonsum auf 10.000 (allein die Heroinsüchtigen) bis 15.000 geschätzt.

Diese Daten beweisen, daß der Kampf gegen die Drogen mit allen Mitteln fortgeführt werden muß. Verführung zu Drogen ist ein Mord auf Raten. Die Liberalisierung des Drogenkonsums wäre das falscheste Signal an Drogensüchtige und Drogenhändler.

Wir müssen unsere Kinder stark machen gegen Drogen und Präventivmaßnahmen verstärkt setzen, auch durch die Förderung der Eigenverantwortlichkeit der Jugend. Internationale Studien belegen: Durch verbesserte Präventionsarbeit wie der "Peer Group Education", bei der neben den Eltern der bestimmende Freundeskreis und Mitschüler zu Verantwortlichen ausgebildet werden, kann die Anzahl der Jugendlichen, die mit einem Drogenmißbrauch beginnen, stark gesenkt werden.

Die Schule muß ein drogenfreier Lebensraum bleiben, damit nicht nur elterliches Vorbildverhalten die Kinder prägt, sondern auch das weitere soziale Umfeld.

Maßnahmen gegen die Organisierte Kriminalität:

- > Null Toleranz für Drogendealer, Menschenhändler, Schlepper und ähnliche Formen der organisierten Kriminalität.
- > Wir verlangen weitere Maßnahmen, die eine konsequente Verfolgung von organisierten Verbrechern erlauben. Dem persönlichen Schutz unserer Beamten räumen wir eine zentrale Stellung ein.
- > Die europäische Polizeibehörde EUROPOL braucht mehr Befugnisse zum Informationsaustausch und geregelten Zugriff auf vorhandene Analysen der einzelnen Behörden.
- > Wir werden einer Freigabe von Drogen niemals zustimmen. Wir bekennen uns aber zum Grundsatz "Therapie statt Strafe".

Die Zusammenarbeit für mehr Sicherheit in der EU

Die ÖVP bekennt sich zum Grundsatz der Subsidiarität. Sofern effiziente Maßnahmen im Bereich der Sicherheit jedoch nur von größeren Einheiten mit Aussicht auf Erfolg gesetzt werden können, muß im Interesse der Sicherheit unserer Bürger diese größere Einheit Aufgaben übernehmen.

Dies hat die Europäische Union gerade im Bereich der Sicherheit getan:

- > Schengenland wahrt Sicherheit: Das Schengener Vertragswerk umfaßt nicht nur den Bereich der Kontrolle der Ein- und Ausreise sowie des Aufenthalts in der Europäischen Union. Gerade in diesem Bereich sind aber alle Maßnahmen zu setzen, um die Zusammenarbeit und die Effizienz der Kontrollmechanismen noch weiter zu steigern. Dies ist auch im Hinblick auf die Ausdehnung des Schengener Raums von Bedeutung.
- > Die europäische Polizeibehörde EUROPOL: EUROPOL ist mit 1. Oktober 1998 operativ geworden. Dennoch wurden noch nicht alle administrativen Maßnahmen zur vollen Funktionalität gesetzt.
- > Die Entwicklung des Vorgängers von EUROPOL, der Europäischen Drogenstelle, beweist, daß die Europäische Union die Kriminalitätsentwicklung genau verfolgt und bei Bedarf die Kompetenzen von EUROPOL im Interesse des Schutzes der Sicherheit entsprechend anpaßt.
- > Es muß die Aufgabenstellung der EUROPOL als Koordinationsbüro der nationalen Polizeibehörden nach den aktuellen Anforderungen moderner Polizeiarbeit weiterentwickelt werden. Daher ist der Aufbau einer operativen Polizeieinheit im Rahmen der EUROPOL im Sinne der subsidiären Problemlösung sachlich richtig und notwendig.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Die Zusammenarbeit für mehr Sicherheit in der EU

- Entscheidend dabei ist die rechtsstaatliche Fundierung und Legitimierung, die klare Beschreibung und Abgrenzung der Zuständigkeit und Befugnisse z.B. bei den Ermittlungen im nationalstaatlichen Bereich sowie die Sicherstellung der politischen Verantwortung gegenüber Europäischem Parlament und Rat.
- Neben dem sicherheitspolitischen Nutzen einer gemeinsamen EUROPOL-Polizeinheit für die einzelnen Bürger liegt die Bedeutung einer derartigen Einrichtung im Faktum, daß eine weitere gemeinsame europäische Einrichtung den Integrationsprozeß in dieser sehr wichtigen Lebensfrage der europäischen Bürger verfestigt.
- Wir treten für eine möglichst enge Kooperation mit der Polizei und den Sicherheitskräften unserer östlichen Nachbarstaaten ein. Schon jetzt muß es das prioritäre Ziel der Union sein, auch in den Beitrittsländern Sicherheit und Ordnung aufzubauen. Wir wollen Sicherheit exportieren und kein Risiko importieren.
- Schrittweiser Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: Während der Bereich der Zusammenarbeit der Justiz- und der Polizeibehörden zunächst den Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit darstellte und somit Gegenstand der Dritten Säule war, ist es durch den Vertrag von Amsterdam gelungen, einige Bereiche, wie etwa das Asylrecht oder die justizielle Zusammenarbeit in Zivilverfahren, in das Gemeinschaftsrecht einzubeziehen. Die ÖVP wird alle Bestrebungen zu einer weiteren Vergemeinschaftung von Kompetenzen im Sicherheitsbereich unterstützen, wenn dadurch auf internationaler Ebene besser als im nationalen Bereich Beiträge zur Verbesserung der Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung geleistet werden können.
- Der Aktionsplan gegen organisierte Kriminalität: In der Erkenntnis der Gefährlichkeit der organisierten Kriminalität hat die EU einen Aktionsplan zur Bekämpfung dieser organisierten Kriminalität erarbeitet, der wesentliche Schritte zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit enthält. Durch den Aktionsplan sollen die Mitgliedstaaten etwa verpflichtet werden, bestehende strafrechtliche Übereinkommen des Europarats und der Europäischen Union raschest zu unterzeichnen, um eine Beschleunigung und Vereinfachung der internationalen Zusammenarbeit zu erreichen.
- Aktionsplan für einen Europäischen Raum der Sicherheit und des Rechts: Auch dieser Aktionsplan befaßt sich mit der Zusammenarbeit der Justizbehörden und versucht, deren Zusammenarbeit, auch außerhalb der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu beschleunigen. Der Aktionsplan geht aber auch auf die Frage einer europäischen Migrationspolitik ein. Gerade hier hat Österreich im Rahmen seiner Präsidentschaft wichtige Vorarbeiten geleistet.
- Im Bereich einer gemeinschaftlichen Migrationspolitik könnte gerade das österreichische Beispiel der Quotenzulassung unter Bedachtnahme auf die Situation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie auf die Schulsituation beispielgebend sein.

Europäische Zusammenarbeit für mehr Sicherheit:

- Wir wollen, daß alle Maßnahmen zur vollen Einsatzfähigkeit von EUROPOL gesetzt werden.
- Wir unterstützen alle Maßnahmen des Aktionsplans gegen organisierte Kriminalität.
- Wir vertreten auch auf europäischer Ebene das Prinzip der kontrollierten und kontrollierbaren Zuwanderung unter Berücksichtigung der sozialen Situation im einzelnen Mitgliedsstaat aber auch innerhalb der gesamten Union.

Unser Österreichisches Bundesheer ist Garant für unsere Sicherheit

Österreich braucht ein starkes Heer: Wir bekennen uns zur militärischen Landesverteidigung, treten für ein starkes Heer ein und lehnen es ab, auf dem Rücken unserer Soldaten Parteipolitik zu machen. Nur ein modernes Heer ist leistungs- und einsatzfähig für unsere

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Unser Österreichisches Bundesheer ist Garant für unsere Sicherheit

Sicherheit, die Sicherheit unserer Bürger und unser Hab und Gut. Nur mit entsprechenden Mitteln kann unser Bundesheer unsere Sicherheit garantieren. Damit wird die Erfolgsbilanz unseres Bundesheeres fortgesetzt. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß unser Bundesheer auch weiterhin bei internationalen Einsätzen, bei Katastropheneinsätzen und bei Assistenzeinsätzen erfolgreich sein kann.

Damit die Sicherheit Österreichs auch in Zukunft glaubhaft gewährleistet werden und ein dringend notwendiger Modernisierungsschub greifen kann, muß das Verteidigungsbudget auf die den internationalen Standards entsprechende Größe erhöht werden: Wir streben somit eine Richtgröße von 1% des Bruttoinlandsproduktes an.

Wir haben folgende Ziele:

- > Steigerung der Effizienz des Bundesheeres
- > mehr Sicherheit für unsere Bürger und Soldaten
- > Helfen, wo andere nicht mehr können

Die Schlepperkriminalität an der EU-Außengrenze sowie die Naturkatastrophe in Galtür zeigen, daß das Bundesheer nicht nur für den militärischen Einsatz gerüstet sein muß. Das österreichische Bundesheer braucht die notwendige materielle und ideelle Ausstattung, die es als unverzichtbares Instrument zur Aufrechterhaltung von Frieden, Freiheit und Sicherheit benötigt.

Dem Bundesheer muß für Katastropheneinsätze eine adäquate und moderne Ausrüstung zur Verfügung stehen. Das bedeutet insbesondere, daß unser Heer über effizientes Gerät (Pionierausrüstung, bessere LKW's) und neue Transportkapazitäten (Hubschrauber, Transportflugzeug) verfügen muß. Gleichzeitig darf der Modernisierungsschub auch die Sicherstellung der österreichischen Landesverteidigung nicht außer acht lassen: **Wir müssen die Ausbildungsmittel modernisieren** (Simulatoren) und eine Entscheidung über ein neues effizientes Luftraumüberwachungssystem treffen.

Dazu gehören weitere Neuerungen wie eine Verbesserung der Infrastruktur, die weitere Modernisierung der Mannesausrüstung durch zusätzlichen Ankauf von Splitterschutzwesten und Kampfhelmen sowie die Beschaffung neuester Alpinausrüstung.

Die Miliz ist unverzichtbar: Ein unverzichtbares Element einer professionellen und effizienten Landesverteidigung ist die Miliz. Nur durch den engagierten Einsatz unserer Milizsoldaten und durch die Verbindung mit der Bevölkerung kann unsere Sicherheit garantiert werden.

Miliz für Frauen öffnen: Seit 1½ Jahren besteht die Möglichkeit für Frauen, freiwillig beim Österreichischen Bundesheer Dienst zu leisten. Bisher ist ausgeschlossen, daß Frauen im Rahmen der Miliz für unsere Sicherheit tätig werden. Dies soll in Zukunft möglich sein.

Bundesheer ist Lernen fürs Leben: Die Wehrpflichtigen werden beim Bundesheer nicht nur bestens ausgebildet, sondern profitieren durch diese Ausbildung auch für ihr weiteres Leben. So etwa durch die Absolvierung von Sanitäts- und Erste-Hilfe-Kursen, durch die hervorragende Fahr- und Sicherheitsausbildung, durch das Leben in Gemeinschaft, das Überlebenstraining in gefährlichen Situationen, Information und Aufklärung über Drogen und deren Gefahren und schließlich auch durch das Erleben und Erfahren von Disziplin und Ordnung, sowie körperliche Fitneß.

Österreichisches Bundesheer - maßgeschneidert für die österreichische Sicherheit:

Die wesentliche Zielsetzung unserer Sicherheitspolitik ist die Sicherstellung der verfassungsgemäß vorgesehenen umfassenden Landesverteidigung. Es steht die Entscheidung an, wie und

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Unser Österreichisches Bundesheer ist Garant für unsere Sicherheit

unter welchen Bedingungen Österreich am europäischen Sicherheitsinstitutionen partizipieren wird.

Wir haben folgende Ziele:

- > Sicherstellung der österreichischen Landesverteidigung
- > bestmögliche Vorbereitung auf nationale und internationale Einsätze
- > bestmögliche Vorbereitung auf die bevorstehende Integration
- ✓ Schutz und Bewahrung Österreichs und seiner Bürger vor Gefahren

Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- > Entscheidung über die Zukunft Österreichs im europäischen Sicherheitsverbund.
- > Überprüfung und Erstellung eines Kataloges zur weiteren Sicherstellung einer professionellen Landesverteidigung sowie der allenfalls daraus resultierenden zukünftigen Systemänderung.

Ein Modernisierungsschub für unser Bundesheer:

- > Ein starkes und leistungsfähiges Bundesheer gibt es nur mit moderner Ausrüstung. Deshalb muß das Verteidigungsbudget an internationale Standards angeglichen werden, um das Bundesheer in die Lage zu versetzen, glaubhaft für Frieden, Freiheit und Sicherheit eintreten zu können.
- > Neue Transportflugzeuge, neue Hubschrauber sowie effizientes Gerät und moderne Mannesausrüstung müssen für die Sicherheit von Bevölkerung und Soldaten zur Verfügung stehen.
- > Die Miliz bzw. eine Freiwilligenkomponente des Heeres wird weiterhin notwendige Basis für alle Aufgabenstellungen des Heeres bleiben. Der Miliz müssen in Zukunft auch Frauen angehören dürfen.
- > Auf dem Rücken unserer Soldaten darf nicht Parteipolitik gemacht werden. Sie schützen unsere Demokratie und helfen bei allen Katastrophen - im In- und Ausland. Damit unsere Soldaten diesen Aufgaben entsprechen zu können fordern wir ein starkes Heer.

Für ein Europa des Friedens

Unsere Sicherheitspolitik hat ein klares Ziel: Friede in Freiheit und Schutz der Menschenrechte. Friedenssicherung ist für uns gleichsam ein Staatsziel. Das hat für uns absolute Priorität. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor zehn Jahren haben sich die Aufgaben und Möglichkeiten von Sicherheitspolitik aber grundlegend geändert. Das erfordert eine Neubestimmung der österreichischen Sicherheitspolitik.

Europa braucht einen gemeinsamen Sicherheitsverbund: Nach dem Krieg am Balkan wissen wir, wie dringend Europa eine funktionierende Friedensordnung braucht. Die historische Erfahrung seit 1945 lehrt, daß in Europa der Friede nur durch das enge und freiwillige Zusammenwirken der europäischen Staaten und Nationen möglich wurde. Dieser europäische Sicherheitsverbund soll sich daher gemeinsam in der EU Schritt für Schritt entwickeln. Zunächst soll - entsprechend dem Amsterdamer Vertrag - die GASP der EU die Instrumente dieser Verteidigungsstrukturen durch Verschmelzung von EU und WEU entwickeln.

Dort wo die EU heute ist, herrscht Frieden und Stabilität. Es entspricht dem Wesen der Union, daß die Mitgliedstaaten freiwillig aufeinander zugehen und kein Mitglied gegen seinen Willen zu etwas gezwungen werden kann. Daher ist es richtig, Instrumente für humanitäre Hilfe und die Bewältigung von Krisensituationen sowie gemeinsame operative Einheiten zur Friedenssicherung zu entwickeln.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Für ein Europa des Friedens

Österreich soll als EU-Mitgliedsland im eigenen Interesse dieses europäische Friedenskonzept als vollberechtigter Partner mitgestalten. Wir wollen nicht, daß andere über unsere eigenen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen entscheiden. Österreich darf sich in der EU nicht isolieren.

Unsere Friedenspolitik ist gekennzeichnet vom Prinzip der Solidarität. Wir sind solidarisch mit den Entrechteten und Verfolgten und solidarisch gegenüber unseren Partnern, die mit uns die gemeinsamen demokratischen Grundwerte teilen. Solidarität und Neutralität bilden in Fragen der Bewältigung humanitärer Krisen oder der Friedenssicherung keinen Widerspruch. Daher soll Österreich an derartigen Missionen auch teilnehmen.

Alle sicherheitspolitischen Instrumente der EU müssen so gestaltet sein, daß sie ausschließlich der Erhaltung des Frieden und der Friedenssicherung dienen. Sie müssen demokratisch kontrolliert sein und die Teilnahme an derartigen Einsätzen muß dem Prinzip der Freiwilligkeit entsprechen. Das heißt, auch Soldaten dürfen nur freiwillig zum Einsatz kommen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist der wirkungsvollste Motor für eine verstärkte Integration und damit für die Friedenssicherung. Die Europäische Union war von Anfang an ebenso ein Friedenskonzept wie ein ökonomischer Zusammenschluß, der 370 Millionen Menschen in Europa Wohlstand gebracht hat. Dieser Weg muß fortgesetzt werden.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein wesentlicher Teil der europäischen Friedenspolitik. Denn überall dort, wo es genug Arbeit gibt, die Werte und der wirtschaftliche und soziale Wohlstand der Europäischen Union Geltung haben, herrscht auch Frieden.

Die neue sicherheitspolitische Lage

Österreich hat nach dem Zweiten Weltkrieg drei grundverschiedene außenpolitische Phasen durchlaufen und tritt eben in eine vierte ein:

Die Phase des Ringens um die volle Souveränität (1945-1955): Unter den vier Besatzungsmächten ging es zunächst um die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsfolgen, dann um den wirtschaftlichen Wiederaufbau und schließlich um die Erringung von Freiheit und Unabhängigkeit. Die ÖVP hat Österreich 1955 unter Bundeskanzler Julius Raab und Außenminister Leopold Figl die Neutralität gebracht: Als Voraussetzung für unseren Staatsvertrag, für unsere Freiheit und gegen den damaligen Willen der SPÖ-Führung. Mit dem Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 und der Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen als 70. Mitglied am 14. Dezember 1955 war diese Phase abgeschlossen.

Die Phase der Entfaltung der österreichischen Neutralität (1955-1990): Mit dem Staatsvertrag und mit dem Neutralitätsgesetz trat Österreich in eine mehr als drei Jahrzehnte währende Periode steigenden Wohlstandes ein. Seine äußere Sicherheit wurde durch das im Kalten Krieg und danach herrschende Gleichgewicht der großen Machtblöcke gewährleistet; seine innere Sicherheit ruhte auf dem demokratischen Grundkonsens der führenden politischen Kräfte Österreichs. Gleichzeitig mit einer immer stärkeren Verflechtung seiner Wirtschaft mit Westeuropa (z.B. EFTA - ab ihrer Gründung 1960) betrieb Österreich eine aktive Außenpolitik, die sich nicht nur in der Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen (Zypern, Golan u.a.), sondern auch in einer Reihe von allgemein friedensfördernden Initiativen (Wien als dritter UNO-Sitz, OPEC, Gipfeltreffen, Nahost-Initiativen, KSZE/OSZE etc.) niederschlug.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Die neue sicherheitspolitische Lage

Die Phase der beginnenden Solidarität (1990-1999): Das Ende des Realen Sozialismus (Öffnung der ungarischen Grenze und der Fall der Berliner Mauer 1989, das Ende der Sowjetunion und der Zerfall Jugoslawiens (Juni 1991) änderten die geo- und sicherheitspolitische Situation Österreichs von Grund auf. Nicht mehr der Ost-West-Gegensatz bestimmt seither die Lage, sondern die Dynamik immer stärker werdender Integrationsprozesse. Österreich trat der EU bei (1.1.1995), die eine gesicherte gemeinsame Außengrenze verwirklichte und mit dem Beschluss über den EURO auch eine gemeinsame Währung entwickelt. Ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes wurden zu Beitrittskandidaten der EU und schlossen sich der NATO an. Österreich hat durch seinen EU-Beitritt, der bereits auf der Basis des Vertrages von Maastricht (1993) erfolgte, durch die Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam (1998) und zuletzt durch die Mitwirkung an den Beschlüssen des Europäischen Rates von Köln (Juni 1999) die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU uneingeschränkt mitgetragen. Damit ist unser Land heute nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch sicherheitspolitisch voll in die EU integriert.

Die 1955 unter ganz anderen Voraussetzungen beschlossene Neutralität ist damit auf einen letzten Rest reduziert. Da das Neutralitätsgesetz nicht nur inhaltlich, sondern durch verfassungsgesetzliche Regelungen auch formalrechtlich sehr stark eingeschränkt ist, kann man mit Fug und Recht sagen: an die Stelle der Neutralitätsdoktrin tritt zunehmend die Solidaritätsdoktrin.

Nunmehr steht die Republik Österreich an der Schwelle einer vierten Phase ihrer langfristigen außenpolitischen Entwicklung:

Die Phase der vollen Solidarität (ab 2000): Die gemeinsame Außengrenze, das Wegfallen aller Grenzformalitäten im Inneren und die Einführung einer einheitlichen Währung sind wichtige Stufen auf dem Weg zu einer vollen Integration der Staaten der Europäischen Union. Meilensteine auf diesem Weg sind die Bemühungen um eine Stärkung des Europäischen Parlaments und die Reform der Europäischen Kommission. Gleichzeitig geht es um die Realisierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Mit der Ernennung eines dafür verantwortlichen Hohen Beauftragten, des bisherigen NATO-Generalsekretärs Javier Solana, wurde bereits ein deutliches Zeichen gesetzt.

Der Weg in eine europäische Staatenunion kann nicht nur über die wirtschaftliche und rechtliche Integration führen, sondern muß auch konkrete Schritte zu einem gemeinsamen europäischen Modell konfliktlösender, friedensschaffender und friedenserhaltender Maßnahmen setzen. Dieses Modell ist der europäische Sicherheitsverbund, in den sich Österreich in voller Solidarität mit den anderen Staaten der Union eingliedern wird.

Die stufenweise Errichtung des europäischen Sicherheitsverbundes (2000-2002): Beim Europäischen Rat von Köln (Juni 1999) haben die EU-Staaten beschlossen, jene Funktionen und Strukturen der Westeuropäischen Union, die für ein wirksames europäisches Krisenmanagement notwendig sind, in der EU aufgehen zu lassen. Die dafür notwendigen Entscheidungen sollen bis zum Ende des Jahres 2000 getroffen werden. In diesem Falle würde die WEU als eigenständige Organisation de facto zu existieren aufhören.

Damit sind die Voraussetzungen für eine effiziente Bewältigung möglicher Krisen gegeben. Die EU wird in diesem Zusammenhang sowohl auf nationale als auch auf multinationale militärische Verbände zurückgreifen können. Insbesondere ist auch mit einer immer engeren direkten Zusammenarbeit zwischen der EU und einer zunehmend "europäischeren" NATO zu rechnen.

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Die neue sicherheitspolitische Lage

Aufgrund der ihr zur Verfügung stehenden Kapazitäten wird die NATO auch weiterhin ein unverzichtbarer Faktor für ein funktionsfähiges europäisches Krisenmanagement sein. Deshalb haben sich beim Europäischen Rat von Köln alle 15 Staats- und Regierungschefs - also auch Österreich - für die Entwicklung einer "effizienten gegenseitigen Konsultation, Zusammenarbeit und Transparenz zwischen der Union und der NATO" ausgesprochen.

Die Rolle Österreichs im Rahmen des europäischen Sicherheitsverbundes: Es wäre falsch, nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts von der These auszugehen, daß es für einen mitteleuropäischen Staat überhaupt keine Bedrohungspotentiale mehr gäbe. Gerade die jüngsten Ereignisse auf dem Balkan haben gezeigt, daß ethnische Konflikte eskalieren und sich ausbreiten können. Um sich schlagende Diktatoren, unberechenbare Generäle und fanatische Fundamentalisten, die oft auch im Besitz gefährlicher Massenvernichtungsmittel und weitreichender Raketensysteme sind, können binnen kurzer Zeit zu einer ernsthaften Gefahr auch für ein europäisches Land werden.

Im Hinblick auf die moderne Waffentechnik und die Realität der heutigen Kriegsführung hat Österreich nicht die Möglichkeit, ernsthaften territorialen Konflikten oder größeren Katastrophen auf sich allein gestellt zu begegnen.

Österreich darf aber auch nicht akzeptieren, daß andere - also etwa auch die neuen NATO-Mitglieder in Zentral- und Osteuropa - über unsere Köpfe hinweg über unsere Sicherheit entscheiden. Auch die Interessen einiger der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates müssen nicht denen Österreichs entsprechen. Unser Land kann auch nicht als "sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer" nur "Rechte" (und sei es auch nur logistischer Beistand in Katastrophenfällen) beanspruchen, aber keine Pflichten auf sich nehmen.

In jedem Falle wird es in unserem eigenen Interesse notwendig sein, daß Österreich in allen jenen Strukturen und Institutionen, in denen über die Sicherheit Europas - und damit auch über unsere Sicherheit - entschieden wird, mit Sitz und Stimme gleichberechtigt vertreten ist. Dies gilt natürlich für die im Zuge der Verschmelzung der WEU mit der EU im Unionsrahmen neu entstehenden militärisch-strategischen Planungs- und Entscheidungsmechanismen. In dem Maße, in dem der europäische Sicherheitsverbund auf einem immer engeren Zusammenwirken zwischen der EU und der NATO aufbaut, trifft dies aber auch auf die NATO und deren Entscheidungsgremien zu.

Wer diese volle Mitbestimmungsmöglichkeit befürwortet, muß logischerweise auch den NATO-Beitritt befürworten. Deshalb spricht sich die ÖVP schon seit längerem grundsätzlich für die Mitgliedschaft Österreichs in der sich herausbildenden "neuen NATO" aus. In diesem Sinne teilen wir auch die vom deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder am 22.4.1999 vor dem Deutschen Bundestag vertretene Auffassung: "Wir wollen ein neues Europa für die neue NATO, und wir wollen die neue NATO für das neue Europa" und "Die NATO ist keine Allianz, in der ein Partner den anderen seine Meinung diktiert. Sie ist und bleibt eine Wertegemeinschaft."

Der Beitritt Österreichs zur NATO ist nach dem Willen der ÖVP jedoch an einige wesentliche Voraussetzungen gebunden:

Fünf Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft Österreichs:

- > Fortgesetzte Europäisierung der NATO
- > Bessere Zusammenarbeit und mehr Transparenz zwischen EU und NATO
- > Klärung der Kostenfragen durch entsprechende Sondierungen mit dem Ziel, mögliche Synergieeffekte zu nutzen
- > Keine Stationierung von Atomwaffen auf österreichischem Territorium

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Die EU-Erweiterung ist ein Friedensprojekt

> Keine dauernde Stationierung fremder Truppen in unserem Land

Unter diesen Bedingungen stellen die Teilnahme am europäischen Sicherheitsverbund und die Mitgliedschaft bei der NATO den besten Weg dar, um die Sicherheit Österreichs und seiner Bürger dauerhaft zu gewährleisten.

Die EU-Erweiterung ist ein Friedensprojekt

Wir wollen Frieden, demokratische Grundordnung, Rechtsstaatlichkeit und die westeuropäische Wohlstandszone Schritt für Schritt zum wechselseitigen Vorteil in Europa ausbauen. Jede Erweiterung der Europäischen Union war bisher vom politischen Willen getragen, das mit der Montanunion begonnene europäische Friedensprojekt der europäischen Gemeinschaft auszubauen. Dieser politische Wille gilt für uns besonders für die Erweiterung der EU um unsere östlichen Nachbarstaaten. Da es sich bei dieser Erweiterung um Staaten handelt, die seit 1989 eine vollständige Wende zu Demokratie und Marktwirtschaft vollzogen haben, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen daher mit den Mitgliedstaaten nicht vergleichbar sind, bestimmt die Erfüllung besonderer Kriterien das Wie und Wann ihres EU-Beitritts.

Die tatsächliche Erweiterung der EU erfolgt nicht heute und nicht morgen, nicht gleich und nicht sofort. Wichtig ist, daß die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen auf beiden Seiten eine problemlose Integration erlauben. Für den österreichischen Arbeitsmarkt bedeutet der große Lohnunterschied zu den Nachbarstaaten eine besondere Herausforderung: Allein die großen ostösterreichischen Ballungszentren sind dem Druck möglicher Pendler aus den grenznahen Gebieten ausgesetzt. Daher sind im Interesse Österreichs lange Übergangsfristen zum Beispiel bei der Freizügigkeit am Arbeitsmarkt notwendig.

Die Erweiterung der EU braucht den Willen zum Dialog und keine Angstparolen. Tatsache ist, daß Österreich das europäische Land ist, das vom Fall des Eisernen Vorhangs am meisten profitiert hat. In unserer Nachbarschaft befinden sich Märkte, die in den nächsten Jahren weit größere Wachstumsraten als die EU-Staaten haben werden. Ein Wachstum, das uns als starkem Wirtschaftspartner helfen wird. Die Erweiterung ist daher kein Angstthema, sondern ein Friedensprojekt und ein Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität in Europa.

Wir müssen unsere eigenen Grenzregionen stärken. Die Interreg-Programme der EU sind kräftig aufgestockt worden: Österreich kann daher insgesamt 5 Mrd. Schilling in den Grenzregionen zu unseren östlichen Nachbarländern investieren. Die EU-Erweiterung kann damit - ergänzt durch die Projekte der Landesregierungen - einen wirtschaftlichen Entwicklungsschub für unsere Grenzregionen bedeuten.

Mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur Europäischen Union müssen wir auch die einmalige Chance nützen, die Sicherheit im Umweltbereich, insbesondere die Sicherheit der Atomanlagen in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs, durchzusetzen. Die Anhebung der Sicherheitsstandards der Kernkraftwerke der mittel- und osteuropäischen Länder auf das höchstmögliche technische Niveau ist für uns eine Priorität in den Beitrittsverhandlungen. Konkrete Ausstiegsszenarien wie z.B. für das AKW Temelin in Tschechien sind für uns Gegenstand der Beitrittsverhandlungen.

Vor der EU-Erweiterung: In Tschechien und Slowenien Frieden mit der Geschichte schließen. Die Vertreibung der deutschsprachigen Volksgruppen aus der damalige Tschecho-

Mehr Sicherheit ins tägliche Leben

Die EU-Erweiterung ist ein Friedensprojekt

slowakei und dem damaligen Jugoslawien nach Ende des 2. Weltkrieges zählen zu den dunkelsten Kapiteln der Geschichte Europas. Diese Vertreibungen waren damals Unrecht und sind nach 54 Jahren immer noch Unrecht. Die diesen Vertreibungen zugrunde liegenden Dekrete waren völkerrechts- und menschenrechtswidrig und mit den modernen europäischen Rechtsstandards von EU-Staaten nicht vereinbar. Der verstorbene österreichische Völkerrechtsprofessor und ÖVP-Abgeordnete Felix Ermacora hat das, was damals geschehen ist, in einem Gutachten zu Recht einen "unverjähbaren Völkermord" genannt. Die Frage der Aufhebung der Benes-Dekrete ist daher im Hinblick auf das EU-Beitrittsansuchen der Tschechischen Republik zu einem europäischen Problem geworden.

Das Europaparlament verabschiedete am 15. April 1999 eine Entschließung zum Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt. Da in diesem Bericht jedoch nicht ein Wort über die notwendige und schon längst überfällige Aufhebung der sogenannten "Benes-Dekrete" enthalten war, hat die EVP-Fraktion einen Antrag zur Diskussion gestellt, in dem die Tschechische Regierung aufgefordert wird, *"...fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen..."*. Diese Initiative im Interesse der volksdeutschen Heimatvertriebenen war insofern erfolgreich, weil der aus dieser Antrag eine überwältigende Mehrheit im Plenum des Europaparlaments fand. Zum ersten Mal hat damit das Europäische Parlament als demokratisch gewählte europäische Volksvertretung klar und deutlich die Forderung nach einer Aufhebung dieser anachronistischen Bestimmungen deponiert. Das Europäische Parlament hat im Zuge des Beitrittsprozesses eine starke Stimme. Die Abgeordnete werden dort das letzte Wort darüber haben, ob und unter welchen Bedingungen ein Staat Mitglied der EU wird. Die Benes-Dekrete sind daher ein maßgeblicher Stolperstein für die Tschechische Republik auf dem Weg in die EU.

Ähnliches gilt für die AVNOJ-Bestimmungen des ehemaligen Jugoslawien. Auch diese Bestimmungen sind mit dem europäischen Rechtsempfinden nicht vereinbar und wir werden uns für eine Aufhebung einsetzen.

In diesem Sinn hat auch der österreichische Nationalrat auf Initiative der ÖVP am 19. Mai 1999 eine Entschließung verabschiedet, die neben der Forderung nach Aufhebung der Benes-Dekrete ebenfalls auf die Aufhebung der AVNOJ-Bestimmungen abzielt. Wir werden daher weiter Nachdruck darauf achten, daß das völlig unzureichend aufgearbeitete Unrecht, daß durch die Benes-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen allein 350.000 EU-Bürgern in Österreich angetan wurde, nicht in Vergessenheit gerät. Bevor Slowenien Mitglied der EU werden kann, müssen die rechte der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien in der Verfassung verankert sein.

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

Zum Millenniumswechsel 2000 können wir eines mit Sicherheit festhalten: Wer in Zeiten der raschen Veränderungen bestehen will, braucht eine gute Ausbildung. Das Bildungssystem ist somit das alles tragende Rückgrat für die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Stärke der Österreicherinnen und Österreicher.

Das ÖVP-Bildungsprojekt für das 21. Jahrhundert. Weil Bildung eine so entscheidende Bedeutung im Leben der Menschen hat, richtet gute Politik ein besonderes Augenmerk auf sie. Die Förderung des innovativen Denkens, des Wissens und des verantwortungsbewußten Handelns wird zum zentralen politischen Projekt. Daher hat die ÖVP ein "Bildungsprojekt" für das 21. Jahrhundert vorgelegt. Das ist kein konventionelles Bildungsprogramm, das morgen bereits überholt ist, weil sich die Anforderungen geändert haben. In einer Zeit der Veränderung stellen wir vielmehr Wegweiser auf, die die Richtung unserer bildungspolitischen Arbeit vorgeben, jedoch nicht alles bis ins kleinste Detail festschreibt.

Wir stellen klare Ziele in den Mittelpunkt unseres Bildungsprojekts:

- > Österreich ist bereits Europameister in Sachen Bildung. Wir wollen jetzt Weltmeister werden.
- > 10-jährige sollen Lesen, Schreiben und die Grundrechnungsarten beherrschen.
- > Alle 14-jährigen sollen fließend Englisch sprechen, problemlos mit dem Computer umgehen, Zugang zum Internet haben und sich künstlerisch ausdrücken können, mit einem Musikinstrument oder einer anderen Kunstform.
- > Und alle Schulen, von der Volksschule bis hin zu den Fachhochschulen und Universitäten, müssen in ihrem Anspruch und in ihrer Leistung einfach Spitze sein.

Wer die besten Schulen haben will, braucht die besten Lehrer. Das heißt bestens ausgebildet, bestens motiviert, auch ordentlich bezahlt und geistig offen für das kulturell und sozial Neue. Für uns sind die Lehrer - egal ob in der Volksschule oder an den Universitäten - die wichtigsten Baumeister unserer kulturellen Stärke.

Bildung hat für uns mit Charakterbildung, Erziehung und Persönlichkeitsbildung zu tun. Dazu zählt natürlich der Religionsunterricht, in dem klar wird, was für den Sinn des Lebens und die Werte eines Menschen wichtig ist. Und wir unterstützen die Festlegung der besten Erziehungsmittel sowie die Vermittlung einer Wertehaltung in unserer offenen Gesellschaft. Für uns ist Bildung der Rohstoff der Zukunft. Es geht dabei um Wissen, Kreativität und Kultur. Die Entscheidung, ob wir im globalen Wettbewerb bestehen können, fällt damit in den Schulen, Fachhochschulen, in der Lehrlingsausbildung, in den Universitäten.

Wir wollen uns dem globalen Bildungswettbewerb selbstbewußt stellen und mit der Fremdsprachenoffensive und einer aktiven Teilnahme an den vielfältigen Bildungschancen der Europäischen Union die Kompetenzen unserer Lehrlinge, Schüler und Studierenden weiter stärken. Eine besondere Verantwortung liegt in unserer Rolle als Bildungsdrehscheibe im Herzen Europas. Wir wollen diese Verantwortung dazu nützen, um die jungen Staaten Südosteuropas in ihren demokratischen Entwicklungsprozessen zu unterstützen und so aktiv am europäischen Friedensprojekt mitwirken.

In diesem Wettbewerb wollen wir die Chancen der modernen Technologien im Interesse der Schüler nützen. Eine gute EDV-Ausbildung und ein kompetenter Umgang mit dem Internet sind Grundvoraussetzung dafür, die Herausforderungen am Arbeitsmarkt der Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Wichtige Stütze muß dabei eine gute Medienerziehung sein. Die zukunftsweisenden bildungspolitischen Weichenstellungen, die wir erfolgreich im Bereich der Schulen und der Lehrlingsausbildung umgesetzt haben, müssen auch Wegweiser für eine

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

nachhaltige Modernisierung der Universitäten sein. Die Universitäten müssen sich dem globalen Bildungs-, Wissen- und Forschungswettbewerb stellen können und brauchen dazu mehr Autonomie, Eigenverantwortung und Motivation sowie eine effizientere Anbindung an die Wirtschaft.

Bildung ist Leistung

Schüler wollen gefordert und gefördert werden. Die ÖVP vertritt daher das Konzept einer humanen Leistungsschule. Sie orientiert sich am Grundsatz "Hilf mir, es selbst zu tun!", setzt gemeinsame und individuelle Ziele, schafft eine förderliche Lernumwelt und sorgt für methodische Begleitung, Lernkontrolle und Qualitätssicherung. Auf diese Weise verknüpft die Schule Leistungs- und Beziehungskultur und bietet differenzierte Angebote, sichtbar an Begabtenförderung und sozialer Integration.

Die humane Leistungsschule macht auch durch ihre Fremdsprachenförderung europafit. Im spontanen Selbermachenwollen zeigt sich ab der frühen Kindheit das Tüchtigkeitsstreben. Jeder spürbare Erfolg verstärkt die Lust an Leistung. Unter günstigen Voraussetzungen wird sie Glücksbringer der Selbstverwirklichung im sozialen Feld. In der Bildungsleistung entsteht schrittweise die Voraussetzung für persönliche und familiäre Selbständigkeit sowie für Erwerbsarbeit. Der Leistungsbegriff betrifft nicht nur die Verwertbarkeit des Wissens. Leistung entsteht in allen Kulturbereichen, wird von "Kopf, Herz und Hand" erbracht. Die künstlerisch-kreative Leistung darf nicht in den Bereich Edutainment abgedrängt werden. Die allgemeine "Stilllegung des Körpers" muß durch eine neue schulische Bewegungskultur aufgelöst werden.

Nicht zufällig werden bestimmte Fertigkeiten und Tugenden in Schlüsselkompetenzen zusammengefasst. Wir erkennen in ihnen nicht nur Stützfunktionen des Lernens, sondern auch der Alltagsbewältigung. In ihrem Brennpunkt stehen Selbständigkeit und Solidarität. Um sie sind weitere Kompetenzen anzusiedeln.

Leistung erfordert vielfältige Anstrengung und wird zeitweise von Unlust oder Verweigerungsbegleitung begleitet. Auch deren Überwindung gehört zur Schulleistung.

Die humane Leistungsschule ermöglicht persönliche und berufliche Entwicklung in altersangemessenen Schritten, aber auch Lerngelegenheit für soziale Verantwortung, etwa für die Leistung des Teilens. Der unverzichtbare Unterricht der Lehrerin gibt Anstöße, liefert die Kern- und Methodeninformation, gestaltet "vorbereitete Lernumgebung" für die aktive Verarbeitung und selbständige Verknüpfung von Wissensaspekten, berät, gibt Rückmeldung und beurteilt. Der Unterrichtsdialog lebt von der Umkehrbarkeit des Verhaltens der Dialogpartner.

Menschliche Entwicklungsmöglichkeit und der wachsende Reichtum der Kultur machen "Ausgelerntsein" und "Abschluss" zu Begriffen ohne Zukunft. Dies gilt für die Allgemeinbildung wie für die Berufsbildung. In der Arbeit steckt oft Lernen, so wie Lernen auch Arbeit bedeuten kann. Berufliche Erstausbildung muß dem Anspruch genügen, den Berufseinstieg leistungs- und lernwillig zu bewältigen. Dies gelingt umso besser, je enger die Berufsbildung mit ihrem Berufsfeld verknüpft ist.

Schulleistung braucht Ziele. Grundlegende Orientierungen werden von Lehrplänen und Schulbüchern vorgegeben. Der Schüler/Die Schülerin benötigt klare Ziele als Voraussetzung für Selbst- (Lern-) kontrolle sowie für den Nachvollzug der Schulnote und des Zeugnisses.

Schüler und Eltern haben ein Recht auf die verlässliche Vermittlung der Kulturtechniken, ein sicheres schulisches Umfeld und die verlässliche Betreuung und Begleitung im

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

Prozess der Persönlichkeitsentwicklung. Dazu gehört für uns insbesondere auch der Schutz vor Drogen- und Suchtverhalten. Wir stehen daher für die verlässliche Schule, die Kompetenzen und Wissensinhalte verlässlich und nachvollziehbar vermittelt und die verantwortungsbewußte Entwicklung der Schüler fördert. Voraussetzung dafür ist eine Schulkultur, die Verantwortungen partnerschaftlich organisiert und den Erziehungsauftrag der Schulen unterstützt. Damit kann die beste Qualität des Schulangebotes und die modernste Entwicklungsarbeit für die Herausforderungen der Zukunft sichergestellt werden.

Das Bildungsprojekt der ÖVP

- Festlegung von nationalen Bildungsstandards für alle Schularten.
- Einführung der Qualitätsevaluierung in allen Schulen unter Einbeziehung der Schulpartner.
- Verbesserung der Objektivität und Nachvollziehbarkeit der Ziffernote für Schüler/innen und Eltern.
- Hinführung der Schüler/innen zu Gütemaßstäben für Leistung.
- Verstärkung der Selbstkontrolle im Lernprozess.
- Nationale Leistungsbilanzen der Schularten und internationale Vergleiche.
- Modernes Schulmanagement und eine weitere Verstärkung der Autonomie der Landesschulräte und Schulen.
- Individuelle Anpassung des Unterrichtsprogrammes für Begabte.
- Reichhaltiges "Lernbuffet" für die Begabten durch spezielle Kursangebote und Sommerakademien.
- Verbesserung der Begabtdiagnose.
- Ausbildung von Mentoren der Begabtenförderung für alle Schulformen.
- Schwerpunktsetzung zur Begabtenförderung in der Lehrerbildung.
- Ausbau der schulpsychologischen Beratung für Eltern von Begabten.
- Zusammenarbeit der Schule mit außerschulischen Einrichtungen auch zur Begabtenförderung.
- Die verlässliche Schule gibt Schülern und Eltern die Gewissheit, die richtigen und wichtigen Kompetenzen zu erwerben und damit am Arbeitsmarkt der Zukunft erfolgreich zu bestehen.
- Eine neue Schulkultur stärkt den partnerschaftlichen Erziehungsauftrag der Schulen.

Bildung ist Wissen

Die ÖVP baut auf Wissen als Rohstoff für die Zukunft. Im Informationszeitalter wird Wissen zum Schlüssel für selbständige Leistungskompetenz und Wettbewerbsfähigkeit. Wir werden daher die Technologieoffensive an den Schulen weiter vorantreiben, um die neuen Kommunikationstechnologien zu nützen und die Absolventen noch besser auf die Herausforderungen eines sich dynamisch entwickelnden Arbeitsmarktes vorzubereiten.

Wissen erschließt aber auch Kultur als "Lebensmittel" für persönliches Glück. Im Bildungsdialog kann einer dem anderen sein Wissen als Geschenk anbieten. Mitteilung wird zur Machtteilung zugunsten menschenwürdiger Entwicklung. Die primäre Bildung vermittelt jene Kernkompetenzen, auf die weiterführende Schulen aufbauen: Lesen, Reden, Schreiben, Rechnen. Grund- und Orientierungswissen wird ergänzt durch Methodenwissen. Künstlerisch kreative Bildung schafft nicht nur Kultur, sondern steigert den Lernerfolg. Die Reform der Lehrpläne ist in der Praxis umzusetzen, neue Lernkulturen sind zu fördern. Die Erwachsenenbildung braucht chancengerechte Unterstützung.

Das Bildungsprojekt der ÖVP

- Definition von Kern- und Erweiterungsbereichen im Lehrplan.

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

- Einführung von Selbst- und Fremdevaluierungen in Ausgewogenheit.
- Verstärkung der (Er-)Lebensnähe im Lernplan (z. B. Familie, Gesundheit).
- Gezielter Einsatz von Fördermaßnahmen zur Sicherung des Unterrichtsertrages.
- Wiederbelebung des Trainings der Merkfähigkeit durch Mitschrift und Wiederholung im Unterricht.
- Erweiterung der öffentlichen Bibliotheken zu multimedialen Lernzentren.
- Umbau der Schulbuchaktion zu einer zeitgemäßen Lernmittelaktion.
- Auf- und Ausbau von Info-Netzwerken für die telematische Kommunikation und für Telelearning.
- Integriertes Musizieren und tägliche Bewegung in der Pflichtschulzeit.
- Verwendung der Fremdsprache als Arbeitssprache im Unterricht.
- Erprobung von Projekten der Zusammenarbeit der Schulen für die 15 - 19jährigen mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Bildung ist Vielfalt

Die ÖVP bekennt sich zur Vielfalt der Schularten. Zusammen mit dem Prinzip der Durchlässigkeit bewirkt diese Vielfalt begabungs- und kindgerechte Schulen, die Wege in die Zukunft öffnen. Chancen verbessern heißt Vielfalt stärken. Autonome Spielräume für die einzelnen Schulstandorte tragen dazu bei. Orientierungsstandards und eine neue Kultur der Evaluation sorgen für die Sicherung der Qualität an allen Schulen. Mit einer ausgewogenen regionalen Standortentwicklung kann die gerechte Verteilung von Bildungschancen gelingen.

Mit neuen Lehr- und Lernformen, aber auch mit einem Lehrplan, der Schlüsselkompetenzen aufwertet und Kernbereiche verbindlich definiert, motiviert Unterricht die Schüler/innen für ihre Lernzukunft. Pädagogisches Arbeiten und Gestalten braucht dazu jene Bedingungen, welche die Eigenverantwortung aller am Bildungsgeschehen fördern und entwickeln helfen.

Kinder haben unterschiedliche Begabungen und gelangen zu unterschiedlichen Zeiten zu ihren individuellen Entwicklungsfortschritten. Was liegt deshalb näher als eine begabungsrechte Schule und ein vielfältiges Bildungsangebot? Besser als alle Modelle einer einheitlichen Schulform sichert das österreichische differenzierte Schulangebot die Zukunftschancen der Jugend und verhindert Leistungsni vellierung. Es läßt begabungsorientierte Entscheidungen zu. Zeigt sich eine persönliche Weiterentwicklung, so garantiert die Durchlässigkeit des Systems den passenden Umstieg.

Über 70% aller Kinder im Alter zwischen 10 und 14 Jahren besuchen in Österreich die Hauptschule. Jeder zweite Maturant hat auf seinem Bildungsweg die Hauptschule besucht. Die Hauptschulbildung eröffnet mehrere Chancen für die persönliche Bildungsentwicklung und läßt auch den Bildungsweg zu Höheren Schulen, zur Fachhochschule und zur Universität offen. Diese Daten belegen eindrucksvoll die Qualität der Lehrarbeit. Die Hauptschule bietet aber auch die Sicherheit einer guten Vorbereitung auf eine nachfolgende Berufsausbildung.

Österreichs Hauptschulen treiben die Schulentwicklung voran. So wurden an vielen Standorten die Möglichkeiten der Lehrplanautonomie erfolgreich genützt. Zwei Drittel der Hauptschulstandorte haben die Freiräume zur Schwerpunktbildung angenommen und damit ihren Schulen ein unverwechselbares und anziehendes Profil gegeben.

Ziel einer verantwortungsvollen Schulpolitik bleibt die gerechte Verteilung der Chancen. Dazu benötigen alle Regionen ein Schulangebot, das die Bildungsmöglichkeiten der Kinder sichert.

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

Eltern und Schüler haben das Recht, die beste Schule in erreichbarer Entfernung zu verlangen. Das stellt an die regionalen Entscheidungsträger wichtige Anforderungen. Ihre Planung sinnvoller Standortentwicklung fördert die Stärke der Dörfer, Gemeinden und Regionen. Bildungsplanung fördert auch die kulturelle Entfaltung. Gerade angesichts globaler Herausforderungen brauchen junge Menschen Heimat und Überschaubarkeit, um soziale Bindungen eingehen und festigen zu können. Die Sicherung vergleichbarer Qualität in allen Regionen gibt allen die Chance auf begabungsgerechte Bildung. Mit einer guten Hauptschule kann dieser Anspruch ebenso eingelöst werden wie mit der bewußten Entscheidung für das Gymnasium.

Die Gymnasien haben sich in den letzten Jahren dynamisch weiterentwickelt: Die Zahl der sprachlichen Schwerpunkte hat zugenommen, fächerübergreifende Projekte mit sozialem, wirtschaftlichem, ökologischem, naturwissenschaftlichem und musikischem Bezug werden derzeit an vielen Standorten verwirklicht.

Kernaufgabe der Gymnasien muß es auch in Zukunft bleiben, eine profunde und umfassende Bildung mit gesichertem Allgemeinwissen zu vermitteln. Die Lernprozesse haben jedenfalls die besondere Zielsetzung, für das wissenschaftlich-methodische Arbeiten an Universitäten und Hochschulen vorzubereiten. Selbständiges Forschen und Reflektieren gehören zu den wichtigen fächerübergreifenden Zielen der Gymnasien.

Es ist Zeit für eine neue Kooperation zwischen Gymnasium und Hauptschule, speziell zwischen dem Oberstufenrealgymnasien und den Abschlussklassen der Hauptschulen, indem sie gemeinsam die Bildungsentwicklung ihrer Schüler beraten und bei der richtigen Bildungsentcheidung helfen. Wenn sich beide Schularten ihrer Stärken bewußt sind, können beide gemeinsam zu ihrer Zukunft beitragen.

Die Brückenfunktion der Sekundarstufe I erstreckt sich auch auf die berufsbildenden Schulen. Sie garantieren mit ihrer gelungenen Kombination von Berufsausbildung und Allgemeinbildung eine breite Palette von Wahlmöglichkeiten, in denen jeder den Bildungsweg für seine Begabung finden kann. Die Vielfalt der Ausbildungsangebote garantiert an diesen Schulen die Arbeitsplatzsicherheit der Jugend. Die berufsbildenden höheren Schulen finden international hohe Anerkennung. Ihre maßvolle Spezialisierung erleichtert den Berufseinstieg und soll daher beibehalten werden.

Österreich verfügt mit seinen Privatschulen über ein beachtliches Kapital an Innovation und Schulentwicklung. Die Verträge zwischen Staat und Kirchen sichern dieses Kapital. Privatschulen erlauben den Eltern, zwischen mehreren Alternativen für ihr Kind zu entscheiden. Dieses Angebot ist in den letzten Jahren durch Neugründungen bereichert worden, die ihren Blick auf neue pädagogische Wege und Bildungsschwerpunkte richten.

Das Bildungssystem braucht diese Ergänzung und muß ihren Bestand auch in Zukunft sicherstellen. Öffentliche Schulen und Lehrerbildung können von diesen Beispielen profitieren und neue Ansätze ins Regelschulwesen aufnehmen. Ein Voneinanderlernen in Vielfalt hilft den Eltern und nützt den Kindern.

Das Bildungsprojekt der ÖVP

- > Leistungsgemäße Einstiegsmöglichkeiten der Hauptschulabsolventen in Oberstufenrealgymnasien und berufsbildende Schulen.
- > Verstärkte Schwerpunktsetzung in der 3. und 4. Klasse der Hauptschule, um den Übergang zur gymnasialen Allgemeinbildung zu erleichtern (Sprachen, allgemein bildende Freigegenstände).
- > Schwerpunkte in der Hauptschule, die den Einstieg in die berufsbildenden Schulen besser

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

- gelingen lassen.
- Qualifizierter Hauptschulabschluss.
 - Klare Ziele und Leistungsmaßstäbe für die einzelnen Schwerpunktformen des Gymnasiums.
 - Mehr Gestaltungsfreiräume und sinnvolle Wahlmöglichkeiten für die AHS-Oberstufe und die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.
 - Ausbau einer Lernorganisation, die altersadäquat selbständiges Forschen und Lernen fördert.
 - Internationale Kooperationen und Partnerschaften.
 - Weiterentwicklung der Didaktik der einzelnen Fächer gemeinsam mit den Universitäten und Akademien.
 - Entwicklung neuer Fachrichtungen an den berufsbildenden Schulen mit EDV-Schwerpunkt.

Bildung ist Kreativität

Die ÖVP setzt auf die Kreativität unserer Bürgerinnen und Bürger. Mit dieser Zukunftsfähigkeit können sie schöpferisch ihre Lebensverhältnisse gestalten. So werden nicht nur unterschiedliche Begabungen verwirklicht, sondern auch Kultur und Gesellschaft menschenwürdig weiterentwickelt. Das erfordert kreativen Unterricht und kreatives Lernen. Die Streuung der Kreativität bedarf einer Unterrichtsorganisation, die allen - wie an einem Lernbuffet - das passende Angebot bereitstellt.

Denn gleiche Behandlung von Ungleichen erzeugt Frustrierte und Träge. "Die Förderung der Kreativität legt die Grundlage zum Mensch-Sein und zur Mensch-Werdung." (Elisabeth Gehrer) Kreativität als Unterrichtsprinzip braucht die Verankerung in den Lehrplänen und den Aufbau einer neuen Lern- und Beziehungskultur, die sich in gestalteter Lernumgebung und "gebauter Pädagogik" äußert. Die Schwerpunktklassen und -schulen bieten besonders Begabten das passende Angebot. Der Musikerziehung kommt für kreatives Denken nachgewiesenermaßen eine Leitfunktion zu.

Das Bildungsprojekt der ÖVP

- Verankerung der Kreativitätsförderung in der Lehrplanarchitektur.
- Initiierung kreativitätsfördernder Schulprogramme samt maßvoller Qualitätsevaluierung.
- Vermittlung von Methoden kreativen Denkens und Handelns in allen Unterrichtsgegenständen.
- Wiederbelebung von Fest und Feier als Anlässe für kreative Gestaltung.
- Verstärkung kreativer Methoden in der Lehrerbildung.

Bildung ist Beruf

Die ÖVP sieht im Lehrberuf und in der Lehrer/innenbildung den Kern der Bildungsentwicklung in Österreich. Die Vorbildfunktion der Lehrer/innen und ihre umfassende Verantwortung verlangen stabile Arbeitsbedingungen und eine Lehrer/innenbildung, in deren Zentrum die Persönlichkeit steht. Lehren trifft heute aber auch auf neue Hoffnungen von Eltern und Erwartungen des Arbeitsmarktes. Neue Qualifikationsbereiche erfordern neue Methoden und brauchen doch den zeitlosen Kern persönlicher Zuwendung. Lehrer/in sein heißt ebenso Vermittler/in sein wie Zuhörer/in, Erzieher/in wie auch Begleiter/in. Die Lehrer/innenausbildung an den Akademien und an den Universitäten wird zeitgemäß zu gestalten sein, um mit der Schulreform Schritt zu halten. Dabei werden die Akademien zu Pädagogischen Hochschulen weiterentwickelt.

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

Lehrer/innen begleiten ihre Schüler/innen mit optimistischer Erwartung auf deren Weg zur Mündigkeit. Sie gehen von der Überzeugung aus, daß Menschen zur Beherrschung von Kompetenzen und zur Vernetzung von Wissensfeldern geführt werden und so ihr Leben sinnvoll gestalten können. Die Person des/der Lehrers/Lehrerin mit ihrem Engagement und ihrem Gestaltungswillen prägt diese Profession.

Viele junge Menschen entscheiden sich mit großem Idealismus für diesen Beruf und investieren ein hohes Maß an Lebensenergie in Ausbildung und Berufslaufbahn. Ihre Zielsetzungen orientieren sich an den zukünftigen Lebens- und Entwicklungschancen der jungen Menschen, für die sie Verantwortung übernehmen. Zahlreiche Lehrer/innen stellen diese Ziele ins Zentrum ihrer persönlichen Lebensgestaltung. Sie verstehen ihre Tätigkeit als Unterstützung der Eltern und Familien und teilen mit ihnen die Sorge um Lebenssinn, Gesundheit und Arbeitsplatzchancen. Mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen sind sie in vielen Orten auch Träger/innen und Gestalter/innen des kulturellen Lebens.

Ohne diesen wertbezogenen Zugang zum Beruf kann es keine echte Entwicklung des Schülers zur Persönlichkeit geben. Aus diesem Idealismus entspringt der Anspruch nach Professionalität der Berufsausübung. Gerade die Verknüpfung von sicherer Beherrschung der methodisch-didaktischen und fachlichen Kompetenzen mit persönlichem Engagement erlaubt es dem/der Lehrer/in, eine Pädagogik zu verwirklichen, mit der junge Menschen zur Arbeit an ihrer Zukunft herausgefordert werden.

Die Erwartungen an die Lehrer/innen haben sich im Lauf der Zeit stark verändert. In der Gegenwart konzentrieren sich die gesellschaftlichen Aufforderungen auf folgende Kernpunkte:

- Unterricht: Als ausgebildete/r Vermittler/in von Fachwissen macht der/die Lehrer/in den Schüler schrittweise zum Wissenden und Forschenden. Lernprozesse und Lernschritte werden initiiert und begleitet. Zugleich lernen die Schüler, jene Wissensbestände zu erkennen, die sie als ständige Grundlage benötigen.
- Beurteilung: Der/Die Lehrer/in begleitet die Schülerleistung mit sachbezogener, ermutigender und abgrenzender Beurteilung und benotet sie nachvollziehbar für das Schulzeugnis.
- Beratung: Über fürsorgliche Zuwendung bietet der/die Lehrer/in seinen Schülern die Bereitschaft zu umfassender Beratung an. Sie bezieht alle Erfahrungsbereiche ein. Jedenfalls aber berät sie im Blick auf die Begabungen und Interessen und erörtert die Chancen, sie zu vertiefen.
- Erziehung: Der/Die Lehrer/in ist Partner/in der Eltern bei der Entwicklung der Schülerpersönlichkeit. Er/Sie erarbeitet mit ihnen Schwächen und Stärken, klärt die Aufgabenteilung und gibt Rückmeldung. Durch das gelebte Vorbild werden Werte und Haltungen klar und geben dem Jugendlichen Orientierung.
- Schlüsselkompetenzen: Für die Entwicklung von Teamarbeit und sozialer Sensibilität ist die Person des/der Lehrers/Lehrerin mit seinen/ihrer Lebens- und Berufserfahrungen besonders gefragt. Die nachhaltige Wirkung schulischer Bildungsprozesse nimmt zu, wenn Sach-, Ich- und Sozialkompetenz durch Methodenkompetenz ergänzt wird. Dazu gehört die Fähigkeit selbständig und mit anderen zu lernen und zu arbeiten, die Fähigkeiten zur Präsentation und aufgabenbezogenen Kommunikation.
- Innovation: Hochwertige Lehrer/innenarbeit ist Basis der Schulentwicklung für die Zukunft. Sie umfaßt Selbstevaluierung, kooperative Unterrichtsarbeit, Mitarbeit am Schulprofil und Qualitätsevaluierung.

Das Bildungsprojekt der ÖVP

- Professionelle Unterstützung der Lehrer/innen durch Mediation und Beratung.

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

- Schulaufsicht als unterstützende Begleitung (Beratung bei der Fortbildung, Organisation und Krisenintervention).
- Umfassende Weiterbildung für alle Unterrichtskompetenzen.
- Gesellschaftliche Anerkennung der Lehrer/innenarbeit.
- Erstellung eines Kataloges von wertschätzenden Erziehungsmaßnahmen.
- Ausarbeitung von Modellen für den Erziehungsvertrag zwischen den Schulpartnern.
- Entwicklung eines zeitgemäßen Dienstrechtes für Lehrer/innen.
- Persönlichkeitsstärkende Maßnahmen (Kommunikations-, Kooperations- und Motivationsfähigkeit) in der gesamten Lehrer/innenbildung.
- Lehrplangemäße, praxisbezogene und lebensnahe Ausrichtung der Lehrer/innenbildung.
- Das Akademien-Studiengesetz als Basis einer Entwicklung zur Pädagogischen Hochschule.
- Verstärkung der Kooperation von Lehrer/innenausbildung und Fortbildung.
- Verbesserung der universitären Lehrerbildung für die höheren Schulen mit Schwerpunkt Pädagogik-Didaktik.
- Verbindliche Festlegungen für die didaktische Kompetenz von Universitätslehrern.
- Verstärkte schulpraktische Ausbildung in den ersten Studienjahren.
- Vermehrte Bildungsangebote aus Mediendidaktik, Sprach- und Sprechkönnen, fachverbindender Unterrichtsplanung und projektorientiertem Unterricht mit Bezügen zur Berufswelt.
- Verstärkung der Professionalisierung für die Informations- und Kommunikationstechnologie.

Bildung ist Orientierung

Zukunftsreich bleibt nach Auffassung der ÖVP eine Gesellschaft, wenn sie die Zeichen der Zeit an verbindlichen Werten mißt.

Bildung trägt zur Ordnung der Wertvorstellungen bei, indem sie den Werte-Diskurs in der Begegnung der Gemeinschaft der Familie und der Bildungsinstitutionen erneuert. Dieser Diskurs verläuft nur glaubwürdig und ergreifend, wenn der gelehrte Wertbezug erlebt und erfahren wird. Werterziehung gehört wie ein Elixier zum gesamten Bildungsgeschehen. Ihre systematische Auseinandersetzung hat sie im unverzichtbaren konfessionellen Religionsunterricht und auch in seinem Ersatz dem Ethikunterricht. Die "seelische Temperatur der Gesellschaft" steigt mit dem Bürgerengagement, auf das in Demokratieerziehung und Politischer Bildung vorbereitet wird und zu dem ein mündigkritischer Umgang mit Medien gehört.

Die Erziehung zum aktiven Bürger in der Bürgergesellschaft. Die Übernahme von Verantwortung durch die Schulpartner, die Eltern im Elternverein, die Schüler und Studierenden in ihren Vertretungsorganen und Organisation, unterstützt die Entwicklung einer aktiven und mündigen Bürgergesellschaft. Dazu gehört auch die Förderung der außerschulischen Jugendarbeit, um die Jugend als engagierten, kompetenten und aktiven Partner der Gesellschaft zu gewinnen.

Das Bildungsprojekt der ÖVP

- Erneuerung der solidaritätsstiftenden Alltagstugenden - einschließlich einer Kultur des Teilens.
- Festlegung des Wertbezuges in allen Lehrplänen und für fächerverbindende Unterrichtsprojekte.
- Wertpädagogisches Aufgabenprofil der Klassenvorstände.
- Ausweitung des Projektes "Ökologisierung der Schulen".
- Einführung der Mitverantwortung der Schulklasse für ihren Unterrichtsraum.
- Verstärkung der Persönlichkeitsbildung in der Lehreraus- und Fortbildung.

Das ÖVP-Bildungsprojekt

für das 21. Jahrhundert

- > Erhaltung der Wertbestimmungen im Zielparagraph der österreichischen Schule, einschließlich des Religiösen.
- > Sicherstellung des Pflichtfaches Religionsunterricht.
- > Einführung eines Ersatzunterrichtsfaches Ethik.
- > Förderung von interkonfessionellen Unterrichtsprojekten.
- > Gleichberechtigte Mitverantwortung der Religionslehrer/innen im gesamten Schulgeschehen.
- > Erprobung von Modellen zum sozialen Lernen.
- > Verbesserungen für die Mitbestimmung der Schulpartner.
- > Politische Bildung für alle Schularten der Sekundarstufe II.
- > Verstärkung der schulischen Medienerziehung.
- > Förderung der Bildungsprogramme der EU durch Teilnahmemotivation.
- > Anerkennung ehrenamtlicher Mitarbeit innerhalb und außerhalb der Schule.

Die aktive Bürgergesellschaft

Miteinander - nicht nebeneinander oder gegeneinander

Unsere Zielsetzung ist klar: Wir wollen Österreich zu einer Gesellschaft aktiver Bürger/innen ausgestalten. Geprägt von einer neuen Aufgabenteilung zwischen Privat und Staat, einer neuen Aufgabenverteilung zwischen Freiwilligen und öffentlichem Dienst, von einem Für-einander in bürgerschaftlicher Solidarität und von der Verlebendigung der Demokratie durch freie bürgerschaftliche Initiative.

Diese Bürgergesellschaft ist wichtig, weil sie dem Einzelnen mehr Freiheit wie auch mehr Gemeinschaft gibt, die von persönlicher Verantwortung, Solidarität und Mitgestaltung geprägt ist. In dieser Gesellschaft ist jeder einzelne eingeladen und ermutigt, in privaten Einrichtungen wie Vereinen und freien Bürgerinitiativen Aufgaben für die Gemeinschaft zu übernehmen: beispielsweise im Sozialwesen, im Katastrophenschutz, im Rettungswesen, bei der örtlichen Sicherheit, im Natur- und Umweltschutz, im Sport, in der Kultur. In der aktiven Bürgergesellschaft gestalten die Bürgerinnen und Bürger aus eigener Initiative ihren engeren und engsten Lebensraum: in der Nachbarschaft, im (virtuellen) Dorf, im "Grätzl", aber auch im global village der zivilen Weltgesellschaft. Aus einem Nebeneinander oder Gegeneinander wird dadurch ein solidarisches Miteinander, welches den Sozialstaat als wichtige Ressource ergänzt, nicht ersetzt.

Der verstärkte Einbau der Einrichtungen der aktiven Bürgergesellschaft in die Gestaltung des öffentlichen Lebens, die lebendige Bürgerbeteiligung bewirkt aber auch ein demokratieverstärkendes neues Verständnis von einer partnerschaftlichen Gesellschaft.

Unsere offensiver Vorschlag für aktive Bürger/innen lautet: Nehmen wir die Herausforderung der Globalisierung, der Beschleunigung aller Lebensbereiche, der Überflutung mit immer mehr Informationen und neuen Trends an. Setzen wir der Globalisierung in der Wirtschaft die Verwurzelung, die Gemeinschaft in der Bürgergesellschaft als Gegengewicht entgegen.

Zwischen hedonistischem Zeitgeist und sozialistischem Wildwuchs staatlicher Apparate, deren Kälte die Unterprivilegierten, Alten und Schwachen ausgeliefert werden, droht die Freiheit des Einzelnen und damit unser wichtigstes gesellschaftliches Gut zermalmt zu werden. Als Partei, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, muß die ÖVP eine zeitgemäße Antwort auf die Herausforderung finden, individuelle Freiheit und Selbstbestimmung vor dem zunehmenden Druck zur Ellbogengesellschaft wie auch zur passiven, vom Staat abhängigen Anspruchsgesellschaft zu bewahren.

Im Bürokratie-Staat werden die kleinen Einheiten entmachtete statt gestärkt, zieht der staatliche Apparat immer wieder neue Aufgaben an sich, anstatt die privaten Bürgerorganisationen zu stärken. Beispiele dafür gibt es viele: der Versuch der Sozialbürokratie, das private Rettungswesen über den Weg einer neuen Ausbildungsvorschrift zu "professionalisieren", der Versuch der Frauenministerin die privaten Organisationen für Tagesmütter durch ein "Berufsbild" zu verstaatlichen.

Wir möchten die Staatsaufgaben auf allen Ebenen kritisch hinterfragen: Kann eine konkrete Aufgabe von einer bürgernäheren staatlichen Stelle oder von einer privaten Initiative nicht ebenso gut oder besser besorgt werden? Daher treten wir vehement für einen staatlichen Aufbau ein, der durch stärkere Bundesländer und Gemeinden geprägt ist. Daher will ich auch die Steuern und die sonstigen Abgaben senken: Nur so kann der Staat zum Abbau der Bürokratie und zu einem leistungsorientierten öffentlichen Dienst angehalten werden.

Bürgergesellschaft und Arbeitsplätze. Österreich ist mit über 100.000 Organisationen das Land der Vereine. Die Statistik weist einen hohen Organisationsgrad der Österreicher bei Freizeitvereinen (Sport und Kultur), politischen Interessensvertretungen sowie religiösen und sozialen Organisationen aus. Die Sozialforschung bestätigt die hohe Bereitschaft zur Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten im Rahmen der Bürgergesellschaft. Gerade im Sozialbereich

Die aktive Bürgergesellschaft

Miteinander - nicht nebeneinander oder gegeneinander

wird der Umfang und die Bedeutung der Bürgergesellschaft besonders deutlich. Ohne die vielen Institutionen des "Dritten Sektors", die weder dem Markt noch dem Staat zuzuordnen sind, würde unser österreichisches Sozialsystem nicht funktionieren.

Einem weltweiten Trend entsprechend wachsen diese Non-Profit-Organisationen (NPO's) sehr schnell und gewinnen nicht nur für das Sozialsystem, sondern auch für den Arbeitsmarkt immer größere Bedeutung. Caritas, Rotes Kreuz, Hilfswerk und die vielen basisorientierten Selbsthilfegruppen haben sich zu einer unverzichtbaren Säule unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems entwickelt. Für alle diese Organisationen stehen gerade jene Leistungsziele im Vordergrund, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind, und die vom solidarischen Handeln von freiwilligen, ehren- amtlichen und hauptberuflichen Mitarbeitern getragen werden.

Zwischen Markt und Staat hat sich eine neue Dimension der Bürgergesellschaft entwickelt. Die NPO's haben in den vergangenen Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß sie Leistungen, für die es keinen reinen Markt gibt, besser und effizienter als der Staat anbieten können. Wir möchten diesen NPO-Bereich aber nicht nur aus Effizienzüberlegungen, sondern auch aus der grundsätzlichen Überzeugung fördern, daß die private Initiative, die freiwillige Solidarität den verordneten Hilfeleistungen des Staates vorzuziehen ist. Der Nonprofit Sektor im Sozialbereich deckt insbesondere jene Leistungsbereiche ab, die von gesellschaftspolitischer Bedeutung sind und gleichzeitig einer besonderen Sensibilität im Leistungsangebot bedürfen, die der Staat einfach nicht bieten kann (etwa im Bereich der Nachbarschaftszentren oder der Hospizbewegung).

Zum anderen sind die Sozialorganisationen bedeutende Arbeitgeber: Mit 95.000 bezahlten Arbeitskräften sind weit mehr Personen als in den anderen Branchen des Nonprofit Sektors (wie Sport, Kultur, Umwelt) beschäftigt. 35,7% der insgesamt im Gesundheits- und Sozialwesen und knapp 4,8% der im Dienstleistungsbereich beschäftigten Menschen bzw. ca. 3,1% aller unselbständig Beschäftigten in Österreich sind im Nonprofit Sektor im Bereich Soziale Dienste angestellt.

Mindestens 150.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich gemeinsam mit Gleichgesinnten für soziale und gesellschaftspolitische Aufgaben. Der Beitrag zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt von zwischen 20 Milliarden und über 40 Milliarden Schilling gibt einen deutlichen Hinweis auf die weit unterschätzte ökonomische Relevanz dieses Bereichs.

Netzwerke zum Schwingen bringen. Es fehlt also nicht an Engagement, auch nicht an Effizienz. Woran es fehlt, sind klare Richtlinien und Definitionen für den "Dritten Sektor", um Steuer-Hemmnisse und bürokratische Hürden zu beseitigen, Anerkennung zu gewährleisten und praktische Unterstützung zu sichern. Daher einige unserer Vorschläge: Die NPO's, die nicht-gewinnorientierten-Unternehmen, sollen gegenüber gewinnorientierten Unternehmen besser abgegrenzt werden; die Definition von Gemeinnützigkeit muß verbessert werden; es muß klare gesetzliche Regelungen zur Mehrwertsteuerbefreiung geben; im New Public Management müssen die Grundstrukturen der Auftragsvergabe an die NPO's sachgerecht geregelt werden;

Ohne Privatinitiative wäre Österreich kein Kulturland mehr. Neben den großen Trägern der öffentlichen Kultur und den vielen Unternehmen der Massenunterhaltung sind es die örtlichen Kulturvereine, die privaten Kulturinitiativen, die den Kern unserer Kulturnation darstellen. Sie sind tief im Volk verwurzelte Träger unseres Kulturerbes und verdienen Anerkennung, Unterstützung und Förderung.

Die Rettungseinrichtungen der Bürgergesellschaft bringen persönliche Sicherheit. Es sind die "Helden des Alltags", die neben ihrem Beruf, neben ihrer Familie, neben ihrer Freizeit

Die aktive Bürgergesellschaft

Miteinander - nicht nebeneinander oder gegeneinander

die Verantwortung und das Risiko auf sich nehmen, in Not geratene Mitbürger zu retten. Tag für Tag sehen wir sie bei Verkehrsunfällen, bei Lawinenunglücken, beim Katastropheneinsatz. Ohne unsere Sanitäter, unsere Feuerwehrmänner, die Bergrettung, die Lawinenkommissionen und viele andere ist unsere Gemeinschaft nicht vorstellbar. Viel zu selten erfahren sie auch den verdienten Dank und die Anerkennung. Wir wollen gerade diese vorbildlich freiwilligen Dienste an der Gemeinschaft mehr unterstützen und vor allem ihre Untergrabung durch bürokratische Hemmnisse verhindern.

Community Policing verstärkt die örtliche Sicherheit: Die Bewahrung der Sicherheit im örtlichen Kleinraum ist dann besser gewährleistet, wenn die Bürgerinnen und Bürger Mitverantwortung tragen. Die Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität ist eine Aufgabe aller, der gesamten Gesellschaft - nicht nur des Staates und der Sicherheitsexekutive. Selbständige Mitbürger sollen bei Straftaten hinschauen, nicht wegschauen, sollen die Polizei verständigen, sollen sich als Zeuge zur Verfügung stellen. Sicherheitsbeiräte initiativer Bürgerorganisationen können die Gemeinderäte und die Bezirksvertretungen in den Städten im Bereich der Sicherheit beraten. Sie sollen auf kriminalitätsfördernde Umstände hinweisen und Sicherheitsmaßnahmen vorschlagen können. Zeugen müssen eine bessere Rechtsstellung bei Gericht haben: Sie haben das Recht auf Beratung und Betreuung.

Das Ehrenamt fördern. Die freiwillige Mitarbeit aktiver Bürger im "Ehrenamt" ist ein wichtiger Baustein der neuen Bürgersolidarität und das Fundament der aktiven Bürgergesellschaft. Die Politik muß das "Neue Ehrenamt" in seinen verschiedensten Formen unterstützen und fördern.

Mehr Freiräume schaffen. Wir müssen mehr politische Freiräume auf allen Ebenen der Verwaltung - in den Gemeinden genauso wie in den Ländern und im Bund - schaffen und damit mehr Vertrauen in den Bürger zeigen. Das bedeutet dann den Rückgang des staatlichen Einflusses und weniger Vorschriften in bürgernahen Bereichen.

Wir müssen das Selbstwertgefühl und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und Solidarität stärken. Darum müssen die Bürger zur Aktivität motiviert und ihre Leistungen anerkannt werden.

Gemeinnützige Vereine brauchen Hilfe: zum Beispiel durch "Vereinsakademien", "Ehrenamts-Hotlines", Vereinshandbücher, Computerprogramme, Referentenpools für Vereine, Internetangebote und spezielle Bildungsmöglichkeiten.

Wir wollen freie Initiativen fördern - durch Vermittlung von Hilfe durch Selbsthilfe wie z.B. Bürgerbüros in den Gemeinden sowie auf Landes- und Bundesebene.

Zum aktiven Bürger wird man nicht geboren, sondern erzogen. Diese Erziehung beginnt in der Familie. In ihrer Geborgenheit kann solidarisches Verhalten am besten vermittelt werden. Ein weiteres "Übungsfeld" ist die Schulpartnerschaft zwischen Eltern, Lehrern und Schülern. Wo sie funktioniert, können die jungen Menschen erleben, daß sich Engagement in der Gemeinschaft lohnt, denn sie erreichen damit ein reichhaltigeres Schulleben.

Bürgerschaftliche Mitarbeit in der Jugend- und Familienpolitik ist eine wichtige Aufgabe der Gemeinde. Die Familienpolitik in der Gemeinde soll in besonderer Weise Teilhaber, Selbsthilfe, Eigenleistungen und Ehrenamtlichkeit verbinden. Schwerpunkte wären zu setzen bei der Förderung von Eigenleistungen und Projekten der Selbsthilfe, in denen Familien mit Verwaltung und Dienstleistungseinrichtungen zusammenarbeiten, um deren Leistungen familiengerecht zu gestalten.

Die aktive Bürgergesellschaft

Miteinander - nicht nebeneinander oder gegeneinander

Das gültige Vereinsgesetz als Grundgesetz zur Bürgerfreiheit und Bürgersolidarität in Österreich hat sich in der Praxis hervorragend bewährt. Nur wenig bedarf zusätzlicher Regelung: Mehr Information zum rechtlichen Schutz der Vereinsmitglieder und Funktionäre, sowie die Klärung im Privatrecht der Vertretungs-, Haftungs- und Abwicklungsfragen im Geschäftsbereich.

Wir brauchen auch neue steuerliche Regeln für die Gemeinnützigkeit. Wir werden für eine maßgeschneiderte steuerliche Förderung der aktiven Einrichtungen der Bürgergesellschaften eintreten. Besonders wichtig ist die steuerliche Begünstigung von Spenden für gemeinnützige Organisationen etwa durch die Einführung einer qualitativ und quantitativ begünstigten Abzugsfähigkeit von Spenden im Bereich der Ertragssteuer. Nach dem Vorbild vergleichbarer Staaten könnte eine Gleichstellung der finanziellen Unterstützung gemeinnütziger Organisationen mit der Sponsorentätigkeit im Bereich der Forschung und des Sports herbeigeführt werden.

Helfen, aktivieren, integrieren: Arbeit fürs Gemeinwesen: Die wirklich Bedürftigen müssen von der Gesellschaft immer Hilfe erhalten. Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil eines erfüllten Lebens, deshalb bedeutet Arbeitslosigkeit mehr als nur eine Existenzkrise in der die Gesellschaft den Betroffenen beistehen muß. Wir müssen die Fähigkeiten arbeitsloser Menschen und von Notstands- und Sozialhilfeempfänger aktivieren und ihnen wieder Chancen eröffnen. Alle im Erwerbsalter, die arbeitsfähig sind, sollen in einer Bürgergesellschaft die Chance zum Arbeiten erhalten. Beschäftigungslose, die Leistungen vom Gemeinwesen bekommen, sollen, wenn sie arbeitsfähig sind, eine Gegenleistung für das Gemeinwesen erbringen.

Der zweite Arbeitsmarkt dient immer öfters Langzeitarbeitslosen und Leistungsschwächeren als Möglichkeit, sich temporär in einem "geschützteren" und sicheren Umfeld jene Qualifikationen und Netzwerke aufzubauen, die es ihnen ermöglichen, sich wiederum für den Arbeitsmarkt "fit" zu machen. Durch das Schaffen von Nischenbeschäftigungsprojekten - die am freien Markt nicht angeboten werden - wurden bereits in allen Bundesländern einige Voraussetzungen dafür geschaffen, langzeitarbeitslose Menschen wieder in das Berufsleben zu integrieren. Diese sind weiter auszubauen und zu verbessern.

Was wir daher brauchen, ist eine neue Kultur der Solidarität und des Gemeinsinns, eine neue Qualität in der Kultur der Anerkennung und der sozialen Integration. Sozialpolitik muß daher drei grundlegende Anforderungen erfüllen:

- > Erstens: Dafür sorgen, daß niemand aus dem sozialen Netz herausfällt und aus eigener Kraft wieder Anschluß an den allgemeinen Wohlstand findet.
- > Zweitens: Dafür sorgen, daß soziale Fairneß nicht allein gegenüber den Verlierern des ökonomischen Wandels gilt, sondern auch gegenüber denjenigen, die mit ihren Beiträgen gesellschaftliche Solidarität finanzieren.
- > Drittens geht es um die Aktivierung der persönlichen, der privaten Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft! Der Staat muß die Ressourcen und Möglichkeiten, die in einem jedem einzelnen, aber auch in der Organisation der Gesellschaft stecken, aktivieren.

Menschen haben auch in den schwierigsten Randgruppen immer auch Fähigkeiten.

Ob sie brachliegen oder zum eigenen Nutzen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt sehr oft von den politischen Rahmenbedingungen ab. Der ÖVP geht es daher darum, neue Formen und Wege finden, zum Beispiel Langzeitarbeitslose oder schwer vermittelbare Personen sinnvoll zu beschäftigen. So zu beschäftigen, daß es sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft Sinn macht; sie wieder in den Arbeitsprozeß zu integrieren und damit den Betroffenen die notwendige Anerkennung zu geben. Wir werden daher in den Gemeinden, vor

Die aktive Bürgergesellschaft

Miteinander - nicht nebeneinander oder gegeneinander

Ort, neue Formen der Selbsthilfegruppen organisieren, um Langzeitarbeitslosen die Chance sinnvoller Arbeit zu geben. Wir wollen Beispiele setzen, wie neue Wege aussehen, wenn wir uns auf die klassischen Instrumente der sozialen Versorgung nicht mehr verlassen können.

Der Begriff der sozialen Verantwortung und gesellschaftlichen Solidarität muß breiter und umfassender definiert werden. Die Verantwortung der Gesellschaft für jene, die temporär aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden mußten und mittels staatlicher Transferleistungen diese Zeit überbrücken, muß durch die Verantwortung der Arbeitslosen gegenüber der Gemeinschaft ergänzt werden. Das heißt, daß arbeitslosen Notstandshilfeempfängern ein ernsthaftes und geeignetes Angebot gemacht werden muß, sich im Rahmen der gesellschaftlichen Solidarität und im Interesse des Gemeinwohls zu engagieren.

Gemeinwesenarbeit. Unter der Voraussetzung, daß die psychischen und physischen Fähigkeiten eines/er Erwerbslosen für das Erbringen einer Gemeinwesenarbeit gegeben sind, sind soziale Transferleistungen an das Engagement im Interesse des Gemeinwohls zu koppeln. Gemeinwesenarbeit kann vieles sein: Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich, im Denkmal- oder Umweltschutz, die Pflege von Grünanlagen, Waldpflege, Almenpflege etc.

Bürgergeld: Für ausdrücklich alle Formen der nicht "marktfähigen" Gemeinwesenarbeiten erhalten Notstands- bzw. Sozialhilfeempfänger zusätzlich 20% "Bürgergeld". Auftraggeber sollen immer öffentliche Körperschaften sein. Ein Betrag also, der zur Sozialleistung hinzukommt.

Kombi-Lohn: Eine zweite Form der Abgeltung für gemeinnützige Arbeit von Langzeitarbeitslosen oder Sozial- bzw. Notstandshilfeempfänger konzentriert sich auf Arbeiten, die zu marktfähigen Löhnen aufgrund der Arbeitsmarktlage oder der hohen Lohnnebenkosten ohne staatliche Stütze nicht nachgefragt werden. Gemeinden oder Gemeindeverbände können derartige Arbeiten z.B. mit einem Kombi-Lohn abgelden: Einen Teil zahlt der Auftraggeber, ein anderer Teil kommt von der öffentlichen Hand. Wichtig ist, daß die Betroffenen zwischen einem Angebot von Arbeiten auswählen können. Die bereits heute üblichen Sanktionen bei Nichtannahme von Arbeit sollen aufrecht bleiben aber um diese Möglichkeiten der "Bürgerarbeit" erweitert werden. Das heißt, wir wollen Anreize für neue Aktivitäten durch ein moderates Zuschlags- bzw. Abschlagsystem für Notstandshilfeempfänger schaffen: Zuschläge zur Notstandshilfe für jene, die sich für Gemeinwesenarbeit engagieren, Abschläge für jene, die zwar arbeitsfähig, aber nicht arbeitswillig sind. Konkret würde das bedeuten, daß die Anspruchsgrundlagen für Notstandshilfeempfänger im Arbeitslosenversicherungsgesetz zu adaptieren wären. Es darf jedoch damit keinesfalls eine Konkurrenzsituation zu regulären Arbeitsverhältnissen geschaffen bzw. dadurch der Anreiz geschaffen werden, reguläre Arbeitskräfte durch billigere Arbeitskräfte zu ersetzen!

Die aktive Bürgergesellschaft aufbauen:

- > Die Selbstverantwortung der Bürger herausfordern.
- > Gemeinnützigkeit neu festlegen und NPO von PO abgrenzen.
- > Kulturvereine und die Bedeutung des Ehrenamts hervorheben.
- > Die "Helden des Alltags" auszeichnen.
- > Community Policing aufbauen
- > In privaten Vereinsakademie die Aktivierung der Bürgergesellschaft fördern
- > Vereinsgesetz einfach halten!
- > Spenden für gemeinnützige Vereine von der Steuer absetzen.
- > Gemeinwesenarbeit und zweiter Arbeitsmarkt: Helfen, aktivieren, integrieren.
- > Bürgergeld und Kombi-Lohn

